

Karl Simpsen

DOKUMENTATION
über die “Extreme Linke”



HERAUSGEBER :
UNIVERSITÄT FRANKFURT a.M.
2009

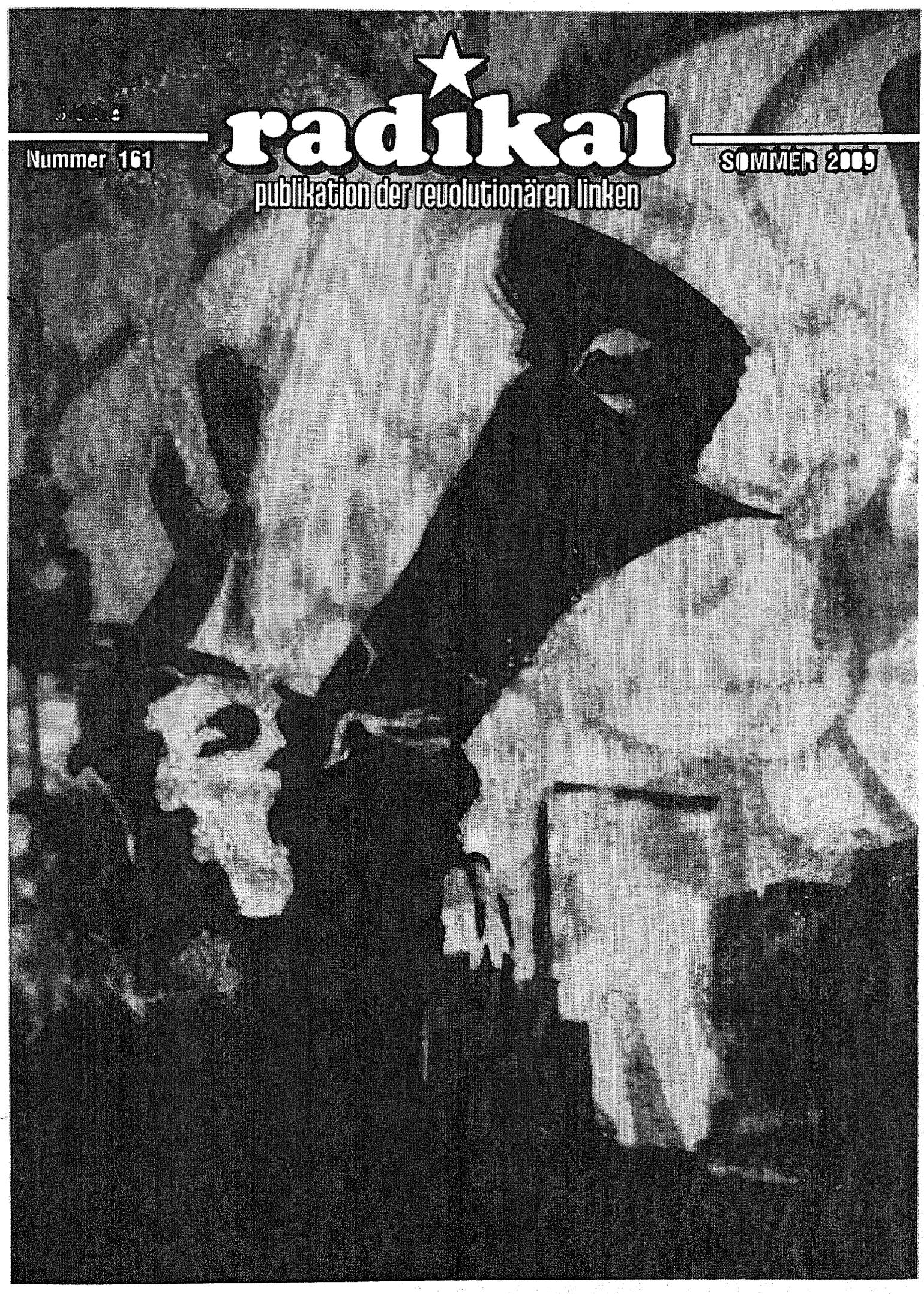
3000

Nummer 161

★ radikal

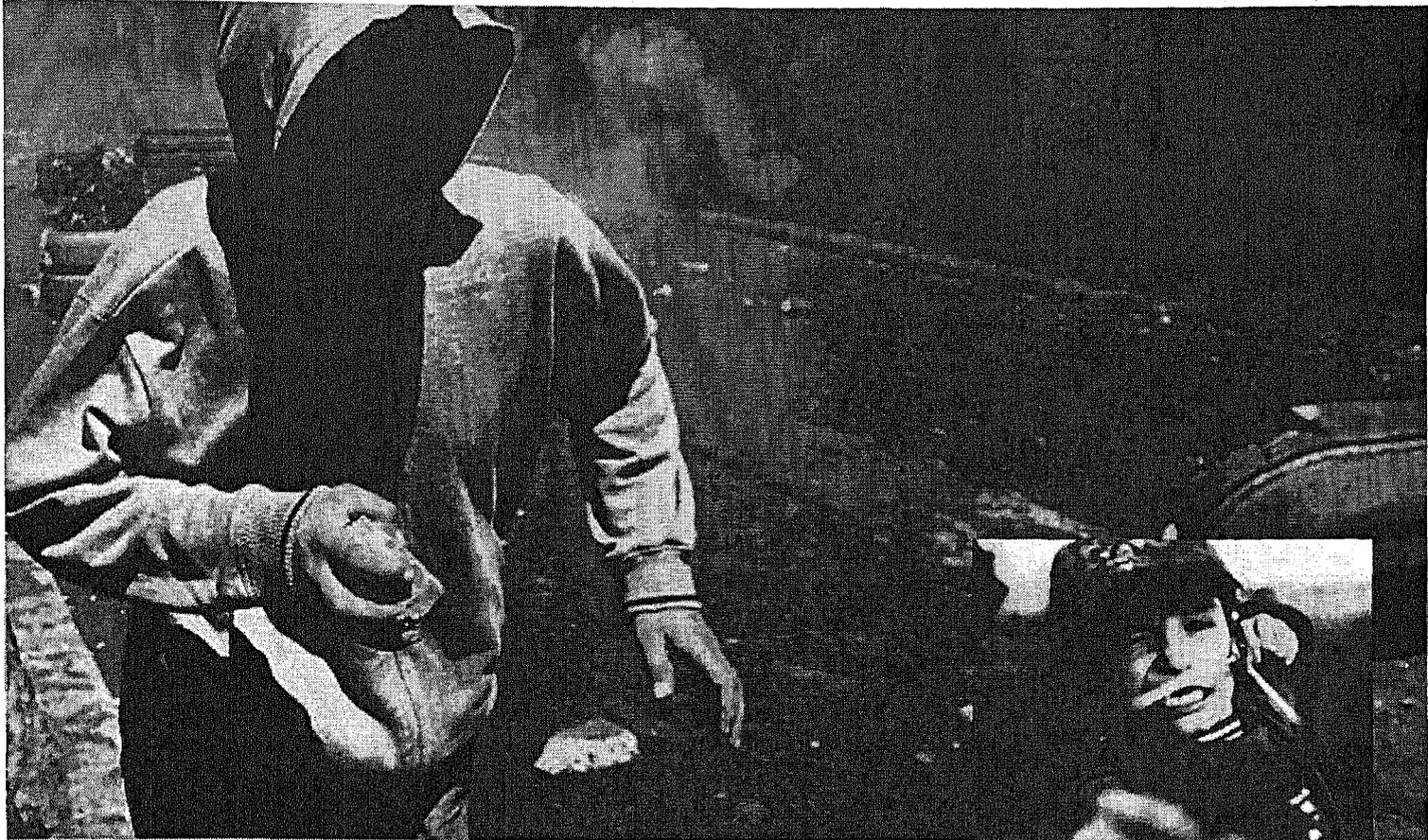
publikation der revolutionären linken

SOMMER 2009



INHALT

- 3** EINIGE EINLEITENDE WÖRTE
- 5** "MILITANZ OHNE ORGANISATION
IST WIE SUPPE OHNE SALZ"
ABSCHLUSSWÖRTE ZUR MILITANZDEBATTE
VON DER MILITANTEN GRUPPE (MG)
- 16** MILITÄR: STENCIL
MILITANTE AGITÄR IM RAHMEN REVOLUTIONÄREER AKTION
(SPACHRICHTEN AUS DEM MILITANTEN WIDERSTAND)
- 23** "DIE ANEIGNUNG VON LINKER
WIDERSTANDSGESCHICHTE UND IHRE GENAUE
KENNTNIS STELLT FÜR UNS DIE VORAUSSETZUNG
DAR, UM ZU EINER (NEU)DEFINITION
REVOLUTIONÄREER POLITIK ZU GELANGEN" (MG)
- 28** SCHRIFTLICHES INTERVIEW ZU GRAGEN
DER ORGANISIERUNG DES REVOLUTIONÄREN
WIDERSTANDES MIT DER MILITANTEN GRUPPE (MG)
- 56** FÜR DIE REVOLUTION ZU KÄMPFEN BEDEUTET
VERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN
TEXT 1 DER REIHE "FÜR EIN REVOLUTIONÄRES LEBEN"



DA IST SIE WIEDER!

Nun hast du sie in der Hand – die Nummer 161 der langersehnten, aber auch meist totgesagten Untergrundschrift RADIKAL. Einige werden jetzt sicherlich in Tränen ausbrechen, gegen Wände boxen, schlaflose Nächte erleiden und sich fragen, warum um Himmels Willen dieses verfluchte Blättchen nicht tot zu kriegen ist.

Nun ja, es liegt in der Natur der Radikal, dass sie sich nicht einstampfen und verbieten lässt – wir nennen dies mit unseren Worten ein nicht auszuschaltendes Bewusstsein für die Notwendigkeit eines unzensierten Organs der revolutionären Linken für Debatten um Perspektiven, Militanz und Organisation. Dementsprechend wird diese Zeitung notfalls immer wieder von verschiedensten Leuten und Organisationen mit revolutionärem Anspruch aufgerichtet und weiterentwickelt. Die Form der Organisation der Radikal spielt hierbei keine unwesentliche Rolle. Die Erfahrungen mit den Repressionsbehörden der BRD unterstreichen, dass es unerlässlich ist, sich von den

Kinderschuhen an auch klandestin zu organisieren, wenn wir ernsthaft eine revolutionäre Perspektive entwickeln und voranbringen wollen (dazu weiter unten mehr). Denn ohne revolutionäre Debatten, keinen revolutionären Prozess.

Deshalb haben wir uns auch entschieden als eine neue Kombo die Zeitung wiederzubeleben und weiterzuführen. Nachdem sich die alte Reda-Crew nun schon viel zu lange nicht mehr mit neuen Ausgaben gemeldet hat, dachten wir "Schluss mit der Warteerei" und haben die Verantwortung übernommen, als ein neues Redaktionskollektiv an den Start zu gehen. Die Stärke der Zeitung sehen wir also vor allem im unzensierten Raum für revolutionäre Propaganda und Debatten, sehen aber auch Grenzen und Schwächen des Projektes hauptsächlich im Fehlen einer Linie und der fehlenden Bereitschaft, Verantwortung für einen revolutionären Organisationsprozess zu übernehmen. Diese Schwächen wollen wir versuchen in der kommenden Reihe

anzugehen. Doch stellen wir uns erstmal vor:

Wer sind wir?

Wir sind ein Zusammenschluss von Gruppen und AktivistInnen, die aus den verschiedenen Strömungen der revolutionären Linken kommen und auch auf unterschiedlichen Ebenen aktiv sind. Als Zusammenhang entstanden sind wir durch langjährige Diskussionen um und über die verschiedenen Beiträge der Militanzdebatte der letzten Jahre in Interim und der Radi. Was uns zusammengeführt hat, ist der gemeinsame Wille das in der Debatte Diskutierte in die Praxis umzusetzen und den widerstandsebenenübergreifenden revolutionären Aufbauprozess konkret voranzutreiben.

Wir haben uns als Organisation „Revolutionäre Linke [RL]“ konstituiert. Als diese sind wir in erster Linie bestrebt, die Strömungen der revolutionären Linken mitzugestalten, voranzutreiben und eine kontinuier-



liche Weiterentwicklung abzusichern. Unsere ideologische Ausrichtung basiert dabei auf der Dialektik eines sozialrevolutionär-klassenkämpferischen (also antikapitalistisch, anti-rassistisch und antipatriarchal) und antiimperialistisch-internationalistischen Ansatzes mit der klar definierten Zentralperspektive des Kampfes für den Kommunismus. Proletarischer Klassenstandpunkt und proletarischer Internationalismus sind vor dem Hintergrund einer kommunistischen Befreiungsperspektive untrennbar, ein unauflösliches Band der eigenen Politik als revolutionäre Linke.

Unser strategischer Ansatzpunkt zielt auf die Schaffung und permanente Ausdehnung proletarisch-revolutionärer Autonomie auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen, d.h. auf politisch-ideologischem, kulturellem, organisatorischem, usw. Gebiet. Es geht uns darum, durch die Etablierung eigener revolutionärer Werte, Normen und Strukturen die Gegenmacht von unten aufzubauen. Durch das Stärken der eigenen Seite soll das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen dahingehend verschoben werden, dass die herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen aufgehoben und der Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft ermöglicht werden.

Uns ist natürlich völlig klar, ein Projekt wie die Revolutionäre Linke wird sich erst einen Platz innerhalb der antagonistischen Strömungslinken, in der Linken allgemein und in unserer Klasse schaffen müssen. Wir machen uns auf den Weg.

Auch wenn es doch recht oberflächlich blieb, wollen wir die Selbstdarstellung an dieser Stelle beenden, vieles soll ja gerade durch die Lektüre dieser so wichtigen Publikation, der wir unseren Stempel aufdrücken, konkreter werden. Soweit zu uns als Redaktionskollektiv, wieder zurück zur Radi.

Was euch in dieser und in den kommenden Ausgaben erwartet:

Wie ihr euch sicher vor dem beschriebenen Hintergrund vorstellen könnt, wird sich das Gesicht der Radikal verändern. Wir wollen uns mit den

neuen Ausgaben von der „schwarzen Reihe“ vor allem dadurch unterscheiden, dass die Radikal mehr als bisher einer politischen Linie folgen und aktiv eigene Ansätze entwickeln soll, also mehr als ein „bloßes“ Zur-Verfügung-stellen eines unzensierten Diskussionsraumes.

Olle Lenin in der ihm ganz eigenen Sprache: „dass man darum beginnen muss mit einer an alle Komitees und an alle übrigen Organisationen gerichteten Aufforderung, das wieder erscheinende Zentralorgan zu unterstützen, welches auf reale Weise alle Komitees faktisch miteinander verbinden und real eine Führergruppe für die ganze Bewegung heranbilden wird.“ (Lenin, „Was tun?“)

Doch gestern, wie heute gilt „wenn nicht starke politische Organisationen an den einzelnen Orten herangebildet werden, dann wird auch die beste (gesamtrussische) Zeitung ohne Belang sein“. Und richtig bleibt: „Notwendig ist die Aufforderung, eine revolutionäre Organisation zu schaffen, die fähig ist, alle Kräfte zu vereinigen, die sich nicht nur Leitung nennt, sondern die Bewegung tatsächlich leitet, d.h. stets bereit ist, jeden Protest und jeden Ausbruch zu unterstützen und zur Vermehrung und Festigung der für den entscheidenden Kampf tauglichen Streitkräfte auszunutzen“ (um den Genossen noch einmal zu zitieren).

Auch wenn unsere Begrifflichkeiten andere sind und wir einen „Avantgarde-Anspruch“ ablehnen, so sehen wir doch Parallelen, zumindest in einigen Funktionen, zwischen der Radikal, wie wir sie uns vorstellen und der guten alten „Iskra“, das Organ der Revolutionäre im damaligen zaristischen Russland. Die historische Situation, in der die Iskra entstand ist eine andere als wir sie heute in der BRD vorfinden. Ihre Konzeption ist natürlich nicht 1zu1 übertragbar. Dennoch, eine Intention der Zeitung war, die damals über das ganze zaristische Russland verteilten sozialdemokratischen Zirkel sowohl politisch als auch organisatorisch zusammenzubringen. So ist auch die Radikal im besten Falle der kollektive Agitator und Organisator einer revolutionären Linken.

So werden in Zukunft Debatten um einen gemeinsamen revolutionären Organisationsprozess in diesem Zeitschriftenprojekt viel Raum bekommen. Natürlich sind wir an einer möglichst breiten Beteiligung von euch interessiert, werden aber auch eigenständig eine kontinuierliche Diskussion über die Kernfragen der angestrebten revolutionären Perspektive durch eigene Beiträge vorantreiben und absichern. Diese werden wir durch die Signatur „Revolutionäre Linke [RL]“ kenntlich machen. Auch die Aneignung der eigenen Widerstandsgeschichte als Revolutionäre Linke soll ausreichend Platz in dieser Zeitung finden. Wir wollen dabei an das von der „militanten gruppe“ angestoßene Geschichtsprojekt anknüpfen. Einsteigen werden wir in dieser Ausgabe mit einem Beitrag zu der us-amerikanischen Stadtguerilla „Weather“. Ein weiterer fester Bestandteil der neuen Reihe wird die Textreihe „Für ein revolutionäres Leben“ sein, aber lest selber dazu weiter hinten im Heft. Praxisanleitungen und ein vorher angekündigter Schwerpunkt, mit hoffentlich vielen Beiträgen von euch sollen die Radi darüber hinaus anreichern. Geplant ist auch einen möglichst breiten Überblick über aktuelle militante (und bewaffnete) Kämpfe der revolutionären Bewegung hier und anderswo zu gewährleisten, weil gerade dazu ein konzentrierter Nachrichtenüberblick im deutschen Blätterwald völlig fehlt. Der internationale Teil zu der Rubrik fehlt in dieser Ausgabe allerdings, da der mg-Schwerpunkt durch die literarische Genauigkeit der GenossInnen doch ein wenig ausgeübert ist. In Zukunft wird es auch internationale Neuigkeiten geben.

So, jetzt aber mal genug der Vorworte. Viel Spaß beim Lesen.
Eure radicien

Lest und lebt radikal!

Für den revolutionären Aufbauprozess!

Für den Kommunismus!





Redaktionelle Vorbemerkung: Der an dieser Stelle abgedruckte Text der militanten Gruppe (mg) wird hiermit erstmals veröffentlicht. Wir danken den GenossInnen für ihre große Geduld, da sie eigentlich eine Zusage von unserem Redaktionskollektiv hatten, dass wir Anfang 2009 diesen Abschlussbeitrag zur Militanzdebatte in der radikal prominent abdrucken werden. Aufgrund technischer Probleme kam es zu dieser bedauerlichen Verschiebung. Trotz der zeitlichen Verzögerung der Veröffentlichung waren die GenossInnen der (mg) damit einverstanden, weiterhin daran festzuhalten, dass die Erstveröffentlichung in der radikal erfolgen sollte.

"MILITANZ OHNE ORGANISATION IST WIE SUPPE OHNE SALZ" - ABSCHLUSSWÖRTE ZUR MILITANZDEBATTE - VON DER MILITANTEN GRUPPE (MG)

Wir haben für unseren inhaltlichen Abschluss text für die versiegende, ach, seien wir gleich zu Anfang ehrlich, für die versiegte Militanz-Debatte nochmals das alte Motto „Militanz ohne Organisation ist wie Suppe ohne Salz“ aus den Spalten der Zeitschrift „Agit 883“ aus dem Archiv geholt. Wir werden uns für den kommenden Kampfabschnitt ein neues Sing-sang-Motto einfallen lassen müssen bzw. ein Plagiat verwenden; eines, das ähnlich seine Demotauglichkeit beim Skandieren unter Beweis stellen kann. Die Einladung für kreative Vorschläge ist hiermit ausgesprochen... Allerdings geht es uns mit diesen Zeilen, was kaum verwundern sollte, nicht um einen Song-Contest, denn um die Zusammenfassung der zentralen Stränge der Militanzdebatte, die für uns weiter zu ziehen sind.

Einleitung

Wir werden in diesem Text in erster Linie auf die Stellungnahmen und Beiträge eingehen, die sich auf die im Jahr 2001 (wieder)begonnene Militanzdebatte beziehen. Wir konzentrieren uns auf jene Veröffentlichungen, die wir nach der

faktisch seit zwei Jahren im Sande verlaufenden Militanzdebatte als zaghafte Wiederbelebungsversuche bzw. mehr oder weniger direkte Anknüpfungen an das bislang inhaltlich Erarbeitete ansehen.

Wir beziehen uns hierbei vor allem auf einen linksradikalen Zusammenhang, der sich mit mehrmaligen Wortmeldungen in die Militanzdebatte eingeklinkt hat: auf den Kreis, der sich freie radikale nennt. Die Schwierigkeit, vor der wir stehen, ist, dass wir aufgrund fehlender aktueller Stellungnahmen dieses Gruppenzusammenhangs nicht wissen, ob dieser überhaupt noch existiert und zu einer potentiellen Reaktion in der Lage ist. Nun kennen wir auch interne Gruppensituationen, die es für einen bestimmten Zeitraum unmöglich machen, nach außen hin mit einer Positionierung in Erscheinung zu treten. Uns genauer zu sagen, wir haben diesbezüglich selbst eine relativ lange Phase ohne hörbaren Originalton hinter uns bringen müssen (vgl. schriftliches Interview in diesem Blatt mit der (mg), Anm. radikal-Redaktion). D.h., wir haben die leise Hoffnung, dass wir erstens (wieder) voneinander Kenntnis

nehmen und zweitens einen inhaltlichen Austausch fortsetzen werden, auch wenn Reaktionen, wie die unsrige, manchmal Monate oder gar Jahre brauchen.

Gut, wir werden uns demnach auf Texte eines Personenkreises im wesentlichen fokussieren, d.h. aber nicht, dass wir andere Beiträge, die in den vergangenen anderthalb bis zwei Jahren zu Papier gebracht wurden ignorieren werden. Diese werden zumindest am Rande miteinbezogen, kommentiert und zum besseren Verständnis der diskutierten Positionen zitiert. Wir haben uns damit zu einem kleinen Spagat entschlossen, einerseits alles das an Textmaterial aufzugreifen, dass nach unserer letzten Stellungnahme veröffentlicht wurde, andererseits haben wir eine Kritik von solidarischen GenossInnen aufgenommen, nicht jede kleinste Kleinigkeit irgendwie mit in unsere Beiträge aufzunehmen und damit einer Überfrachtung und Überforderung Vorschub zu leisten. Letztlich sind wir nach der Lektüre zu dem Ergebnis gelangt, dass mit der Schlaglichtsetzung auf die freie radikale-Texte etliche Themenstränge berührt werden, die sich für eine Diskussion unserer Abschlussworte als

(mg) eignen. Insbesondere deshalb, weil sich hier ein diametrales Verständnis von der Organisierung revolutionären Widerstandes ablichten lässt. Wir haben immer auf den herausgearbeiteten Kontrast von unterschiedlichen konzeptionellen Ansätzen und Überlegungen gesetzt, um politische Kontroversen aufzeigen und eingehen zu können. Zwischen den freien radikalen und uns lässt sich ein solcher sehr gut ablesen – im Wortsinn.

Apropos: Wenn wir in der Unterzeile von „Abschlussworte zur Militanzdebatte“ reden, so nicht, um zu behaupten, dass sich unser versuchtes Fazit als unumstößliche Leitlinie für uns oder außerhalb unseres Zusammenhangs stehende GenossInnen eignen kann/soll, sondern um die zentralen Positionen zum Komplex Militanz, militante Aktionsformen und militante Politik zusammenzufassen, die ihrerseits nur ein Ausgangspunkt für eine intensive Weiterbeschäftigung sein können. Das meinen wir, wenn wir von einer systematisierten aufeinander aufbauenden inhaltlich-praktischen Organisierung militanter Politik sprechen.

Ein weiteres Handicap soll gleich vorausgeschickt werden. Wir werden nicht dem nachkommen können, was wir in verschiedenen Texten explizit oder implizit gefordert haben: Eine detaillierte Reflexion der Fragmente von Militanzdebatten, die seit der Auflösungsperiode ehemaliger bewaffneter und militanter Gruppenzusammenhänge seit Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrtausends die (Szene-)Öffentlichkeit (in Teilen) bewegte. Wir denken dabei an die äußerst kontroverse Diskussion um die Konzeption der antimperialistischen zelle (aiz), an die Beendigung des militanten K.O.M.I.T.E.E.-Projektes, an die irgendwann wortlos verschwundene Gruppe Klasse gegen Klasse (KgK) oder aber auch an die Auseinandersetzung um Methoden aus dem Bereich der Kommunikationsguerilla im Kontext des Kappens von Glasfaserkabeln am Frankfurter Abschiebeflughafen..

Unser Fazit, was wiederum besser als Zwischenfazit anzusehen ist, kann demnach nur ein weiteres Etappenziel auf dem Weg zu einer Ausarbeitung militanter Politik sein. Die Unabgeschlossenheit dieses Themenfeldes ergibt sich aus der Sache, um die es geht. Zudem: Die inhaltlich-thematische Enge ist augenscheinlich, wenn es vordergründig um die Bestimmung von Militanz, militanten Aktionsformen und einer sich verdichtenden militanten Politik geht. Wir lösen eine inhaltlich begründete Interventionsform des revolutionären Widerstandes faktisch aus dem Kontext seiner ges-

ellschaftspolitischen Voraussetzungen, Wirkungen und perspektivischen Potentiale heraus. Um eine grundsätzliche Kritik vorwegzunehmen: Die Militanzdebatte ist bereits allein begrifflich auf eine Praxisform verengt und muss unter größten „intellektuellen“ Anstrengungen in einen umfassenderen politischen Rahmen eingefügt werden. Wenn wir in verschiedenen Texten dafür votiert haben, die Diskussion um die Anwendungs- und Umsetzungsmöglichkeiten einer oder mehrerer spezifischer militanter Praxen zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung um eine militante Politik weiterzuentwickeln, so konnte das nur sehr bedingt gelingen. Denn zu mehr als unsere Texte mit einigen wenigen „gesellschaftsanalytischen“ Komponenten anzureichern, hat es nie gereicht. Dieses eklantante Missverhältnis kam zwar in dem einen oder anderen Text zur Sprache, aber eine wirkliche theoretisch-inhaltliche Abhilfe konnten wir bislang nicht leisten und der interessierten Öffentlichkeit vorstellen.

Das Führen einer Militanzdebatte um der Aufrechterhaltung einer Militanzdebatte wegen kann nur in seinen immanenten Begrenzungen gefangen bleiben. Ein Ausbruch kann nur erfolgen, wenn die Grenzen tatsächlich gesprengt werden und der Debattenverlauf in Richtung einer Organisationsdebatte, wir sagen in eine Organisationsdebatte, überführt wird. Solch eine Aussage allein mit dem diskreditierenden Schlagwortsatz von dem alten sauren Wein in den porösen Schläuchen kontern zu wollen, ist allein deshalb zu simpel, weil sich die Organisations-/Organisationsfrage in Permanenz stellt. Der noch so kleinste praktische Ausdruck unserer Politik braucht einen organisierenden Vorlauf. Wir wissen, eine Binsenweisheit, allerdings eine, die der kritischen Überprüfung standhält, so wie manche Bauernregel.

Unser Ziel mit diesem Papier ist, euch einen allerdings nicht zu weitgehenden Eindruck zu vermitteln, in welche Richtung die Reise für uns gehen wird. Welche Weiter- und Umorientierungen wir vorgenommen haben bzw. vornehmen werden müssen, um uns als organisierter Teil des revolutionär-kommunistischen Widerstandes in der BRD eine stabile politische Existenzgrundlage zu verschaffen.

Der frei radikale Fehlwurf einer Neubestimmung von Militanz

Wir wollen, um diesen Abschnitt einzuleiten, die Texte von freie radikale in ihren wesentlichen Inhalten skizzieren und jene Fragestellungen herausstel-

len, die wir in den anschließenden Unterkapiteln diskutieren möchten. Die frei radikalen Veröffentlichungen wurden in ihrem kurzen Sommer des Jahres 2007 in der Szeneöffentlichkeit platziert. Bislang sind, falls uns nichts durch die Lappen gegangen sein sollte, drei Beiträge in den Interim-Nummern 654, 657 und 661 erschienen. Eine Art publizistische Trilogie in der über zwanzig Jahre bestehenden Szene-Zeitung „Interim“.

Aber der Reihe nach: Der trilogische Auftakttext 'This is a Love Song', ein an einer entscheidenden Stelle abgewandelter Titel eines Papiers der Revolutionären Zellen (RZ), hat als Aufhänger die Rückkehr zweier GenossInnen aus dem Exil nach fast 20 Jahren. Beide sollen in den 70er bzw. 80er Jahren in den RZ bzw. in der Roten Zora aktiv gewesen sein. Die freien radikale liefern in ihren ersten paar Zeilen auch eine kurze Selbsteinordnung: „Wir waren Teil militanter, klandestin organisierter Strukturen und autonomer Gruppen. Mit anderen Militanten waren wir in intensiven Diskussionen. Unsere Projekte haben sich zwar über die 20 bis 30 Jahre stets verändert – unsere Kontinuität als militanter Kern ist jedoch unverändert. Mal sind wir stärker präsent – mal weniger.“ Und die Neubestimmungssuche hinsichtlich des Einsatzes revolutionärer Gewalt resultiert daraus, dass „den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen eine tatsächliche emanzipative Militanz in neuer Qualität als Alternative zur Gewalt der Zerstörung“ entgegenzusetzen sei. Zudem sei die „eigene Kolonisierung der Gewaltverhältnisse“ aufzubrechen und es wird darauf verwiesen, dass die „emanzipierte Militanz“ der radikalen Linken zwischen den „polarisierten Gewaltverhältnissen“ des herrschenden Systems und des „Terrors“ fundamentalistisch-islamistischer Gruppen „unsichtbar“ wird. „Alternativen“, die „ausstrahlen“ könnten, haben wir eh nicht, „geschweige denn ein überzeugendes Konzept für eine andere Welt.“

Und die „Alternativen“ der trikontinentalen Befreiungskämpfe, die von der metropolitanen (revolutionären) Linken jahrzehntelang ausgegeben wurden, gelten den freien radikalen (in der Rückschau) als „Heroisierungen patriarchaler, militärischer Strukturen – auch gepaart mit Allmachtsfantasien -, die bei einem Sieg neue Männereliten an die Macht spülten und eine Restrukturierung patriarchaler Herrschaftsmodelle voranbrachten.“

Als positives Gegenbeispiel zur RAF, die in ihrem Signet sogar „eine Waffe im Emblem!“ führten, werden die RZ und die





selt sich in der Überschrift „Politische Einschätzung zu den Durchsuchungen vor und nach dem G8 im Zusammenhang mit dem Anti-G8 Widerstand aus militanter Perspektive“. Dabei wird sich an einer Beurteilung der BAW-Razzien im Mai 2007 vor Beginn des G8-Gipfels versucht. Eine Ambition sei dabei „die Störung militanter Vorbereitung im Vorfeld des G8“ gewesen, „verbunden mit dem Ziel in mögliche militante Strukturen einbrechen zu können.“

Diese Razzien waren zum einen gegen eine auf den Schreibtischen von BKA und BAW phantasierten „Militanten Kampagne gegen den G8-Gipfel“ gerichtet, ja, und gegen uns. Die freien radikale ziehen dabei eine Parallele von den in den 80er Jahren inkriminierten „anschlagsrelevanten Themen“ (vor allem Gen- und Reproduktionstechnologie und Anti-Rassismus) zu dem Angriff auf (vermeintliche) klandestine militante Netzwerke, um mit Hilfe eines Rasters ganze Polit-Großzusammenhänge kriminalisieren zu können. Der Grund für den staatlichen Verfolgungsaufwand insbesondere im Vorfeld des G8-Gipfels liegt in dem „koordinierten oder unabgesprochenen und doch gemeinsamen Vorgehen“ von Militanten. Die den Gesetzesrahmen brechenden Aktivitäten vor und während des Gipfels kennzeichnen die KollegInnen freie radikale etwas pathetisch als „militanten Vulkan“ und stellen mit Genugtuung fest, dass „ein Land unter völliger Kontrolle anders (aus)sieht.“

Der trilogische Abschluss unter dem Titel „This Is A Love Song Teil III“ hat als Kernstück eine Nachlese zu den Anti-G8-Protesten und stellt in diesem Abschnitt eine inhaltliche Erweiterung/Ergänzung zum zweiten Text dar. Darauf wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Interessanter für uns sind hier die Punkte, die sich um die (Wieder-)Initiierung einer Militanzdebatte drehen. Das frei radikale Motiv der Debatteneröffnung wird nochmals klar betont: „Wir möchten demobilisierte, alte militante Strukturen ebenso erreichen wie aktive, organisierte und neue Radikale in den Startlöchern, die neue Antworten auf z.T. auch neue Fragen suchen.“ Als Forum der Debatte schlagen die freien radikale „vorläufig“ die „Interim“ vor. Dabei rufen sie dazu auf, die (finanzielle und strukturelle) Basis jener Publikation zu stärken und wollen Texte, die für uns bspw. inhaltlich wichtig sind (wir kommen weiter unten darauf zurück) verbannt sehen. Als eigentliche Neuerung insbesondere zum ersten Text ist der Aufruf für „eine militante Kampagne gegen Bundeswehreinrichtungen,

Zuliefererbetriebe, Denkfabriken, gegen Verantwortliche in Politik, Militär und Wirtschaft“ zu sehen. Die Aktionen seien so durchzuführen, dass „Menschenleben“ nicht gefährdet sind.

Nach der Skizze der von den freien radikalen behandelten bzw. berücksichtigten Inhalten wollen wir uns mit drei Aspekten folgend näher beschäftigen: erstens gehen wir der Frage nach, warum der ungezählte neue Neubestimmungsversuch von Militanz faktisch ohne Resonanz bleiben musste. Zweitens möchten wir den zweiten Teil der immer zum Abschluss prominent gesetzten Parole „Für eine Neubestimmung militanter Praxis jenseits militaristischer Organisationsmodelle!“ auf den Zahn fühlen. Drittens werden wir auf den extrem oberflächlichen Streifzug der freien radikale eingehen, der sich mit uns beschäftigt, aber eigentlich überhaupt nicht mit uns beschäftigen will oder doch, wir werden sehen...

Ein weiterer erfolgloser Versuch, eine Militanz-Debatte zu initiieren

Man sollte ein Unterkapitel nicht gleich ketzerisch einleiten, aber haben wir nicht bereits ausreichend den Projektstart einer Neubestimmung einer Militanzdebatte vermeldet bekommen, ohne das je einer dieser Bestimmungsversuche irgendwie in sich inhaltlich, praktisch und organisatorisch manifestiert worden wäre. OK, man kann es sich einfach machen und die Behauptung aufstellen, dass alles vormals als Neubestimmung Deklarierte ohne Wert und deshalb null und nichtig ist. Vorsicht: Wir meinen, dass das ein fahrlässiger Gedankengang wäre, da man ein dünnes „argumentatives“ Glatteis betreten würde. Einbruchgefahr, ganz klar! Gelinde gesagt, löst es bei uns nur noch ein starkes Irritiert-Sein aus (dabei müssen wir auf uns achten, nicht in einen Zynismus zu verfallen), wenn GenossInnen, die mit einem gehobenen politischen Anspruch in die Textproduktion einsteigen, die inhaltlich entwickelten und ausgeführten Kontroversen der Militanz-Debatte seit 2001 geflissentlich ignorieren und dann noch die Chuzpe besitzen, diese undiskutiert abzuqualifizieren: „Die Diskussionen um Militanz, die zwar aktuell in diesem Blatt (der „Interim“, Anm. mg) ab und an aufflammen, knüpfen unseres Erachtens nach nicht einmal annähernd an die Tiefe vergangener Auseinandersetzungen an und beanspruchen dies auch nicht wirklich.“ Eine arrogantere Pose ist kaum zu Papier zu bringen, vor allem, wenn völlig mühelos die entscheidenden

Rote Zora aufgelistet, die viel situationangemessene „Flexibilität“ mitgebracht hätten und das, so die freien radikale, „zeugt von einer emanzipativen Verfasstheit der Gruppen.“ Der von der RAF initiierte „Front-Prozess“ kommt da weniger schmeichelhaft weg, das dazugehörige Maipapier aus dem Jahr 1982 sei gekennzeichnet durch eine „verquaste Sprache“ und sei „arrogant und kalt“ gehalten. Hinsichtlich der anvisierten frei radikalen Neubestimmung von Militanz heißt es zum einen, dass „der Propagierung einer militanten Plattform (...) mehr als kritisch“ gegenüber gestanden wird und das „(darauf) mit keinem Wort Bezug genommen“ wurde. Des weiteren ist „die Initiative der mg (...) in politischer und praktischer Hinsicht (...) keine Orientierung“, und außerdem „oft eher ärgerlich.“ Die „immer wieder durchschimmernden kommunistischen, taktischen und ideologischen Vorzeichen“ scheinen auch zu stören. Zum anderen wird eine Art offener Diskussionsrahmen für eine Militanz-Debatte abgesteckt, die „ohne Eile, besonnen und politisch solidarisch“ in der „Interim“ zu führen sei. Eine „Bestandsaufnahme realer gesellschaftlicher Situationen“ müsse am Beginn stehen und auf „Faktenhuberei“ sei zu verzichten. „Courage“ ist ebenfalls mitzubringen, um „militante Optionen neu zu denken und in Handeln umzusetzen oder zu verwerfen.“ Das Thema des zweiten Textes entschlüs-

Belegstellen wegbleiben.

Im Rahmen der Militanzdebatte, die wir immer noch der Unterscheidung wegen zu früheren Diskussionsanläufen als aktuelle bezeichnen wollen, sind mehrere Initiativen unternommen worden, die ihresgleichen suchen. Es gab eine Interim-Schwerpunktausgabe (Nr. 600) in der Frühphase der Debatte, eine separate Broschüre, die die Beiträge der Militanzdebatte aus den Jahren 2001 bis 2004 komplett veröffentlichte, die Ausgaben der „radikal“ aus der sog. Schwarzen Reihe waren z.T. stark durch Militanzdebattenbeiträge geprägt, und es wurden nahezu alle (mg)-Texte (einschließlich vieler Bezugstexte) als 'dokumentationX' ins Netz gestellt. Im Gegensatz dazu hatten bspw. die Broschüren zur K.O.M.I.T.E.E.-Selbstauflösung oder zu den Anschlägen auf Glasfaserkabel im Rhein-Main-Gebiet eher einen thematisch abschließenden Charakter, auch wenn die Intention sicherlich eine andere war. Quantitativ und – wie wir meinen – qualitativ braucht diese spezifische Militanzdebatte nicht unter Verschluss gehalten zu werden, zumal sie seit Anfang/Mitte der 90er Jahre die einzige war/ist, in der die ProtagonistInnen zumindest versucht waren, Anschlüsse und Bezugspunkte zu vorherigen Diskussionsrunden zu entwickeln.

Und nicht zuletzt ist das frei radikale publizistische Strohfeuer ein Paradebeispiel dafür, dass die gruppenspezifische Strukturlosigkeit, man vergleiche dazu die von uns in der Einleitung wiedergegebene Selbstcharakterisierung, keine Debattekontinuität zulassen kann. Eine Kontinuität in Theorie, Praxis und Organisation – als kollektiver Prozess gedacht und umgesetzt – ist aufgrund der Anlage eines solchen amorphen Projektes schlichtweg unmöglich. Selbst formulierte Ansprüche müssen sich in Nichts auflösen. So auch hier, ein weiteres Mal. Wir ersparen uns und euch an dieser Stelle eine Auflistung über die folgenlosen bis folgenarmen Wiederbelebungsversuche von Militanzdebatten, es wäre eine ziemlich ernüchternde Bilanz, vor allem für die AusruferInnen.

Wenn wir nach Diskussionsansätzen Ausschau halten, die von freier radikale in die Runde für eine Reaktivierung einer Militanzdebatte geworfen werden, fällt in erster Linie der beinahe heroische Überschlag der Darstellung in Bezug auf die Politik der Revolutionären Zellen und der Roten Zora auf. Auch wir gehören zu den Vorletzten, die den militanten und bewaffneten Projekten aus der revolutionären Linken die Unterstützung verweigern. Eine Verteidigung der ideologischen

und organisatorischen Hintergründe unserer Geschichte war im Rahmen der Wiederaneignung der Widerstandsgeschichte der revolutionären Linken stets unser Thema. Da diese Prämisse unserer Politik unweigerlich zur Reflexion führt, gehen wir mit Beifallsbekundungen aber sehr reserviert um. Einige Punkte wollen wir kurz problematisieren, da sich für uns eine (derart positive) Bezugnahme auf die RZ/Zora im Zusammenhang mit der Militanzdebatte nicht so einfach erschließen mag. Die freien radikale schreiben zur Zora erst einmal folgendes, das wir teilen: „Eine eigenständige bewaffnete, militante, feministische Frauenorganisation sucht man in der Regel in der patriarchalen Geschichte der männerdominierten Linken vergeblich.“ Wir lassen den widerstandsgeschichtlichen Aspekt der autonomen Frauenorganisation zu anderen Dekaden und in anderen Ländern eben unberücksichtigt und sagen, dass es, wenn sich ein Teil von Genossinnen in einem autonomen Raum organisiert, weil die vormalige Gruppenstruktur ihnen nicht die erforderliche Artikulation gibt, eine Voraussetzung für ein „Zusammenkämpfen“ ist. Aus dem (partiellen) Getrennt-Sein kann ein verstärktes projektbezogenes Gemeinsames erwachsen, wenn der jeweilige Autonomiegrad in der Aktion respektiert ist.

Eine der Hymnen auf die Zoras klinkt so: „Die Rote Zora (...) war ihrer Zeit ebenfalls weit voraus. Ihr Internationalismus – am Beispiel Adler – ist von heute aus betrachtet nichts anderes als eine auf den Punkt gebrachte militante Antiglobalisierungsaktion.“ In der Hochphase der militanten Kampagne gegen die Bekleidungsfirma Adler in den Jahren 1987/88 waren die Stellungnahmen durchaus etwas differenzierter, vor allem auch, was die Zora-typische Aktionsform des Legens von Brandsätzen betrifft. Hintergrund der stark militant geprägten Kampagne war ein Streik von südkoreanischen Arbeiterinnen gegen kapitalistische und sexistische Ausbeutung in den Adler-Produktionsstätten. Die Anschlagserie auf Adler-Filialen in der BRD und Westberlin von der Roten Zora und von der Gruppierung „Die Amazonen“ hatte (möglicherweise) einen Einfluss auf das Einlenken (u.a. Lohnerhöhungen für die Arbeiterinnen) der Konzernleitung – zur Überraschung und Irritation vieler MitstreiterInnen. In dem Interim-Vorläufer „Unzertrennlich. Autonomes Blatt“ (Nr. 7, Dez./Jan. 87/88) wird sich unter dem Titel „schaden oder nutzen? antwort auf die kritik an den anschlägen gegen adler“ mit der Motivlage dieses (taktischen) Kom-

promisses des Konzerns vor dem Hintergrund des „Ökonomischen Sachzusammenhangs“ befasst: „Im Ergebnis stehen wir der Aussage skeptisch gegenüber, daß es nur die hiesigen Anschläge gewesen sein sollen, die Adler zum Rückzug bewegt haben. Wir nehmen eher an, daß langfristig Produktionsverlagerungen geplant sind (...) Außerdem ist von etlichen Konzernen in Südkorea im Sommer den hartnäckigen Kämpfen oft nachgegeben worden, weil eine Lohnerhöhung weniger Profiteinbuße bedeutet als völliger Produktionsausfall.“ Des Weiteren heißt es in dem Artikel: „Über die feurigen Grüße der 'Roten Zora' an die Frauen von Iri (der Produktionsstätte in Südkorea, Anm. mg) haben wir uns gefreut. Unbenommen davon bleibt, daß uns ein erfolgreicher Boykott mehr gefreut hätte.“

Ein frei radikales Zitat, was wir in der Einleitung nur im Auszug vorgebracht haben, wollen wir an dieser Stelle im Zusammenhang anführen: „Als politische Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der RZ entstand als eigenständige Organisation die Rote Zora. Hochachtung vor so viel Flexibilität einer selbstorganisierten militanten Struktur – denn diese Veränderungen und Beweglichkeit, die den Organisierten im Alltag vielleicht so nicht bewusst war, zeugt von einer emanzipativen Verfasstheit der Gruppen.“ Wir kriegen den bitteren Beigeschmack nicht weg, dass zu einer derart hochgelobten inneren Gruppenstruktur auch gehören muss, einen „geordneten Rückzug“ anzutreten, wenn man als Zusammenhang an unüberwindliche Grenzen gestoßen ist und das Projekt für beendet hält. Von den Zoras ist nach ihrem letzten bekannt gewordenen Anschlag auf die Lürssen-Werke in Bremen 1995 nichts mehr inhaltlich verbreitet, vor allem nicht die offene Auflösung erklärt bzw. vermittelt worden. Wenn eines der exponiertesten klandestinen Projekte der BRD, sprich die Rote Zora, so sang- und klanglos ausläuft, ist das ein aus unserer Sicht zu hoher Grad an „Flexibilität einer selbstorganisierten militanten Struktur“.

Insgesamt halten wir ein derartiges, wenig reflektiertes Einbringen der RZ- und Zora-Politik in die Militanzdebatte für unzureichend. Die interne Zerrissenheit dieses Projektes/dieser Projekte, die Anfang der 90er Jahre relativ breit diskutiert wurde, bleibt völlig unerwähnt. Dazu gehört nicht nur der Konflikt zwischen einer antiimperialistischen und einer sozialrevolutionären Bruchstelle, die Verirrung eines Teils des Gruppenzusammenhangs in die Arme des narzisstischen „Berufsrevolutionärs in der leninistischen Tradition“,



lich Ramirez Sanchez (alias „Carlos“), bzw. in die ominöse „Organisation Internationaler Revolutionäre“ (OIR), sondern auch ein kritischerer Zugang zur vermeintlich „emanzipativen Verfasstheit“ der Binnenstruktur.

Vor diesem Hintergrund die RAF bzw. zuvor der „Frontprozess“ Mitte der 80er Jahre als besonders verwerflich erscheinen zu lassen, grenzt schon an (bewusster) Klitterung der Widerstandsgeschichte der revolutionären Linken. Das den Anstoß zum „Frontprozess“ gebende „Mai-Papier“ von 1982 (eigentlicher Titel „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“) ist eines der wenigen kollektiven Diskussionsprodukte der klandestinen, militanten und illegalen revolutionären Linken der BRD. Es markiert nach dem „Herbst '77“ eine inhaltlich-praktische Offensive in den Jahren 1985/1986, die danach unerreicht blieb. Zentral an diesem Front-Konzept ist zweierlei: zum einen dokumentiert es, aus der Karambolage mit dem repressiven Staatsapparat um '77 nicht desillusioniert und geschlagen hervorgegangen zu sein, und zum anderen die er-

weiterte Perspektive von Widerstandspotentialen: „Wenn man so will, unterscheidet sich unsere Aktionslinie bis '77 von der jetzt darin, daß es bis '77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten Kampf gekommen ist oder diesen Schritt vorbereitet hat und daß es jetzt darauf ankommt, daß Guerilla, militante und politische Kämpfe als integrale Komponenten im perspektivischen Fluchtpunkt der zu entfaltenden Metropolenstrategie zusammenkommen. Wir sagen: Wenn auch bewaffnete, illegale Organisation der Kern dieser Strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige Kraft, wenn bewaffnete Politik mit militanten Angriffen, mit den Kämpfen aus der ganzen Breite der Erdrückung und Entfremdung und mit dem politischen Kampf um die Vermittlung ihres Prozesses zusammen zu einem bewußten und gezielten Angriff gegen die Dreh- und Angelpunkte des imperialistischen Zentrums gebracht wird.“ In dem koordinierten Zusammenkommen von Guerilla, militanten Widerstandsformen und politischen Kämpfen in einer strategischen Gesamtkonzeption in den imperialistischen Metropolen sehen wir tendenziell eine Übereinstimmung mit unseren Überlegungen, die auch immer von (wesentlichen) Aspekten des Frontprozesses mit

beeinflusst waren.

Wir wollen überhaupt nicht ignorieren, dass dieser antiimperialistische Frontprozess nicht von allen kämpfenden Organisationen in Westeuropa geteilt und bejubelt wurde. Zum Teil gab es, insbesondere von den GenossInnen aus der PCE/r und Grapo aus dem spanischen Staat z.B. in der Frage des Parteaufbaus



und des proletarischen Klassenkampfbezugs erhebliche Vorbehalte und eine deutlich formulierte Ablehnung. Aber auch dies ist Ausdruck einer vitalen Debatte unter revolutionären Organisationen und nicht mit einer schlichten Handbewegung abzutun. Wir haben nichts gegen eine Streikultur einzuwenden, die sich auch des literarischen Stilmittels der Polemik bedient. Eine darüber ausgelöste Kontroverse ist zweckgebunden, sie dient dem Ziel der Verständigung in zentralen taktischen, operativen und strategischen Fragen.

Ein anderer Punkt: Das, was im frei radikalen Diskurs als Negativfolie (der „kommunistische Schimmer“) betrachtet wird, halten wir für eine Akzentuierung einer Debatte für förderlich. Eine „Ideologisierung“ der Debatte ist insbesondere von unserer Seite aus angebracht, da wir seit Jahren mit einem „dogmatischen Undogmatismus“ in verschiedenen Diskussionsbeiträgen im Rahmen der Auseinandersetzung um Militanz in Berührung geraten sind.

In einer Replik auf einen Text des ehemaligen Aktivisten der autonomen Lupus-Gruppe aus Frankfurt/M., Wolf Wetzel, haben wir den Aktualitätsbezug für den Kampf für den Kommunismus fern jeder Bekenntnisreiterei verteidigt: „Um ritual-

isierte Glaubensbekenntnisse geht's tatsächlich nicht, das überlassen wir denen, die etwas davon verstehen – den Klerikalen aller Anschauungen. Da, wo der Glaube aufhört, fängt das Denken um den Kommunismus und dessen Übergang von der Vision zur Realisierung an, nur das interessiert uns. Unglaublich ist es allerdings, bei eventueller Nachfrage

verklickern zu wollen, daß nur aus taktischen Gründen auf das Unwort Kommunismus verzichtet wurde, um es bei einer günstigeren politischen Großwelterlage dem breiten Publikum schmackhaft zu machen. Kommunismus ist aber keine Saisonware, die man je nach (eigener) Stimmungslage auf dem Markt der Möglichkeiten feilbietet. Und außerdem: Der Kommunismus kann erst dann erledigt sein, wenn wir ihn verwirklicht haben.“ (Interim 621) Und, um uns profunden Beistand zu holen, zitieren wir den Genossen Karl Korsch als Rückversicherung: „Der wirkliche Inhalt und die wirklichen Formen der künftigen kommunistischen Gesellschaft können nicht durch irgendwelche Analogien

bestimmt werden, sondern, wie alle andere Wirklichkeit, nur empirisch, und das bedeutet hier: durch geschichtliche Entwicklung und menschlich-gesellschaftliche Tat.“

Zu einem letzten Unterpunkt in diesem Abschnitt: Unschlüssig sind wir uns verstärkt hinsichtlich des Ortes der Militanzdebatte, die wir nur noch in eine grundsätzliche Organisations-/Organisationsdebatte eingerahmt sehen möchten. Die „Interim“ hat in den letzten Jahren an Reichweite deutlich eingebüßt. Außerhalb des Berliner Raums nimmt deren Bedeutung Kilometer für Kilometer ab. Das können wir für uns erst einmal nur konstatieren und deckt sich mit dem, was wir im Bundesgebiet registrieren konnten. Wir haben die „Interim“ als (Szene-) Multiplikatorin jahrelang betrachtet, selbst das scheint nicht mehr gesichert zu sein. Allein mit dieser Veröffentlichungspraxis werden wir nur einen zusehends schmaler werdenden Resonanzboden erreichen können. Unsere kommunikativen Räume sind insgesamt extrem begrenzt. Deshalb unterstützen wir gern die Initiative von GenossInnen, in die Traditionspur des klandestinen Zeitungsprojektes „radikal“ zurückzukehren und haben uns dazu entschlossen, die Erstveröffentlichung unserer Texte hier vorzunehmen.

Auch deshalb, weil dieses Zeitschriftenvorhaben als „kollektiver Agitator“ funktionieren soll; als ein publizistisches Instrument der Organisierung innerhalb der revolutionären Linken. Dieser über Militanz-Fragen hinausgehende Organisationsprozess soll sich, wenn wir die BlattmacherInnen richtig verstanden haben, u.a. über dieses Medium vermitteln und über den Kleinausschnitt der revolutionären Linken in unsere Klasse reichen. Ambitioniert, aber korrekt akzentuiert, wie wir meinen und deshalb nachdrücklich solidarisch begleiten werden.

Ein Neubestimmungsversuch „jenseits militaristischer Organisationsmodelle“

Der in der Zwischenüberschrift aufgenommenen Prämisse „jenseits militaristischer Organisationsmodelle“ bezüglich eines Neubestimmungsversuchs revolutionärer Gewalt kommt für die freien radikale offensichtlich eine hohe Bedeutung zu, da sie in dieser bzw. leicht abgewandelter Form in ihren Texten jeweils als abschließende Erstoparole gesetzt ist. Dieser Neubestimmungsversuch kann allerdings nicht einmal in das Versuchsstadium gelangen, da nicht einmal in Ansätzen dargelegt wird, was unter „militaristischen Organisationsmodellen“ und das „jenseits“ davon zu verstehen ist. Wir erfahren nichts darüber, in welchem Befreiungskampf konkret in welchem Land unter welchen sozio-ökonomischen und ideologischen Vorzeichen ein „Militarismus“ in welcher Organisation vorherrschend war oder aktuell ist. In dieser Form der Nicht-Argumentation bleibt diese Prämisse eine hohle Phrase.

Trotz der ausbleibenden Diskussion um einen „Militarismus“ gerät das frei radikale Gemüt in Wallung und ruft im dritten Text den Interim-LeserInnen zu: „Wir möchten davon verschont bleiben, das Glorifizierungen eines ‚Volkskrieges‘ oder Fetischisierung von Waffen (Nr. 654) einen Platz in der Interim haben.“ Was ist der Hintergrund dieser frei radikalen zensorischen Anrufung an? In der Broschüre „protest.widerstand.perspektive. Texte zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007“ ist ein Interview mit zwei AktivistInnen unter dem Titel „Politische Militanz gestern und heute“ abgedruckt. Dieses Interview hat in der besagten Interim-Nummer Platz gefunden. Wie lautet nun diese inkriminierte Passage? „Wir sind hier momentan tatsächlich auch in einer völlig anderen Situation als zum Beispiel in Indien, Kolumbien oder bis vor ein paar Monaten in Nepal beim Volkskrieg der kommunistischen Guerilla, wo es ja um

die konkrete Befreiung von einzelnen Gebieten und den offenen Krieg gegen die Oligarchie geht.“ Was soll an dieser Aussage falsch sein? Der Begriff „Volkskrieg“ bezeichnet in diesem Kontext den Revolutionsprozess in dem halbkolonialen und -feudalen Nepal vor dem Fall der Monarchie und dem Etablierungsversuch einer „neu-demokratischen Ordnung“, um uns in der maoistischen Terminologie zu üben. Die Begriffswahl ist kontextgebunden und entspricht dem, was die Kommunistische Partei Nepals (Maoistisch) bzw. jetzige Vereinigte KPN (M) an konzeptioneller Grundlage nun einmal hat(te). Unsere Klammersetzung soll nur darauf hinweisen, dass sich innerhalb der Befreiungsorganisation und der „maoistischen Internationale“ RIM eine hitzige Auseinandersetzung ergeben hat, in welchen Folgeschritten die Revolutionierung fortgesetzt werden soll (u.a. die Frage nach der Übertragungsweise der neudemokratischen Doktrin auf nepalesische Verhältnisse oder die Frage nach der offenen Unterstützung des Volkskrieges auf dem indischen Subkontinent). Das aber nur am Rande.

Wir versuchen unsererseits etwas dahingehend beizutragen, dass wir uns mit dem Problembereich der dialektischen Verbindung des Politischen mit dem Militärischen (u.a. im Rahmen eines „Volkskrieges“) befassen wollen. Wir haben auch bei dieser hochgradig spannenden Diskussion auf die gebotene gedrängte Darstellung zu achten. Einige Aspekte möchten wir dennoch streifen.

Beginnen wir mit einem der Vertreter des „Volkskriegs“-Theorems schlechthin, mit dem Genossen Mao Tse-tung. In seinem Text „Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei“ ergreift er u.a. das Wort gegen eine Fraktion innerhalb der KPCh, die einen ausschließlich militärischen Blickwinkel in der Revolutionspolitik vertritt: „Sie betrachten die militärische und die politische Tätigkeit als einander entgegengesetzt und erkennen nicht an, daß die militärische Tätigkeit nur eines der Mittel zur Erfüllung politischer Aufgaben ist. Manche versteigen sich zu der Behauptung: ‚Wenn militärisch alles gut steht, steht selbstverständlich auch politisch alles gut; wenn es aber militärisch schlecht steht, kann es auch politisch nicht gut stehen.‘ Damit wird noch ein Schritt weitergegangen und das Militärwesen der Politik gegenüber als führend angesehen.“ Also, dem Genossen Mao kann nicht der Vorwurf gemacht werden, denn er wäre haltlos, dass er „militaristischen Abweichungen“ tatenlos zugesehen hätte. Er griff ein und unternahm den Versuch

der Korrektur, einer linienförmigen, aber einer absolut notwendigen, um einer tendenziösen Gewichtung auf dem Gebiet der Militärpolitik frühestmöglich Einhalt zu gebieten. Wir müssen keine MaoistInnen sein, um viel Plausibles an dieser Position zu finden. Die, die MaoistInnen sein wollen, können es unsretwegen natürlich gerne sein.

Ebenso entzündete sich in Westeuropa an diesem dialektischen Verhältnis von Politischem und Militärischem eine Debatte. In den in den Aufbruchjahren Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre verfassten Beiträgen der Gauche Proletarienne (Proletarische Linke) aus dem französischen Staat, die gemeinhin „Maos“ genannt und vom Repressionsapparat verboten wurden, wird zur Fragestellung der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes z.B. hinsichtlich der Problematik der politisch-militärischen Einheit ausgeführt: „Man wird nicht die Okkupation brechen, indem man sich wesentlich eine bessere politisch-militärische Organisation gibt oder eine bessere Verteilung der einzelnen Aufgaben organisiert – so wird der Schraubstock nicht gelöst. Diese Maßnahmen der Neuausrichtung, so bedeutend sie auch sein mögen, sind der politischen Reform in dem Sinne von ‚Mehrheit, Einheit, Demokratie‘ und der ideologischen Bewegung, die den politischen Neuanfang möglich macht, untergeordnet (...) Wir müssen uns darüber klar sein, daß es für keines unserer politischen Probleme eine ‚militärische Lösung‘ gibt.“ Wir bitten inständig darum, dass insbesondere der letzte Satz dieses Zitats Beachtung findet, denn er beschreibt einen der zentralsten Grundsätze der Phasen des revolutionären Kampfes für den Kommunismus. Die gefangenen Militanten für den Aufbau der Kommunistischen Partei politisch-militärisch (PC p-m) in Italien, die in wenigen Wochen mit ihrem drakonischen staatsterroristischen Urteil in Mailand zu rechnen haben, haben sich mehrfach zu diesem Fragekomplex schriftlich geäußert. In einem früheren Text vor der Inhaftierung heißt es bspw. unmissverständlich: „Die politisch-militärische Einheit, die Anwendung der Waffen um Politik zu machen ist grundlegend, aber eben, um Politik zu machen und noch nicht den Krieg.“

Setzen wir mit einem Auszug aus einem Beitrag zur Militanzdebatte fort. Ja, hätte das frei radikale Leseverhalten angemessen stattgefunden, dann hätte eine Problematisierung der Frage des „Militarismus“ direkt an das Diskutierte der Militanzdebatte anschließen können, ja müssen – aber egal: Die GenossIn-



nen der Militanten Antiimperialistischen Gruppe – Aktionszelle Pierre Overney (MAG-APO) haben in ihrem Diskussionsbeitrag aus dem September 2003 zum Verhältnis eines politisch-militärischen Ansatzes geschrieben: „Die Präzisierung ‘politisch-militärische Strategie’, die für die meisten revolutionären Organisationen und Befreiungsbewegungen gängig ist, besagt zweierlei: a) zum einen drückt die Voranstellung des Politischen vor dem Militärischen aus, dass die politischen Instanzen (Partei, Kongresse etc.) dem militärischen Zweig der Organisation die Direktiven erteilen und diese für diesen bindend sind, d.h., dass eine potentielle Verselbständigung des Militärischen unterbunden wird, und b) wird durch diese Begrifflichkeit dokumentiert, dass ein fundamentaler gesellschaftlicher Umwälzungsprozess mit einem gewaltsamen Zusammenstoß mit dem (militärischen) Apparat von Staat und Kapital einhergehen wird. D.h. jeder auf Sand gebauten Vision eines friedfertigen Hinübergleitens in eine solidarische Ära a la Kautsky (...) muss aufgrund der historischen Erfahrungen und aktuellen Voraussetzungen eine klare Absage erteilt werden.“ Die Kernaussage hinsichtlich einer politisch-militärischen Strategie ist, dass der zweimal und mehr reflektierende Kopf den Schlagarm mit geballter Faust führt und zum Einsatz bringt – und nicht umgekehrt.

Nun hat, wie vieles in der Welt, auch die (Nicht-)Praxis eines bedeutenden Teils des linksradikalen Milieus in der BRD ein zähes Beharrungsvermögen. Die Überzeugung, dass eine politisch-militärische Strategie kontraproduktiv ist und in eine militaristische Sackgasse mit Nachdruck führt, bleibt in nicht wenigen argumentativen Kurzschlüssen weiterhin bestehen, auch wenn seriöse ProtagonistInnen, wie wir, sich mühen und mühen, um Gegenteiliges vorzubringen. Die Waffen, im umfassenden ideologischen wie „handfesten“ Sinne verstanden, waren von jeher zwischen der proletarisch-klassenkämpferischen und kapitalistisch-imperialistischen Seite im höchsten Maße ungleich. Die Klassen der Reaktion haben sehr schnell begriffen, dass die präventive Konterrevolution die wirksamste Verteidigung des Status quo ist. Wir sind als revolutionäre KommunistInnen viel zu wenig auf Kampfmethoden eingestellt, die uns auch nur eine Ahnung davon geben, nicht stets niedergeworfen zu werden.

Ist es außerhalb einer statistischen Sanktionierrechnung möglich, mit untauglichen Methoden aus dem Zustand des Niedergeworfenseins herauszukom-

men? Vage Hoffnungen und Fatalismus finden in den Tatsachen allerdings keine Begründung. Deshalb: „Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen“ (K. Marx). Dieser Satz mutet als schlichter Aphorismus an, den man sich wahlweise an den Computerbildschirm oder über die Kloschüssel kleben kann. Wo dieser Denkkettel auch immer hängen mag; dieser ist Ausdruck einer uns sehr vertrauten „revolutionären Realpolitik“. Der Genosse G. Lukacs setzt genau dort an, wenn er uns ins Album diktiert: „Die Frage, die die geschichtliche Situation dem Proletariat stellt, ist nicht die Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern die Wahl zwischen imperialistischem Krieg und Krieg gegen diesen Krieg: Bürgerkrieg. Die Notwendigkeit des Bürgerkrieges, als Abwehr des Proletariats dem imperialistischen Kriege gegenüber, entspringt, wie alle Kampfweisen des Proletariats, aus den Kampfbedingungen, die die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, der bürgerlichen Gesellschaft dem Proletariat aufzwingt.“ Die (idealtypische) Umwandlung des imperialistischen Krieges, in dem die BRD seit anderthalb Jahrzehnten wieder einen aktiven Part übernommen hat, in einen sozialrevolutionären Klassenkrieg der u.a. den sozio-ökonomischen Bedingungen entspricht ist die realpolitische Antwort, um mit dieser dezidiert antimilitaristischen Praxis die Perspektive einer Kriegslosigkeit gesellschaftliche Realität werden zu lassen.

Lenin knüpfte bereits während des ersten imperialistischen Weltkrieges nahtlos inhaltlich an ein „reales Revolutionsverständnis“ an und unternahm in „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ viel Überzeugungsarbeit, um das vermeintlich Paradoxe, das in der Parole „Krieg dem Krieg“ vermutet wurde, in allen seinen Facetten aufzulösen: „Das grundlegende Argument besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg. In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der ‘großen’ imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir erkennen den Krieg, den diese Bourgeoisie jetzt führt, für einen (...) verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem

Kriege gegen diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten, von ihr abhängigen oder kolonialen Völker für ihre Befreiung? (...) Zweitens. Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten. Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus (...) Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen (...) Das muß nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie (...) Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig – und gar nicht revolutionär –, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten Kampf Erfordernde im Übergange zum Sozialismus umgehen und vertuschen. Die ‘sozialen’ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen.“

Lenin lässt in seinem Text „Krieg und Revolution“ keinen Zweifel an dem Finale einer Krieg-dem-Krieg-Doktrin: „Unser Ziel ist es, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die nach der Teilung der Menschheit in Klassen, nach Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen unbedingt jede Möglichkeit von Kriegen überhaupt beseitigen wird.“ Prägnant und plausibel, wie wir meinen. Und außerdem: wer/welche gegen eine „revolutionäre Real-

politik“ antreten möchte, der/die sollte erstens dreimal überlegen und zweitens exzellente Argumente mit sich führen, sonst wird man selbst in den Untiefen des Vorgebrachten gnadenlos kentern.

Wir haben in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Anlässen betont, dass wir die Taktik der bewaffneten Propaganda als Erstphase einer Guerilla- bzw. Milizpraxis im Rahmen einer umfassenden revolutionären Widerstandspolitik nicht vernachlässigen oder gar völlig beiseite lassen können. Sie ist integraler Bestandteil unseres revolutionären Verständnisses, als Defensiv- und potentiell Offensivmittel in der Konfrontation mit den staatlichen Gewaltagenturen, der Sicherung von emanzipatorischem Terrain und dem Voranschreiten im Einreißen reaktionärer Bastionen. Es ist ein „Gebot“ der Selbstbehauptung als revolutionäre KommunistInnen, mit der Tatsache staatlicher Gewalt(exzesse) und einer eventuellen gesellschaftlichen Faschisierung zu rechnen und die Maßnahmen der Abwehr zu untersuchen. Es wäre pure Fahrlässigkeit, bei einer der am sensibelsten anzuwendenden Methode des revolutionären Kampfes für den Kommunismus Improvisation, Zufallsprinzip und Dilletantismus walten lassen zu wollen. Das friendly fire wollen wir aus Gründen des Eigenschutzes und der erforderlichen Zielgenauigkeit gerne unserem Gegenüber überlassen.

Wir sind aber auch nie als romantische HasardeurInnen angetreten. Wir haben bspw. in unserem Beitrag „Kraushaars Buch 'Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus'“ und die Diskreditierung des bewaffneten Kampfes“ (Interim 629), der nach wie vor einer unserer zentralen Texte bezüglich unseres Verhältnisses zur revolutionären Gewalt ist, eine Auseinandersetzung mit gewaltfreien Aktionsformen für uns als Kollektiv eingeleitet. Von unserer Seite gab und gibt es keine Diskreditierung jener, die unser Verständnis revolutionärer Gewalt nicht teilen: „Wozu auch überhaupt keine Veranlassung besteht, ist, sich mit einem blutrünstigen Märtyrer-Gehabe schmücken zu wollen. Unser Grundsatz ist, damit trotz des Gesagten kein falscher Eindruck aufkommt, dass die Möglichkeit einer auf friedlichem Wege zu erreichenden Zielsetzung der potenziellen Notwendigkeit von (revolutionärer) Gewalt vorgezogen wird. Unser auf Erfahrungswerte gründendes realpolitisches Verständnis gebietet es eher, von der letztgenannten Variante auszugehen. Das wiederum kann aber nicht bedeuten, die Formen und Konzepte 'gewaltfreier Aktionen' zu tabuisieren oder

gar ins Lächerlich zu ziehen. Diese Aktionsformen verstehen sich sozusagen als „dritter Weg“, als Akte, die sich zwischen einem legalistischen, passiven und duldsamen „Protest“ und der revolutionären Gewalt bewegen. Die Grundsatzkritik der AnhängerInnen der 'gewaltfreien Aktion' gegenüber den Befürwortern der revolutionären Gewalt, wonach keine neue Gesellschaftsform mit alten Mechanismen, wie Strukturen, die aus einem gewaltsamen Befreiungsprozess hervorgegangen sind, entstehen kann, sollte man nicht einfach vom Tisch wischen. Zumal von einigen der „Gewaltfreien“ nicht die Legitimität, sondern die Effektivität der revolutionären Gewaltanwendung in Frage gestellt wird. Vor dem Hintergrund dessen, dass nicht gerade wenige (gewaltsame) Revolutionsprozesse schnell ins Stocken geraten und sozialpolitisch pervertieren, eine berechtigte (In-)Fragstellung, der wir uns kaum entziehen können.“ Um daran anzuschließen: der gewaltfreie Widerstand umfasst eine breite Palette von Eingriffsoptionen; diese reichen von bewusst „gesetzeskonform“ gesetzten Aktivitäten, über symbolische Demonstrationen und Aufmärsche bis hin zu direkten Aktionen in Form von Streiks, Boykotten und Blockaden. Die Elemente der Spaß- und Kommunikationsguerilla sind dabei noch nicht einmal andiskutiert. All jene aufgezählten Aktionsformen überschreiten dann die Grenze des Gewaltfreien und des zivilen Ungehorsams, wenn sie einen militanten Ausdruck erhalten, wenn bspw. bei einer Straßenblockade die bloße Obstruktion in eine aktive physische Verteidigung im Rahmen eines Barrikadenbaus vor Angriffen staatlicher Repressionsorgane umschlägt. Dies besagt, dass zum einen die Übergänge von gewaltfrei und militant fließend sein können und zum anderen, dass Militante zumindest über eine vielfältigere Aktionsbandbreite verfügen und anlassbezogen flexibler agieren können. Des weiteren sind wir weit davon entfernt, Aktivitäten erst dann als „wirkliche“ Aktivitäten anzusehen, wenn sie vermeintlich materiell werden. Erstens können symbolische Aktionsformen eine Materialität erzielen und zweitens haben klandestin-militante Methoden nicht per se einen „revolutionärer“ Background. Also: Zum Abschluss dieses Abschnitts wollen wir noch einmal anmerken und betonen, dass es allein die proletarische Ethik mitbringt, nicht fahrlässig mit der Methode der revolutionären Gewalt umzugehen. Grundsätzlich gilt: Eine periodische Reflexion zu einem bestimmten Thema oder zu einer bestimmten

Praxis kann nur im Rahmen einer realen Beschäftigung stattfinden. Wir beschäftigen uns mit Fragen der „Gewaltanwendung“ und reflektieren demnach auch über diese. Zu reflektieren sind selbstredend die Fallstricke des Voluntarismus und Subjektivismus - Momente der „revolutionären Ungeduld“ und des „Militarismus“. Und zu dieser Reflexion gehört (weiterhin), dass die Schaffung von Logistik und Organisation der bewaffneten Propaganda nicht mit ihrer unmittelbaren Anwendung und Umsetzung zusammenfällt. Falls sich die Situation ergeben sollte, dass eine Aktivierung der logistisch-organisatorischen Basis der bewaffneten Propaganda ganz weit oben auf der Agenda steht, sagen wir nicht vorher, aber kurz danach mit aller Mitteilungsfreude Bescheid. Einige werfen lakonisch in die Runde, es wäre „mal wieder an der Zeit“ bewaffnet zu propagieren. Allerdings ist diese Entscheidung nicht von flüchtigen Stimmungs- und Meinungsfragen abhängig zu machen. In der Geschichte der revolutionären Linken weltweit gibt es kaum zu überblickende tragische Beispiele, dass GenossInnen aufgrund von überinterpretierten Krisenszenarien nach dem Motto „jetzt schnell handeln zu müssen“ aus unserer Mitte gerissen wurden. Wir unterliegen nicht dieser Gefahr; wir haben einen zu kühlen Kopf, der unsere heißen Herzen zu temperieren weiß. Mag schwulstig klingen, aber wir meinen das mit vollem Ernst.

Zum frei radikalen Kritikverständnis: „die beste Kritik ist die einer anderen Praxis und eines anderen Inhalts“

Ein ebenso interessantes wie eigenartiges Kritikverständnis, was uns hier in ihrem Erstlingswerk entgegenkommt. Eine „andere Praxis und ein anderer Inhalt“ dokumentieren an sich kaum „die beste Kritik“. Zumal, wenn von der „Praxis“ nichts nach außen hin vermittelt und dadurch überprüfbar wird und der „Inhalt“ kaum der Rede wert sein kann, zumal der letzte frei radikale Stimmungsbericht vom September 2007 datiert. Seitdem ist nichts mehr von „die beste Kritik“ zu registrieren gewesen. Wir werden uns wohl nie daran gewöhnen können, dass GenossInnen weit projektmäßig auszuholen versuchen, aber schon nach wenigen Metern der Wegstrecke stecken bleiben, verenden oder gar aktiv, aber wortlos, umkehren. Einen Grund sehen wir darin, dass das frei radikale Initiative-Ergreifen gleichzeitig mit einer Indifferenz („Wir können und wollen keine Vorgaben leisten, die zum jetzigen Zeitpunkt die inhaltliche The-



matik bestimmt“) einhergeht. Legitimiert wird dieses Halb-Halb mit dem Habitus des Undogmatischen: „Wir vertrauen auf einen Prozess des Selbstlaufes in der Debatte und auf eine politische Reife, von deren Existenz wir wissen, die ohne hierarchische Guru-Moderation auskommt.“ Wir setzen dagegen, um das Leninistische aus uns sprechen zu lassen, auf einen kontrollierten Debattenverlauf, der Kontur nur dadurch erlangen kann, das u.a. moderiert und resümiert wird. Sich-Verantwortlich-Zeigen ist kein Makel, denn eine Voraussetzung für Verbindlichkeit in der kollektiven politischen Arbeit.

Nicht ganz ohne Sarkasmus bliebe noch anzumerken, dass die „politische Reife“ der (potentiellen) AkteurlInnen einer Militanzdebatte dadurch gezeigt wurde, diese frei radikale Offerte beinahe unkommentiert gelassen zu haben. Hier wurde fern des seit 2001 Diskutierten ein xter Debattengang zu Militanz angeschoben, aber gleichzeitig eine Verantwortung-sübernahme, wohl um den „Selbstlauf der Debatte“ nicht zu blockieren, verweigert. Bizarr.

Warum darauf eingehen, wenn man mit der esoterischen Formel der „selbstlaufenden Debatte“ geködert werden soll? Und warum setzen wir uns mit dem Frei-Radikalismus auseinander? Nun, um zu zeigen, dass der bisherige Debattenverlauf seit 2001 mehr an Substanz hergibt als möglicherweise vermutet und erinnert wird. Jede proklamierte Neuaufnahme der Debatte muss bei der Ignoranz des zuvor Formulierten zwangsläufig hinter dem zurückbleiben, was an Auseinandersetzungsmaterial vorliegt – und es liegt verdammt viel vor, wenn man sich denn der Mühe unterzieht, jenes aufzubereiten und dann in einen neuerlichen Anlauf einbringt.

Bereits in einem Text vom Juni 2005 haben wir in einer Replik auf einen Text von Leuten, die unter dem Label „postautonome und konsumistische Gruppen“ einmal das Wort ergriffen hatten, konstatiert, dass es um die kontroverse Inhaltsfülle der Militanzdebatte und einzelner Aspekte darin gar nicht so schlecht bestellt ist: „Wir finden, dass in den zustimmenden wie ablehnenden Papieren zum 'Plattformprozess' sehr viel inhaltlicher Stoff geliefert wurde, der von seiner Dichte her seinesgleichen sucht.“ (Interim 618, 16.6.05) Kennzeichnend für die Versuche, eine kontinuierliche und ergebnisorientierte Militanzdebatte führen zu wollen, ist, dass man aus der Wiederholungsschleife bislang nicht herausgekommen ist.

In einem Beitrag von der Gruppe „Revolutionärer Aufbau Berlin“ (RAB) sind Kri-

terien zu militanter Praxis und militanter Politik sowie zu Militanz und bewaffnetem Kampf zusammengetragen worden, die sich für uns sehr präzise aus dem Diskussionssertrag der Militanzdebatte ergeben (vgl. Interim 648, 18.1.07). Deshalb geben wir eine etwas längere Passage dieses Textes wieder: „Eine militante Praxis ist zunächst einmal eine klandestine („geheime“) Politikform, die sich nicht an die normierten, legal sanktionierten Spielregeln des Strafgesetzbuches hält. Wir wählen unsere Aktionsformen selbst, nach Kriterien, die sich z.B. im Rahmen der Militanzdebatte herausgeschält haben. Militanz wird i.d.R. klandestin, aber aus einer aus dem legalen Alltag heraus entwickelten Politik praktiziert.

Eine militante Praxis ist von der einer bewaffneten Struktur – wie einer Guerilla oder Miliz – zu unterscheiden. Der bewaffnete Kampf setzt statt der Klandestinität eine illegale Organisation voraus. Damit ist ein hoher logistischer Aufwand (Wohnungen, Rückzugsgebiete, Finanzressourcen etc.) inbegriffen.

Die Differenz zwischen militanter Politik in Form von klandestinen Zusammenhängen und einer bewaffneten Politik in der Form einer Guerilla oder Miliz ergibt sich aus folgenden Punkten: a) unterschiedliche Praxismittel (u.a. Brandsatz bzw. u.a. Schusswaffeneinsatz), b) unterschiedliche Organisation (Klandestinität bzw. Illegalität), c) unterschiedliche Reproduktion (relative Beibehaltung des sozialen/politischen Umfeldes bzw. Aufbau einer kompletten „Parallelstruktur“), d) unterschiedlicher Repressionsgrad (potentiell § 129a bzw. garantiert § 129a). Diese Trennungslinien sind im Einzelfall relativ, Überlappungen und Zwischentadien möglich. Diese skizzierten Idealtypen sollen dazu beitragen, im Sinne der Unterscheidbarkeit verschiedene Widerstandsmethoden im Rahmen eines „komplexen revolutionären Aufbauprozesses“ kenntlich zu machen. Wäre allein ein und dasselbe, bräuchten wir keine differenzierbaren, auf bestimmte Situationen/Ziele zugeschnittenen Interventionsformen.

Eine militante Praxis soll unmittelbare Ziele verfolgen bzw. nach Möglichkeit erfüllen: a) Option klandestiner Aktionsfähigkeit mit relativ geringen Voraussetzungen schaffen, b) materiellen Sachschaden u./o. Ideellen Schaden bzw. Einschüchterung verursachen, c) Themen/Aktionsfelder in der Linken und allgemein öffentlich (militant) aufgreifen oder selbst initiieren, d) einen „Nachahmungseffekt“ befördern und Motivationsschub in den Reichen der revolutionären Linken auslösen etc.

Eine militante Praxis kann nur zu einer militanten Politik weiterentwickelt werden, wenn sie das ausschließlich sporadische, punktuelle Agieren überwindet, und sich auf konzeptionelle und organisatorische Grundlagen stützt. Diese Grundlagen sind in dreierlei Hinsicht perspektivisch zu erarbeiten: a) den eigenen klandestinen Zusammenhang inhaltlich, praktisch, organisatorisch und reproduktiv „ausreifen“, b) Mitwirkung an einer gruppenübergreifenden Koordinierung klandestiner Zusammenhänge, c) eine militante Gruppe bzw. die Koordination militanter Gruppen wechselwirkend als „eigenständigen Faktor“ der Politik der revolutionären Linken und (!) integralen organisatorischen Teil eines „widerstandsfelder-übergreifenden Netzwerkes“ begreifen.“

In einer Nachlese zur militanten Kampagne zum G8-Gipfel im Sommer 2007 in Heiligendamm bezieht sich ein praktisch beteiligter militanter Kern auf die ursprüngliche Zielsetzung der klandestinen Intervention:

„1) die Kampagne sollte ein langfristiges Projekt sein, das militante Politik breit wahrnehmbar zu einem politischen Faktor machen und die Dominanz reformistischer Ansätze in der linken, speziell der Antiglobalisierungsbewegung, zurückdrängen sollte.

2) sie sollte zu einer Konsolidierung und Verbreiterung linksradikaler Politik beitragen und neue Gruppen für militante Politik gewinnen.

sie sollte die unterschiedlichen Bereiche, Ebenen und Strukturen imperialistischer Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung aufzeigen, praktisch angreifen und Verbindungslinien zwischen emanzipatorischen Kämpfen in der BRD, wie auch zwischen Metropole und Trikont herstellen.“

Auch andere, spezifischere praktische Vorschläge und konstruktive Beiträge sind im Kontext der Militanzdebatte reichlich formuliert worden. Als ein Beispiel möchten wir die GenossInnen, die unter dem Namen „gruppe militante konversion“ aufgetreten sind, erwähnen. Wir denken, dass in ihrer Anschlagserklärung auf Fahrzeuge auf dem Gelände der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg am 12.12.2007 einige Leitgedanken fixiert sind, die auch für uns in Sachen „praktischer Solidarität“ im Zuge von Repressionsschlägen bindend sind:

„- die Intention der kriminalisierten Aktionen und die Strategie militanter linksradikaler Politik offensiv zu vermitteln, - die Berechtigung von Militanz und Sabotage als politischem Mittel gegen

T



Imperialismus und Krieg und für eine Befreiung von kapitalistischer Verwertung zu verteidigen, - und die Repression von Bullen und Justiz durch die Fortsetzung militanter Aktionen zu unterlaufen.“ (aus: Interim 666, 21.12.07)

Des weiteren ist an Projekt-Ideen anzuschließen, die zumindest einen Horizont an Organisation in Teilen der revolutionären Linken aufmachen, mit allen Haken und Ösen - unwidersprochen! Wir meinen z.B. die Koordinierung klandestiner Gruppenzusammenhänge über das Mittel des inhaltlich-ideologischen Austausches, d.h. über eine konzentrierte Debatte eine Verständigung und Abstimmung unter militanten Kernen quasi zu organisieren, auch wenn diese nicht direkt miteinander strukturell verwoben sind. Einfacher gestaltet sich dieses Abklären bei zwar gruppenspezifisch unabhängigen, aber bspw. durch eine personelle Schnittstelle mit einander verhakelten klandestinen Zirkeln. Dadurch fallen die Kommunikationswege in der Regel kürzer und sicherer aus. Ein klarer Vorteil. Den Idealfall stellt allerdings eine direkte strukturelle Vernetzung von Zellen unter

dem Dach einer Organisation dar. Dies gilt es anzustreben, um ein Höchstmaß an Koordination und an einem Strang ziehen zu gewährleisten.

In einem Text der MAG-APO aus dem Dezember 2003 wird die Funktion einer militanten Plattform umrissen: „Grundsätzlich sehen wir die Aufgabe einer militanten Plattform in drei wesentlichen Punkten: a) eine Debatte aus der Sicht militanter Gruppenstrukturen zu inhaltlichen, praktischen, logistischen und organisatorischen Fragen und Komplexen ihrer originären Politik und Perspektive führen (wobei inhaltliche Beiträge aus offen arbeitenden Zusammenhängen erwünscht, aber erfahrungsgemäß selten sind, wenn es um spezifische Problem- punkte einer expliziten militanten Praxis geht); b) Klärungsprozesse bezüglich dieser Fragen und Komplexe vorantreiben, d.h. die Eckpunkte der Konzeption des 'revolutionären Kampfes für den Kommunismus' komprimiert aber allgemein verbindlich benennen; c) eine politisch-ideologische Programmatik schrittweise ausformulieren und damit Trennungslinien zu anderen Ansätzen/Überlegungen kenntlich machen, d.h. für Außenstehe-

nde sollen politische Positionierungen nachvollziehbar sein und verschiedene konzeptionelle Ansätze der revolutionären Linken miteinander 'konkurrieren'." Diese Skizze von Sinn und Zweck einer „militanten Plattform“ hat für uns weiterhin Gültigkeit. Nicht nur für uns. Die GenossInnen von „some militant activists“ schrieben: „wir unterstützen den ansatz der mg, eine militante plattform für eine kontinuierliche zusammenarbeit aufzubauen.“ (Interim 668, 8.2.08) Klar, solche Wortmeldungen waren in den vergangenen Jahren zu selten, als dass daraus eine stabile militant-klandestine Koordination hätte etabliert werden können. Wichtig ist dabei aber das zielbewußte Agieren, die Tendenz zur Einheit zu repräsentieren.

Und noch was: Für und ist es dabei fünftrangig, wie sich eine verbindliche Koordination unter klandestin-militanten Gruppenzusammenhängen nennt. Das ist keine Labelfrage, da gibt's auch keinen Kreativ-Bonus. Entscheidend ist, dass sich zum einen ein strukturiertes Geflecht von militanten Kernen sucht und findet und zum anderen ein debattenmäßiger Austausch und eine inhaltliche



Medium unter Militanten stattfindet. Wir wollen mit diesen Belegstellen aufzeigen, dass wir keinen rhetorisch großspurig vorgetragenen Auftakt für eine „Neubestimmung von Militanz“ brauchen. Es gibt sowohl inhaltlich ausgearbeitete Kriterienkataloge zu militanter Praxis, militanter Politik und Militanz in der Differenz zur bewaffneten Propaganda, als auch kontextgebundene (und übertragbare) Ausführungen zu einer militanten Kampagne, aber auch militante Antwortversuche auf Akte präventiver Konterrevolution und nicht zuletzt konkrete organisatorische Vorstellungen der Koordinierung militanter und klandestiner Gruppenstrukturen.

In Summa: Wir verfügen als revolutionäre Linke, die sich in einem komplexen revolutionären Aufbauprozess befindet bzw. in einen solchen begeben will, über ein solides Fundament unserer Politik; ausbaufähig und erweiterbar, wer/welche wollte beides bestreiten. Unser Fazit, das, wir wiederholen uns, als ein weiteres Zwischenfazit zu verstehen ist, fällt vorsichtig optimistisch aus. Wir stehen nicht vor dem Nichts! Verschiedene Gruppenzusammenhänge aus der revolutionären Linken warten förmlich auf diesen unseren Einwurf. Somit haben wir unseren Part erfüllt und geben gleichzeitig Verantwortung an unsere solidarischen GenossInnen ab; mit der Forderung, sich auf allen inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Feldern, die wir bestellt haben, zu bewegen.

Schlusspunkte

An diese Schwelle des weiteren (Zwischen-)Fazits herangetreten zu sein, stellt für uns eine beruhigende Tatsache dar, erst einmal. Beunruhigend ist dagegen, dass wir ohne Umschweife einzugestehen haben, keines unserer Ursprungsetappenziele manifestiert haben zu können. Das sollte uns zu denken geben, und macht es auch. Wir befinden uns nicht ohne Grund in einem Entwicklungs- und Weiterbildungsprozess, der vor einigen Monaten eingeläutet wurde und sich mittendrin festgefahren hat. Wir können im gegebenen Moment keine Prognose entwerfen, wann und in welcher Form wir uns nach der internen Sammlung nach außen hin darstellen. Wir können nur, und das ist nicht wenig, feststellen, dass wir weder durch die Festnahme von linken Aktivisten im Sommer 2007 in unserer personellen Gruppenstruktur tangiert worden wären, noch sonst in unserer Existenz gefährdet sind. Wir sind

flexionsphase („temporärer strategischer Rückzug“ klingt zu überdimensioniert), die wir allen ans Herz legen, die sich der eigenen bisher gelaufenen Politik zu stellen haben. Als Maßgabe können wir ausgeben, dass eine Gruppeneinheit nicht durch das (interne) Aussprechen von Gegensätzen gefährdet wird, sondern durch das Bestehen-bleiben derselben. Wo ein Gruppenzusammenhang vor eine überraschende, unvorhergesehene Situation gestellt wird, die relativ plötzlich gravierende Streitpunkte hervorruft, da kann ein sofortiges Grundsatz-Problematisieren mitunter kontraproduktiv sein. Wenn die intern aufgekommenen Konfliktlagen nicht auf sorgfältiger Überlegung und Kenntnis beruhen, sondern eher aus dem Impuls heraus resultieren, dann ist die Möglichkeit vorhanden, dass sie sich später quasi von selbst mildern, wenn bessere Bedingungen der kollektiven Überlegung und des intensiveren Internen Austausches bestehen. Ein vorzeitiger interner Clash würde nicht verfestigte Divergenzen nur vertiefen und deren Überwindung deutlich erschweren. Anders liegt die Sache dort, wo interne Gegensätze über eine längere Zeit akut vorlagen und sich die widerstreitenden Interessen, Meinungen etc. konkret herausgebildet haben. In einem solchen Fall ist unbedingt intern offen auszusprechen, was ist. Das bietet noch am ehesten die Aussicht, dass der Verschärfung des Zwiespalts Einhalt geboten, er vielmehr eingegrenzt und eventuell abgebaut werden kann.

Wir halten uns für einen politisch reifen und erfahrenen Gruppenzusammenhang, der nach kollektiven Auswegen immer gesucht und diese bisher auch immer gefunden hat. „Lösungsorientiertes Agieren“ haben wir bei internen Reibungen als Prinzip gesetzt. Das setzt voraus, dass interne Unstimmigkeiten nicht zu Mega-Konflikte aufgebauscht, aber auch nicht ignoriert werden. Risse sind dazu da, sie zu kitten und ein Maximum an organisatorischer Geschlossenheit mit einem Maximum an politischer Zuversicht anzustreben. Und außerdem: Der Kampf für eine klassen- und staatenlosen Gesellschaft, nichts anderes ist als Kommunismus zu begreifen, kann nicht eingestellt werden, solange wir nicht durchgedrungen sind. Wir werden aktiver Teil davon sein und bleiben; in welcher konkreten Konstellation ist eine andere Frage. Aber auch diese werden wir einvernehmlich zu lösen wissen.

Vielleicht erinnern sich einige GenossInnen an unsere „schriftstellerischen“ An-

(vgl. Interim 539, 29.11.01) haben wir einen Beitrag von militanten GenossInnen der „autonomen militz“ aufgegriffen und ein paar Fragestellungen herausgearbeitet, mit denen wir uns eindringlicher auseinandergesetzt hatten. Dabei ging es um die Frage nach der Nachahmbarkeit von klandestinen Aktionsformen, die Koordinierung unter Militanten und die Wahl der Mittel und Methoden u.a. über das Angebot militanter Interventionen hinaus. Und die Diskussion um diese kontroversen Aspekte führte uns damals zu der Initiative, einen Debatteversuch über Militanz zu lancieren. Wir waren zu diesem Zeitpunkt aus dem Stadium herausgetreten, noch nicht einmal bei der Stellung der Frage angelangt zu sein. Hunderte beschriebene Seiten später haben wir die Ambivalenz zu konstatieren: einerseits haben wir und viele DiskutantInnen der Militanzdebatte Antworten auf diese Fragekomplexe geliefert (und ergänzende oder auch neue Fragen aufgeworfen), andererseits verfügen wir innerhalb der revolutionären Linken über kein kollektives Gedächtnis, zu viel an Geschichtsbewusstsein über unseren Widerstand ist individualisiert und/oder vitrinisiert. Wir sehen kurzfristig keinen Ausweg aus dem Dilemma, dass wir periodisch an (sattsam) bekannte Punkte von Neuem heran müssen. Teils, weil sich Antworten auf dieselben Fragen zu anderen Zeitpunkten tatsächlich ändern, teils, weil sich im Zuge einer Politisierung von nachrückenden Generationen überhaupt erst einmal Bezüge zum Widerstand der revolutionären Linken und dessen Entwicklungsgeschichte aufbauen müssen. Wir arbeiten weiterhin daran, dieses Dilemma kleiner werden zu lassen...

Bis hierin: Wie fällt unsere weitere (Zwischen-)Bilanz aus? Wir kehren – über den einen oder anderen holprigen Umweg – zu unserem Dreiklang mit Blickrichtung nach vorn zurück:

Für eine militante Plattform – für einen revolutionären Aufbauprozess – für den Kommunismus!

**militante gruppe (mg),
Winter 2008/2009**



МИЛИПРОП: СТЕНСИЛ

МИЛИТАНТЕ АГИТРОПР ИМ РАММЕН РЕВОЛЮТИФНОВАЯ АКТІОН

Mit diesem Beitrag möchten wir unseren Blick auf "Stencil" als Aktionsform im Rahmen der revolutionären Aktion richten und euch eine Anleitung zur Vorbereitung und Durchführung von Stencilaktionen zur Verfügung stellen. Dazu gehört – insbesondere für jene, die diese Aktionsform bisher nicht in Erwägung gezogen haben und deshalb nicht über die nötigen Grundkenntnisse verfügen – die Beschaffung der erforderlichen Arbeitsutensilien und die Erstellung von Stencilschablonen. Ansonsten gelten auch bei dieser Aktionsform dieselben Sicherheitsbestimmungen wie bei allen anderen militanten Aktionen, auf die wir in unserem Beitrag unter Berücksichtigung der konkreten Aktionsform ebenfalls eingehen werden.

Mit Sicherheit wird euch außerdem an der Überschrift bereits aufgefallen sein, dass wir von "Miliprop" sprechen. Diesen Begriff, den wir als eine Verschmelzung aus militanten Aktionsformen und Agitprop unter Berücksichtigung der Prinzipien und Regeln der revolutionären Aktion verstehen, möchten wir kurz veranschaulichen. Die Bezeichnung Miliprop können wir kurz als klandestin-militante Agitation und Propaganda umreißen, wobei wir den wichtigsten Aspekt, der bei dieser kurzen Definition nicht deutlich zum Ausdruck kommt, erläuternd hinterher schieben: Uns geht es vor allem um den Kontext zu den Prinzipien und Regeln der

revolutionären Aktion. Der Ausdruck der Aktion, ganz gleich ob sie friedlich, militant oder bewaffnet durchgeführt wird, sollte in erster Linie verständlich und vermittelbar sein. Elementar ist für uns, dass die revolutionäre Aktion im Sinne unserer Klasse und der Revolution ist. Auch Stencilaktionen sollten diesen Ansprüchen gerecht werden.

Grundlegendes zur Vorbereitung

Zunächst sollte sich die Aktionsgruppe darüber verständigen, ob die politischen Inhalte, die vermittelt werden sollen, mit Wandbildern vermittelbar sind. (Denn im Vergleich zu vielen anderen Aktionsformen kann die des Stencil eine aufwendig vorzubereitende, Kraft und Zeit beanspruchende Aktionsform darstellen. Wie aufwendig sie im Endeffekt wirklich ist, hängt allerdings von Größe, Detail und Anzahl der zu sprühenden Bilder ab. Es ist wichtig vor einer Aktion über ihren Sinn und ihre Ausrichtung ausführlich zu diskutieren und das Konzept dazu gemeinsam zu entwickeln, da sich die Aktion nicht nur auf die Außenwirkung beschränken sollte, sondern auch die Diskussionen untereinander beleben, eine kollektive Arbeitsweise ermöglichen und unter Umständen eine Grundlage zum Verfassen einer gemeinsamen Erklärung bilden sollte. Sofern die Stencilaktion einen Teil einer politischen Kampagne darstellt, sollte

unbedingt eine Erklärung verfasst und im Anschluss an die Aktion veröffentlicht werden. Ein unübersichtlicher Wechsel von Personen erschwert nicht nur die Planung, ihnen fehlt auch die Diskussion im voraus und es können Unklarheiten darüber entstehen, warum manche Personen sich ausgeklinkt haben, was sich immer negativ auswirkt und in vielen Fällen die Aktion unsicherer macht, da nicht allen alle Details bekannt sind und es zu Verwirrungen kommen kann. Für die Vorbereitung und Durchführung der Aktion sollten sich alle Teilnehmenden verantwortlich fühlen und verbindlich mitarbeiten. Der Personenkreis sollte in der Zeit von der Vorbereitung bis zur Aktion den Planungen entsprechen und es sollte kein beliebiges "kommen und gehen" verschiedener Personen geben. Trotzdem ist es natürlich wichtig, auch immer neue Leute in die Aktionsformen einzubinden und so das Wissen und die Arbeitsweise darüber zu verbreiten. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Vorbereitung und Durchführung der Aktion deutlich und lückenlos vermittelt werden kann. Es ist wichtig, sich ausreichend Zeit für die Vorbereitung zu nehmen und mindestens zwei Vorbereitungs- bzw. Ausarbeitungstreffen vor dem Tag der Aktion selber und ein Nachbereitungstreffen im Nachhinein einzuplanen. Generell müssen jegliche Telefonate vermieden werden. Auch nicht in "verschlüsselter Form"

oder "nur ansatzweise" darüber reden. Um "Notfalltelefonate" zu vermeiden ist es daher sehr wichtig, dass man sich wirklich ausreichend Zeit für die Vorbereitung nimmt und mögliche Verschiebungen miteinplant, damit wirklich nichts - wie vermeintlich unauffällig auch immer - am Telefon geklärt werden muss. Wenn die Bullen rekonstruieren wollen, wer in der Zeit vor einer Aktion mit wem Kontakt hatte, kann das ihnen viele Hinweise geben, um Personenzusammenhänge aufzuklären. Die Kommunikation hinsichtlich der Aktion sollte von daher ausschließlich auf den Aktionsgruppentreffen und den dort vereinbarten Zwischentreffen stattfinden. Aktionsgruppen, die auf eine längerfristige Zusammenarbeit hinarbeiten, sollten daher von Anfang an darauf achten, sich nicht unnötig bei den Bullen bekannt zu machen und sich um größtmöglichen Schutz bemühen. Auch wenn dies "nur" eine Anleitung für Stencils ist; je nachdem welchen Bezug sie haben, können die Strafen auch über das Maß einer Sachbeschädigung hinausgehen. Außerdem ist es sinnvoll, von Anfang an eine sichere, kollektive Arbeitsweise zu erlernen, da diese für alle militanten Aktionsformen unabdinglich ist.

Die technische Ebene der Vorbereitung

1. Erforderliche Arbeitsmaterialien

Der Ort der inhaltlichen und technischen Vorbereitung sollte abhörsicher und möglichst kein Raum politischer Gruppen sein. Von daher bieten sich Wohnungen und Lokale (am besten Werkstätten) aus dem sozialen Umfeld am besten an. Wenn es keine einmalige Stencilaktion ist, so ist ein Bunker erforderlich, um Arbeitsmaterial für weitere Aktionen aufbewahren zu können. Auch hierbei gilt, nicht die Räume von politischen Gruppen dafür zu nutzen, sondern für die Verfolgungsbehörden möglichst schwer nachvollziehbare Orte zu wählen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Stencils zu erstellen. Wir werden uns hierbei auf eine Variante konzentrieren, aber andere uns geläufige Varianten ebenfalls anschneiden. Der Begriff "Stencil" kommt aus dem Englischen und steht für die Technik, Bilder mit Hilfe von Schablonen zu erstellen. Die Ursprünge dieser Technik sind allerdings von ihrem Prinzip her Jahrtausende alt und wurden bereits bei Höhlenmalereien angewandt. Wir beziehen uns natürlich auf modernere Stenciltechniken. Was benötigen wir an Arbeitsmaterial:

a.) Folien oder Pappe für die Schablonen:

Für unser Schablonenmaterial benutzen wir in erster Linie Folie oder Pappe. Da es relativ einfach ist, in Schreibwarenabteilungen großer Kaufhäuser oder Künstlerbedarfsläden stabile DinA3 Folien und DinA1 Pappen zu erhalten, bevorzugen wir dieses Material. (Natürlich können auch Kartons, Papier, etc. oder sogar Bleche benutzt werden, die wir selber allerdings wegen diverser schlechter Erfahrungen nicht favorisieren und uns deshalb nicht darauf konzentrieren wollen). Für kleinere Schablonen bis DinA3 empfehlen wir etwas dickere Folien, da diese auch bei sehr häufigem Gebrauch nicht so schnell abnutzen, keine Farbe aufsaugen und aufgrund ihrer Elastizität sich nicht verformen. Für größere Schablonen ab DinA3 eignet sich eine große Pappe zwischen 150 und 250 Gramm. Der Nachteil der Pappe besteht darin, dass sie die Farbe relativ stark aufsaugt und sich dadurch bedingt auch verbiegen bzw. verformen kann. Außerdem hat sie den Nachteil, dass sie sich aufgrund ihrer Größe komplizierter transportieren lässt. Um dieses Problem zu umgehen, kann ein Motiv auch auf mehrere kleine Schablonen angebracht werden, was zwar den Transport erleichtert, aber die Aktion selber umständlicher macht. Eine große Pappe sollte zudem zur Seite gelegt werden, da sie sich gut zu einem Transportmittel verarbeiten lässt. Aber dazu später mehr. (Beim Schablonenmaterial gilt: Nicht ohne Handschuhe anfassen!)

b.) Schneidewerkzeuge: Um die Motive aus den Schablonen auszuschneiden, benötigen wir Schneidewerkzeuge. Hierbei möchten wir euch davon abraten, relativ grobe Teppich- oder sonstige Art von Messer zu nehmen. Als geeignetes und handliches Schneidewerkzeug haben sich Künstlerskalpelle immer bewährt. Sie haben einfach den Vorteil, dass sie wie Stifte gehandhabt werden können und Hände und Finger nicht allzu sehr beanspruchen. Außerdem können Ecken und Rundungen problemlos ausgeschnitten werden, was sich bei anderen Schneidegeräten als überaus kompliziert und nerven- bzw. fingeraufreibend dargestellt hat. Es hat sich übrigens als notwendig herausgestellt, ein Set mit mehreren Skalpellen zuzulegen, wo die Klappen austauschbar sind. Auch ist es von Vorteil, mehrere Sorten von Klappen parat zu haben, da je nach Schablonenmaterial und Motiv die Ansprüche an die Klappen variieren können.

c.) Computer/Drucker: Ein Computer ist für unsere Zwecke nicht unerlässlich, aber

NACHRICHTEN AUS DEM MILITANTEN WIDERSTAND

Auto eines Zustelldienstes (DHL) angezündet Berlin 21 Januar 2009

Brandanschlag auf Autos der Deutschen Bahn "Die Handlanger der Atomlobby angreifen ... Solidarität heißt Angriff einige „ultra-linke-anarcho-autonome“" Berlin 22 Januar 2009

Aktion gegen DHL: Briefkästen oliv-grün gefärbt „... DHL raus aus dem "Kriegsgeschäft"! 60 Jahr Feier der NATO in Strasbourg/Baden-Baden verhindern! Antimilitaristische Briefzusteller_innen - Kampagne Comprehensive Resistance - " Wuppertal 28 Januar 2009

Porsche abgefuckelt Berlin 30 Januar 2009

CDU Büro beschädigt "Fight Capitalism", "Out of Control" "No Justice, No Peace" Karlsruhe 30 Januar 2009

Luxuskarosse von O.Rohr (Hausverwaltung L14 & R94) angezündet „Lasst eure Hände von unseren Freiräumen! ... Solidarische Grüße, das Sonnenschein-Komitee“ Berlin 2 Februar 2009

Anschlag auf CDU-Büro Tübingen 5 Februar 2009

Verwaltungsgebäude der Berliner Polizei mit Buttersäure angegriffen "Den Polizeikongress angreifen! Eure Sicherheit ist nicht unsere! ... Kein vergeben! Kein vergessen!" Berlin 6 Februar 2009

Steine und Flaschen gegen Luxuslofts Berlin 9 Februar 2009

Naziladen angegriffen Magdeburg 12 Februar 2009

Kriegsdenkmäler verschönert Göttingen 18 Februar 2009

Paketstation der Wuppertaler Post eingefärbt "... Kriegslogistiker DHL stoppen! ... DHL raus aus dem "Kriegsgeschäft"! 60 Jahr Feier der NATO in Strasbourg/Baden-Baden verhindern! Antimilitaristische Paketzusteller_innen - Kampagne Comprehensive Resistance - " Wuppertal 19 Februar 2009

Bundeswehrfahrzeuge abgebrannt! Burg 26 Februar 2009

Erster Angriff auf Thor Steinar-Shop in Friedrichshain Berlin 3 März 2009

Farbe gegen DHL
Nürnberg 9 März 2009

Steine gegen Jobcenter und Farbe auf Bismarckstatue
Mannheim 10 März 2009

Farbe und Steine gegen Carlofts
„... wir bleiben alle (ausser carloft, scheiss stadtumstrukturierung und kapitalismus)“
Berlin 11 März 2009

Anschlag auf Auto des Projektleiters der Fraport Roßdorf
Frankfurt 11 März 2009

Farbbeutel auf Bundeszentrale der NPD
Berlin 11 März 2009

5 Kleintransporter der Post in Brand gesteckt
Hamburg 12 März 2009

Brandanschlag auf Fahrzeug der Bundeswehr Berlin 13 März 2009

Aktions-Überblick: „united we stay“
Wochenende

4 Autos angezündet „... Diese Aktion steht im Rahmen vieler weiterer Aktionen, welche im Vorfeld und im Laufe der Aktionstage stattfanden ... Diese Aktionen sind alles Mittel unseres Kampfes für eine andere Gesellschaft. Für ein herrschaftsfreies Leben. Wir bleiben alle.“

Buttersäureanschlag auf vier Yuppie-Kneipen „autonome stinktiere versprühen charme ... Autonome Stinktiere Wir bleiben Alle!“
Berlin 13-15 März 2009

3 Transporter der DHL abgefackelt
Karlsruhe 18 März 2009

Auto auf Mitarbeiterparkplatz der JSA Plötzensee angezündet / Steine gegen Fernsehdienst Jürgen Krüger
„... Knastprofiteure gibt es überall und sie sind angreifbar ! Es gibt kein ruhiges Hinterland ...“
Berlin 20 März 2009

Anschläge gegen Siemens und eine Reinigungsfirma
Berlin 21/22 März 2009

Berliner Thor-Steinar-Läden zeitgleich attackiert
Berlin 26 März 2009

Angriffe auf Thor-Steinar Läden
Berlin 28/29 März 2009

Unbekannte zünden Luxus-Wagen an
„... Mit diesem kleinen Beitrag im fortschreitenden sozialen Krieg senden wir warme Grüße an die GenossInnen in Chile, welche das kämpfende Gedenken am Leben erhalten. ...“ Berlin 30 März 2009

Vermummte Autonome verwüsten Redaktion des „Kuriers“
Berlin 30 März 2009



nützlich, insbesondere wenn es um komplizierte Motive geht. Um es vorweg zu nehmen: Im Prinzip ist es durchaus möglich, problemlos auch ohne einen Computer zurechtzukommen, allerdings erfordert das, dass die auszuschneidenden Motive auf die Schablone gezeichnet werden müssen. Uns ist bekannt, dass es StencilkünstlerInnen gibt, die ihre Motive in der Regel selber auf die Schablonen zeichnen, ja sogar selbst entwerfen, doch wir möchten für jene, die das nicht können oder aus Zeitgründen nicht wollen, auch den gezielten und effektiven Einsatz von Computern veranschaulichen. Für den Entwurf der Motive benötigen wir ein Grafikprogramm. Da Photoshop mit das gängigste Programm ist, möchten wir die Bearbeitung der Motive anhand dieses Programms verdeutlichen. Wer andere Grafikprogramme nutzt oder mit Gimp auf Linux arbeitet, muss die einzelnen Schritte zur Erstellung der Motive auf das spezifische Programm übertragen. Zudem benötigt ihr einen Drucker zum Ausdrucken der Schablonenvorlagen.

d.) Sprühdosen: Zur Durchführung der Aktion benötigen wir Sprühdosen. Je nach Motiv sollte festgelegt werden, welche Farben und wieviele Dosen benötigt werden. Wir empfehlen, Graffiti-Läden für den Bedarf an Dosen, Caps (Dosenaufsätze) und Handschuhe aufzusuchen. (Besser ist es natürlich, wenn Einkäufe in solchen Läden von FreundInnen aus dem Umfeld getätigt werden.) Es ist generell besser, von jeder Farbe ein zwei Dosen mehr zu besorgen, für den Fall, dass sie nicht einwandfrei sprühen. Auch sollten zusätzliche Caps (es gibt unterschiedliche Aufsätze mit unterschiedlichen Eigenschaften in Bezug auf den Sprühstrahl) besorgt werden, da es hin und wieder

mal vorkommt, dass sie nicht sprühen. Auch bei den Handschuhen sind mehrere pro Person ganz sinnvoll, da bei mehreren Arbeitsschritten auf Fingerabdrücke zu achten ist. (Für die Sprühdosen und die Caps gilt: Nicht ohne Handschuhe anfassen!)

e.) Sonstiges: Neben Mülltüten und Sprühkleber, die ebenfalls besonders wichtig sind, werden Lineale, Stifte und Klebeband als Hilfsmittel benötigt. Diese können ebenfalls problemlos in größeren Kaufhäusern besorgt werden. Zum Sprühkleber ist zu sagen, dass auch Klebestifte oder flüssige Kleber ihren Zweck erfüllen. Sprühkleber hat sich bei uns allerdings als praktischstes (und sauberstes) Mittel zum Fixieren der Motive auf den Schablonen durchgesetzt. Auch dazu später mehr.

2. Die Erstellung von Schablonen

Die Erstellung der Motive läuft in der Regel auf dem Computer - und zwar mit Hilfe der Grafikprogramme - ab. (Wie wir bereits erwähnt hatten, können Motive auch gezeichnet werden und wer diese Variante bevorzugt oder keinen Computer zur Verfügung hat, kann die Punkte a.) bis c.) einfach überspringen.) Benutzt dazu unbedingt einen Computer, der nicht am Netz angeschlossen ist und sowieso nur für klandestine Arbeitsschritte genutzt wird. Zunächst geht es um die Auswahl der Stencil-Motive. Dafür eignen sich in der Regel Fotos, Logos oder einfache Schrifttypen, die ihr als Dateien auf euren Computer benötigt. Nachdem die Entscheidung gefallen ist, gilt es, das ausgewählte Motiv in eine Form zu bringen, dass diese mühelos aus der Schablone ausgeschnitten werden kann. Jene unter



euch, die das zum ersten Mal probieren, sollten mit einem einfachen Motiv beginnen. Das Verfahren werden wir nun Schritt für Schritt erläutern.

a.) Öffnet die Bilddatei im Photoshop und bringt das Bild zunächst in die gewünschte Größe (Bild -> Bildgröße -> gewünschtes Format -> 120dpi). Da Bilder, die ihr aus dem Netz zieht, generell eine Bildauflösung von 72dpi haben, solltet ihr diese auf mindestens 120dpi anheben, da ihr das Motiv nach dem Bearbeiten ausdrucken müsst. Nachdem ihr die Größe des Bildes euren Anforderungen angepasst habt, müsst ihr das Bild auf Graustufen umstellen (Bild -> Modus -> Graustufen) und anschließend die Graustufen aus dem Bild entfernen, so dass euer Bild lediglich aus einem schwarz-weiß Kontrast besteht. Da das sofortige Umstellen auf schwarz-weiß Kontrast meist zu ungewünschten Resultaten führt, solltet ihr diesen Schritt erstmal folgendermaßen durchführen. Löscht zunächst alles an dem Bild - wie z.B. Hintergrund oder überflüssige Details - was ihr nicht braucht und bearbeitet anschließend die Helligkeit und den Kontrast des Motivs (Bild -> Anpassen -> Helligkeit/Kontrast). Setzt den Kontrastregler auf 100% und schiebt den Helligkeitsregler an eine Position, wo das Motiv klar erkennbar ist und ungefähr euren Vorstellungen entspricht (Abb. 1). Des Weiteren gibt es die Möglichkeit, diesen Schritt auch mit der Stempelfunktion durchzuführen (Filter -> Zeichenfilter -> Stempel). Die Stempelfunktion bietet euch außerdem die Möglichkeit, unnötige Details verschwinden zu lassen und unnötige Ecken in einem einzigen Schritt abzurunden bzw. zu glätten.



Abb. 1



Abb. 2

b.) Wenn ihr nun euer Motiv soweit habt, dass es aus einem schwarz-weiß Kontrast besteht und alle Graustufen entfernt sind, müsst ihr Brücken in das Bild einbauen, um die Inseln zu beseitigen. Brücken und Inseln? Nun, wenn ihr irgendwann eure Schablone erstellen und gewisse Bereiche ausschneiden wollt, so müsst ihr vorher dafür gesorgt haben, dass das Schablonenmotiv so ausgeschnitten werden kann, dass alle Einzelheiten erhalten bleiben. D.h. die Schablone besteht aus einem Stück und damit beim Ausschneiden keine Teile (Inseln) herausfallen, müsst ihr sie miteinander verbinden. Die künstlichen Verbindungen, die ihr je nach Motiv mal mehr mal weniger einbauen müsst, nennt mensch Brücken (Abb. 2 u. 3). Die Brücken lassen sich problemlos mit dem Pinsel oder Radierwerkzeug einbauen. Jedoch ist dabei zu beachten,



Abb. 3

Fahrzeug der Deutschen Bahn angezündet Berlin 3 April 2009

Farbanschlag auf DHL, Mannheim 3 April 2009

Thor-Steinar-Laden erneut angegriffen Berlin 4 April 2009

Steine und Farbe gegen Logistikfirma und Institut "Steine und Farbe als Geburtstagsgrüße für die Nato – Gegen den dauerhaften Kriegszustand FIGHT CAPITALIST WAR – FIGHT CAPITALIST PEACE! SMASH NATO!"
Berlin 4 April 2009

Steine gegen SAP und Verdi
Berlin 6 April 2009

Der KW'er Naziladen erstrahlte in neuem Look!
Königs Wusterhausen 7 April 2009

Zwölf Zoll-Fahrzeuge bei Brand zerstört
Rastatt 7 April 2009

Fenster in Polizeigebäude mit Stein beworfen
Berlin 7 April 2009

Autos angezündet, Parolen an Verdi-Gebäude gesprüht, Feuer im Mauerpark - Zivis beworfen
Berlin 8 April 2009

Porsche angezündet
Berlin 10 April 2009

Vattenfall-Wagen angezündet
Hamburg 11 April 2009

Farbe gegen Ordnungsamt, Bauamt und Polizeiwache
Erfurt 12 April 2009

Anschlag auf Luxuswohnanlage
Berlin 13 April 2009

Brandanschlag auf Bundeswehr
..... Schwerter zu Pflugscharen, Panzer zu Gartenscheren! Wenn ihr nicht abrüstet, tun wir es! ... Initiative für ein neues blaues Wunder"
Dresden 13 April 2009

Hundekot an Berliner Justizsenatorin
Berlin 17 April 2009

3 Kaisers Filialen mit Farbe verschönert
"GEGEN MIESE JOBS UND EIN SCHLECHTES LEBEN", "SOLIDARITÄT MIT EMMELY"
Berlin 17 April 2009

Steine gegen Polizeigebäude
"Rache für die Räumung von Topf und Söhne in Erfurt Kein Angriff auf unsere Strukturen bleibt unbeantwortet! Solidarität mit den Besetzer_Innen aus Erfurt Bullen raus aus unseren Kiezen auf einen heißen 1Mai Wir bleiben alle - AG Glasbruch"
Berlin 18 April 2009

**Naziladen "Sportfreund" rosa/pink ange-
malt Bremen 19 April 2009**

**Brennende Straßenbarrikade
Heiligenstadt 19 April 2009**

**Brandanschläge auf Autos in
Luxusviertel und gegen N24
Berlin 19 April 2009**

**Brandanschlag auf Polizeidirektion,
brennende Autos & Müllcontainer
Erfurt 19 April 2009**

**Angriff auf Polizeirevier
Dresden 19 April 2009**

**Barrikaden und Brände, beschädigte
Polizeifahrzeuge, angriff auf Sparkasse &
Polizeirevier
Leipzig 20 April 2009**

**Fensterscheiben vom Rathaus eingewor-
fen Arnstadt 22 April 2009**

**Museum "Baden" in Solingen mit Farbe
eingedeckt
"... NO NATO! AG 'KEIN FRIEDEN MIT
DER NATO" Solingen 23 April 2009**

2 Mercedes abgefackelt

Berlin 25 April 2009

4 DHL Transporter abgewrackelt

**"TO BE CONTINUED: COMPREHEN-
SIVE RESISTANCE. DHL angreifen Bun-
deswehr angreifen Nato angreifen Entzückte
Grüße nach Dresden!!!"**

Bremen 26 April 2009

Umfärbung der DHL-Paketstation

**.... Bundeswehr wegtreten! Kapitalismus
abschaffen! Nie wieder Krieg!..."**

Berlin 27 April 2009

**Ehrenmal der Gebirgsjäger mit pinker
Farbe überzogen „Die Traditionspflege
der Gebirgsjäger angreifen !... Die Opfer
von NS-Kriegsverbrechen entschädigen!
NS-Kriegsverbrecher zur Verantwortung
ziehen!... Grüße aus Oberbayern“**

Mittenwald 27 April 2009

Brandanschlag auf Rathaus

Neustadt-Glewe (Kreis Ludwigslust)

28 April 2009

Scheiben von 3 Banken zerstört

**"Wir sind nicht nur am 1. Mai widerständig
und rebellisch, da wir die dringende Not-
wendigkeit sehen die bestehenden Verhält-
nisse grundlegend zu ändern. ... Deswegen
haben wir vom 27. auf den 28. April die
Scheiben von Banken in der Greifswalder
Straße, Heinrich-Heine-Straße und Alt-
Moabit zerstört und mit Parolen besprüht.
Smash capitalism! Gegen Staat und
Kapital!"**

Berlin 28 April 2009

Farbanschläge auf Rathaus und

Mövenpickhotel Hamburg 29 April 2009



Abb. 4

dass unüberlegt platzierte Brücken das Motiv manchmal derart entstellen können, dass es besser ist, sich dafür Zeit zu nehmen. Allerdings hilft etwas Übung dabei, sogar die kompliziertesten Inseln mit unauffälligen Brücken zu versehen. Wenn ihr nun dafür gesorgt habt, dass euer Schablonenmotiv keine Inseln mehr aufweist, geht es darum, es auszudrucken. Bei Texten und Parolen, die auf Schablonen angebracht werden sollen, empfehlen wir, für Stencils geeignete und dafür entworfene Schrifttypen zu verwenden. Diese haben den Vorteil, dass sie nicht mit Brücken versehen werden müssen, weil sie speziell dafür entworfen wurden. Der gängigste Schrifttyp dieser Art heißt - wie könnt es anders sein - "Stencil". Verschiedenste Schrifttypen, die für Stencils geeignet sind, können mühelos im Netz heruntergezogen werden.

c.) Da die meisten Drucker nur DinA4 Formate ausdrucken können, müsst ihr das Motiv (für den Fall, dass es größer als DinA4 ist) in DinA4 Formate zerteilen. Um Toner zu sparen empfehlen wir, das Schwarz auf einen leichten Grauton zu reduzieren, der nach dem Druck noch erkennbar ist (Abb. 4). Ansonsten gilt dasselbe wie bei der Auswahl der Computer; benutzt einen Drucker, den ihr nur für klandestine Arbeitsschritte einsetzt und auch dementsprechend aufbewahrt.

d.) Wenn ihr das Motiv ausgedruckt habt, müsst ihr es auf der Folie bzw. auf der Pappe anbringen. Dafür nehmt ihr den Sprühkleber und besprüht damit die Rückseite des Ausdrucks. Meist reicht ein leichter Sprühstrahl, der sich über das gesamte Papierformat verteilt. Gleich im Anschluss daran platziert ihr den Aus-
druck an der entsprechenden Stelle auf

der Folie bzw. auf der Pappe. Beachtet dabei, dass ihr die Folie oder die Pappe nicht mit bloßen Fingern anfasst, denn den auf die Folie bzw. Pappe geklebten Ausdruck könnt ihr hinterher noch entfernen, aber die Schablone selber müsst ihr bei der Aktion vor Ort einsetzen. Es ist ratsam, ab diesem Schritt Handschuhe anzuziehen und anzulassen, bis eure Arbeitsschritte abgeschlossen sind. Nachdem ihr nun die Ausdrücke auf der Folie bzw. auf der Pappe angebracht habt, müsst ihr die gekennzeichneten schwarzen bzw. grauen Flächen ausschneiden. Dazu benutzt ihr die Skalpell. Es ist ratsam, sich dafür etwas Zeit zu nehmen, da Hektik und Ungeduld oft zu Fehlern führt. Bereiche, die sich nach dem ersten Schnitt nicht sofort herausnehmen lassen, solltet nicht mit Gewalt herausgezerrt oder -gerissen werden, sondern nochmals mit dem Skalpell bearbeitet werden. So kann es passieren, dass ihr plötzlich ein Teil der Schablone in der Hand haltet, den ihr besser nicht ausgeschnitten bzw. rausgerissen hättet. Aber auch wenn Teile der Schablone abgetrennt werden, so ist es kein Grund für Stress oder Panik. Meistens kann es mit Hilfe von Klebeband wieder der Schablone angegliedert werden; aber halt nur meistens, leider nicht immer.

e.) Nachdem ihr die Schablone zurechtgeschnitten habt, ist es ratsam, die Reste des aufgeklebten Ausdrucks vorsichtig zu entfernen. Das macht allein schon deshalb Sinn, weil diese später nach dem ersten Farbkontakt anfangen abzublättern und dadurch unnötig für Probleme sorgen. Für die nun fertigen Schablonen braucht ihr ein Transportmittel. Es bietet sich an, je nach Größe der Schablonen aus einer großen Pappe, die ihr euch dafür aufgehoben habt, eine Art Mappe zurechtzufalten. Die ausgeschnittenen Teile der Schablone, Reste der Ausdrücke, abgebrochene Klingen, zerrissene Handschuhe und sonstiges Zeug solltet ihr nun in eine Mülltüte tun und sorgfältig entsorgen bzw. vernichten.

3. Die Durchführung der Stencilaktion

Am Tag der Aktion solltet ihr nochmals prüfen, ob ihr wirklich an alles gedacht habt. Das wäre zunächst ein Rucksack, in der ihr folgendes Arbeitsmaterial aufbewahrt: Sprühdosen, Sprühdosen, Handschuhe, Klebeband und saubere Mülltüten. Dazu eure Mappe mit den Schablonen. Die Sprühdosen sollten vor Aufbruch mehrere Minuten lang kräftig geschüttelt werden, damit sich die Farbpigmente lösen und das lästige

Schütteln während der Aktion selber stark eingeschränkt werden kann. All das Material sollte keine Fingerabdrücke mehr enthalten. Darauf sollte geachtet werden, da ein abrupter Abbruch der Aktion dazu führen kann, dass euch das gesamte Material abhanden kommt und schlimmstenfalls in den Händen der "Ordnungshüter" landet. Es ist zwar richtig, dass ihr einiges an Material mit Spülmittel reinigen könnt, um Fingerabdrücke loszuwerden; bei der Pappe und den Dosen ist das allerdings nicht mehr so einfach. Gerade bei Sprühdosen brennen sich Fingerabdrücke chemisch in das Metall ein und die einzige Möglichkeit, die Fingerabdrücke zu entfernen, besteht darin, die Oberfläche der Dose mit Schleifpapier zu bearbeiten. Von daher sollte das Material von Beginn an nicht mit bloßen Händen angefasst werden. Zudem solltet ihr euch Klamotten anziehen, die ihr bei Bedarf wegschmeißen könnt. Insbesondere eure Schuhe und eure Jacke bzw. euer Pullover bekommen am meisten Farbe ab. Auch wenn nichts auf den Klamotten zu sehen ist, so werden sich die Farbpigmente in einem größeren Umkreis so verstreuen, dass bei näherer Überprüfung der Klamotten die Farbe nachgewiesen werden kann. Neben den Klamotten ist es ratsam, ein Halstuch und eine Mütze zur Vermummung bei sich zu tragen. Das ist bei Stencilaktionen mehr als ausreichend und sieht nicht übertrieben brachial aus wie z.B. eine Sturmhaube. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass PassantInnen sich zwar umdrehen oder mal stehen bleiben, um sich das Werk mal genauer anzuschauen, jedoch äußerst selten bis nie eingreifen. Gerade eine mehrköpfige Aktionsgruppe sollte sich keine Sorgen machen, von PassantInnen angegriffen zu werden. Die Erfahrungen gehen sogar in die Richtung, dass PassantInnen und gerade jüngere Menschen stehen bleiben und sympathisierend "viel Erfolg" wünschen. Wir möchten das allerdings nicht pauschalisieren, zumal das von Stadt zu Stadt und von Viertel zu Viertel variieren kann. Es gilt stets, auf alles vorbereitet zu sein. Für den Fall der Fälle solltet ihr euch im Vorfeld bereits Treffpunkte und Ersatztreffpunkte überlegen. Vor- und Nachnamen der Beteiligten der Aktionsgruppe sollten untereinander bekannt sein. Auch ist es ratsam, eineN AnwaltIn des Vertrauens vorher festgelegt zu haben, dessen bzw. deren Telefonnummer mensch ebenfalls parat hat. Auch sollte im Vorfeld abgesprochen sein, dass es keine eigenmächtigen Abänderungen des Plans geben darf und sich alle an die Absprachen zu halten haben. Die Aufgabenaufteilung

sollte im Vorfeld durchgesprochen und klar sein. Dabei ist es sinnvoll, die Aufgaben so verteilt zu haben, dass alle Beteiligten möglichst in jeden Schritt der Aktion eingebunden worden sind.

4. Punkt- und Streuaktionen

Wenn wir Stencilaktionen im Rahmen einer politischen Kampagne einsetzen, dann können wir die Stencilaktion in zwei Kategorien unterteilen. Dieses sollte bereits vor den ersten Vorbereitungen geklärt sein, da diese unterschiedliche Planungen erfordern.

a.) Die Punktaktion: Zur Planung, Vorbereitung und Durchführung einer Stencilaktion, die auf ein bis wenige Wandbilder konzentriert ist, gehen wir von größeren und aufwendigeren Bildern aus. Diese bedeuten zunächst, dass bei der Materialbeschaffung darauf geachtet wird, dass ausreichend viel Material für Schablonen - d.h. mehrere große Pappen, ausreichend Dosen, etc. - besorgt werden müssen. Auch kann in Erwägung gezogen werden, mit mehreren Ebenen zu arbeiten wie z.B. ein Hintergrund, darauf ein Bild und Parolen. Diese werden auf eigens dafür vorbereiteten Schablonen angefertigt. Auch ist es möglich, mit Schattierungen zu arbeiten. Die Vorbereitung von Bildern, die aus mehreren Ebenen bestehen, entspricht den Arbeitsschritten, die wir unter Punkt 2 aufgelistet haben. Für die Aktion selber werden mindestens drei Personen benötigt, wenn möglich mehr. Dabei gehen wir davon aus, dass ein bis zwei Personen sprühen, sich eine Person um das Anbringen der Schablonen an die Wand kümmert und mindestens eine Person die Aufgabe des/der SpäherIn übernimmt. Das hat folgende Gründe: Bei einem Bild mit z.B. den Maßen 2x4 Metern dauert es um ein Vielfaches länger die Schablonen richtig zu platzieren und die Flächen auszusprühen. Aus diesem Grund ist es sicherer, eineN SpäherIn mit einzuplanen. Bei großen Schablonen ist es hilfreich, Klebeband dabei zu haben, um sie an mehreren Stellen an der Wand befestigen zu können. Die Punktaktion hat den Vorteil, in kürzester Zeit große und auffällige Wandbilder zu machen. Sie fallen enorm auf und machen die Bevölkerung aufgrund ihrer Größe und Ästhetik auf die politischen Inhalte unserer Kampagnen aufmerksam. Wegen des Aufwands und des höheren Risikos ist es nicht möglich, solche Wandbilder in einer größeren Region zu streuen, sondern an vorher gut ausgekundschafteten und festgelegten Punkten zu platzieren.

b.) Die Streuaktion: Der Planungs- und

Walpurgisnacht Berlin: Spontandemo, 5 Brandanschläge auf Autos, Farbe & Steine gegen Ausländerbehörde
Berlin 30 April 2009

Auto der Polizeigewerkschaft angezündet
„wir verstehen das auch als unterstützungssaktion für jene, die in frankreich als mouvançe anarcho-autonome verfolgt werden. wo auch immer ihr gerade seit, ob in einer zelle, draußen unter auflagen oder irgendwo auf der flucht, ihr sollt wissen das eure politik in den subversiven nestern von berlin registrien wurde und, dass es versuche gibt den gleichen feind zu treffen. anarchistische initiative in zusammenarbeit mit autonome gruppen“
Berlin: 30 April 2009

Nazijugendclub abgefackelt
Ilmenau 1 Mai 2009

Fenster von Bank zerschlagen
Berlin 3 Mai 2009

Naziladen erneut beschädigt
Rostock 3 Mai 2009

EADS (Airbus) mit Farbbeuteln angegriffen
Bremen 5 Mai 2009

Farbangriff auf Ausländerbehörde
Burg 4 Mai 2009

Neuer "Nazi-Laden" entglast / Farbe auf Tromsø, ... NUR DER GLASER FREUT SICH ÜBER EIN GESCHÄFT WELCHES DIE NAZIMARKE ERIK & SONS UND ARTIKEL DER NAZIMUSIKANTEN VON KC/HUNGRIGE WÖLFE VERKAUFT. SPORTGRUPPE SPASIBO"
Berlin 8 Mai 2009

Brandanschlag auf Bundeswehr-Lkw
Heilbronn 9 Mai 2009

Molotow-Cocktail gegen das Arbeitsamt
Bielefeld 11 Mai 2009

Farbe und Steine auf SPD - Zentrale
Hamburg 13 Mai 2009

Scheiben von SPD-Zentrale eingeworfen
Berlin 13 Mai 2009

DB - Fahrzeug beschädigt
Berlin 14 Mai 2009

Brandanschlag auf Arbeitsamt
Berlin 16 Mai 2009

Vier Luxus-Autos abgefackelt
Berlin 19 Mai 2009

Siemens-Auto abgefackelt
Berlin 24 Mai 2009

"Tonsberg" entglast
Nürnberg 25 Mai 2009

Farbattacken auf Deutsche Bank Filialen
"Soziale Unruhe statt unsoziale Ruhe ... Ihre freiwilligen Wirtschaftsprüfer_innen"
Berlin 26 Mai 2009



PKWs von Auszubildenden der Justizvollzugsschule tiefergelegt
"KNÄSTE ZU BAULÜCKEN! SCHLIEßER ZU GÄRTNERN! ... Autonome Automarder - AG Umschulung"
Wuppertal 28 Mai 2009

PKW bei Renault Niederlassung angezündet
"...unsere solidarität gegen die repressionskampagne der anarcho-autonomen" in frankreich. ... freiheit für alle! acab"
Berlin 2 Juni 2009

Farb-Angriff auf NPD Kandidaten
„... Lassen wir es nicht so weit kommen! Den Wahlkampf der NPD sabotieren! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“
3 Juni 2009 Holzgerlingen/Schorndorf-Weiler

Geschäftsräume von CDU und Linkspartei attackiert Berlin 4 Juni 2009

Brandanschlag auf Gewerkschaft für Justizvollzugsbeamte "oxaca ist überall-- die gefangenen auf die straße !!! ..."
Berlin 6 Juni 2009

Haus der deutschen Wirtschaft beschädigt
„... Wir bleiben alle und wir werden alles dafür tun, dass ihr verschwindet! Wir kriegen Euch !“
Berlin 8 Juni 2009

Polizeiauto abgefackelt „... Feuer und Flamme der Repression!“
Freiburg 8 Juni 2009

Scheiben von Luxusbauprojekten gesmasht / Wohnung besetzt & abgewertet
„... Gegen Staat! Gegen Kapital! Gegen Gentrification! Wir bleiben alle! ...“
Berlin 8 Juni 2009

Mehrere Jobcenter angegriffen
„... Wir zerstören ihre Büros um zu sagen, Stopp mit den Schikanen, Stopp zur Unterdrückung von Menschen, ... Lasst uns gemeinsam kämpfen. Gegen Staat und Kapital! Für ein solidarisches Miteinander und mehr soziale Unruhen! ...“
Berlin 10 Juni 2009

Brandanschlag auf 7 DHL Transporter
Berlin 11 Juni 2009

Angriffe auf 4 Nazi-Treffpunkte
„...Für Neonazis darf es keine Rückzugsräume geben. antifa team Werner Seelenbinder“
Berlin 11 Juni 2009

Mercedes abgefackelt
„Die Action-Weeks sind noch nicht vorbei - Feuer und Flamme für Berlin! Wir bleiben alle! Für ein lebenswertes Leben für alle - ohne Ausbeutung und Unterdrückung!“
Berlin 13 Juni 2009

Farbe auf Amtsgericht Lichtenberg
Berlin 13 Juni 2009

Vorbereitungsaufwand sowie das Risiko bei Streuaktionen ist im Vergleich zur Punktaktion etwas geringer. Zunächst sind es in der Regel Schablonen im Format DinA3, maximal DinA2, die wir hierbei einsetzen. Die unter Punkt 2 bereits erwähnten Folien stellen für diesen Anspruch das perfekte Material in Größe und Stabilität dar. Politische Inhalte und bildliche Motive einer Kampagne können hierbei in komprimierter Form verkürzt auf den DinA3 Folien angebracht werden. Dabei ist es möglich - für den Fall, dass die Aktionsgruppe aus mehr als drei Personen besteht - mehrere Exemplare einer Schablone zu erstellen und in mehreren Kleingruppen bestehend aus jeweils zwei Personen loszuziehen. Werden im Vorfeld einer Punktaktion ein bis wenige Aktionsorte bestimmt, so werden bei Streuaktionen mehrere Routen bestimmt und unter den Gruppen aufgeteilt. Da das Anbringen und Sprühen einer Schablone eine Sache von Sekunden ist, können ganze Straßenzüge und Blocks innerhalb weniger Stunden mit Bildern versehen werden. Während sich Wandbilder der Punktaktion durch ihre Größe und Ästhetik auszeichnen und auffallen, prägen kleine Wandbilder, die weit gestreut wurden, ganze Viertel durch ihre Anzahl und Häufigkeit.

5. Die Nachbereitung

Nach der Aktion sollte ein Treffen für eine angemessene Nachbereitung abgehalten

werden, wo alle Schritte nochmals durchgegangen werden. Sowohl positive als auch negative Erfahrungen sollten dabei reflektiert und Antworten auf die Fragen "hat die Aktion ihr Ziel erreicht", "lief alles nach Plan", "welche Fehler haben wir gemacht" und "was hat uns die Aktion gelehrt" sollten kollektiv beantwortet werden, damit auch gemachte Fehler eine Lektion und somit einen Nutzen für uns darstellen können.

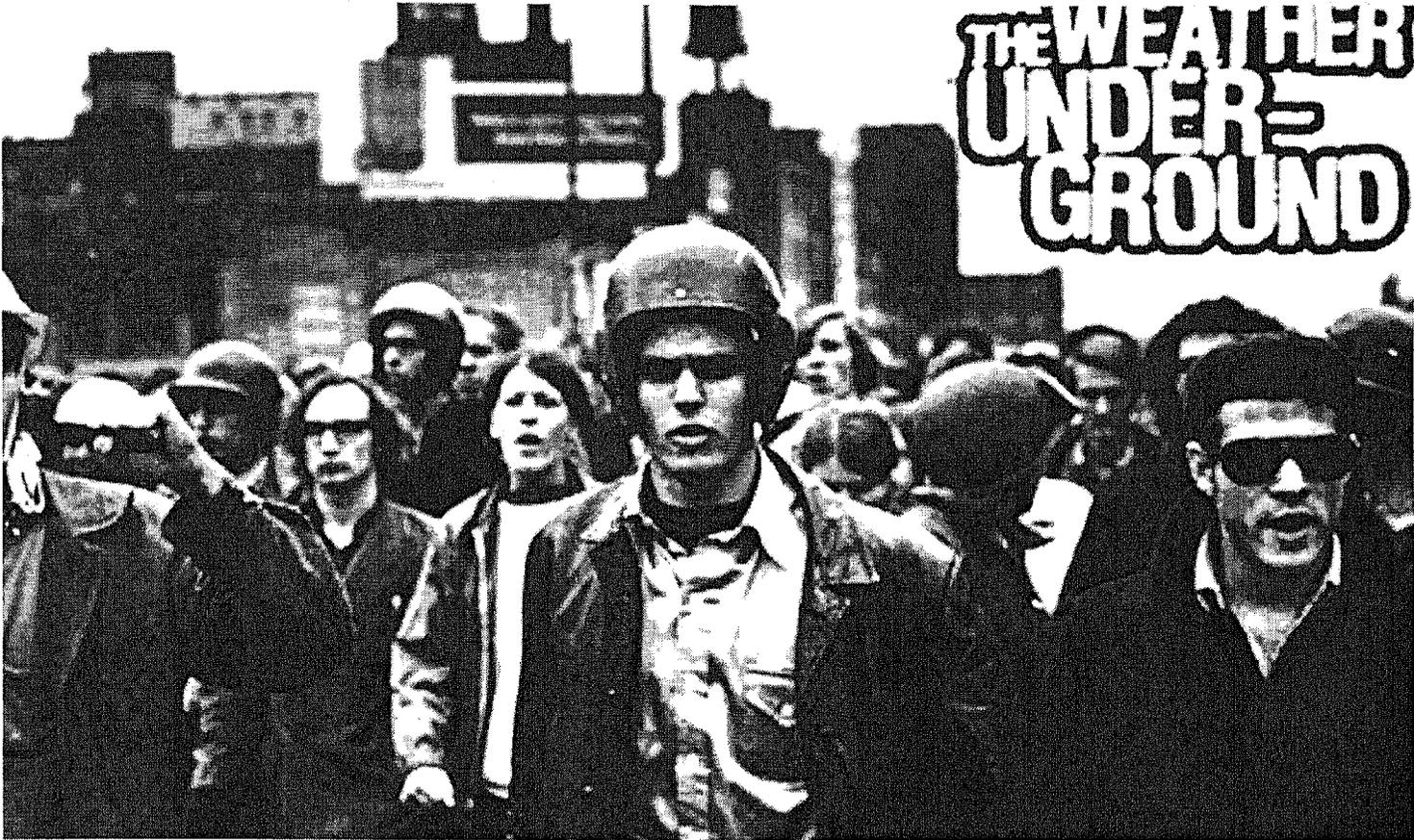
Wir haben versucht, mit dieser Handlungsanleitung, was auch einen Teil der Ergebnisse unserer eigenen Nachbereitungen wiedergibt, unser Wissen und unsere Erfahrungen weiterzuvermitteln. Mit Sicherheit gibt es weitere Erfahrungswerte, die von anderen StencilaktivistInnen gesammelt wurden und in diesem Beitrag unreflektiert blieben. Allerdings sind auch wir stetig am Lernen. Bezüglich der in den Beitrag eingearbeiteten Sicherheitshinweise möchten wir nachträglich sagen, dass wir aufgrund der Bandbreite des Themas einiges aussparen mussten und verweisen deshalb auf "Antirepression" und "Sicherheitsmaßnahmen", die in älteren Ausgaben dieser Zeitung veröffentlicht wurden und in den kommenden Ausgaben mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls enthalten sein werden.

**aktionsgruppe -
militantes propaganda netz (mpn)**

Revolutionäre Linke [RL]



THE WEATHER UNDER GROUND



„DIE ANEIGNUNG VON LINKER WIDERSTANDSGESCHICHTE UND IHRE GENAUE KENNNTNIS STELLT FÜR UNS DIE VORAUSSETZUNG DAR, UM ZU EINER (NEUBEGRIFFLICHEN) REVOLUTIONÄREN POLITIK ZU GELANGEN“ (MG)

Nachdem es nun schon einige Zeit ruhig geworden ist um die in der Interim und der Radikal geführte Militanzdebatte, wollen wir diese mit dem folgenden Beitrag wiederbeleben. Unser Papier knüpft dabei an das von der Militanten Gruppe (mg) angestoßene Geschichtsprojekt („Bewaffneter Kampf- Aufstand- Revolution bei den KlassikerInnen des Frühsozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ und „(Stadt)Guerilla oder Miliz“) an. Ausdrücklich beziehen wollen wir uns auch auf die „Internationale Debatte“ vom Oktober 2007 (...)

In beiden Beiträgen ging es um die notwendige Klärung von Begrifflichkeiten sowie um die historische Darstellung von Konzepten der revolutionären Linken, angefangen bei Aufstandskonzepten der FrühsozialistInnen bis hin zu Guerillastrategien der Tupamaros u.a. .

In unserem Beitrag wird es um die konkrete Umsetzung einer Stadtguerillakonzeption in den Metropolen (USA, Europa, Japan), um die Darstellung einer authentischen Stadtguerillagruppe, der-

en Stärken und Grenzen gehen. Unser Fokus liegt dabei auf der organisatorischen - weniger auf der ideologisch-inhaltlichen - Entwicklung. Auch die Dialektik von Revolution und Konterrevolution findet wenig Beachtung. Dies hätte den Rahmen des Beitrages gesprengt und muss in weiteren Veröffentlichungen nachgeholt werden. Doch nun machen wir einen zeitlichen Sprung in die Sechziger und Siebziger des vorigen Jahrhunderts und begeben uns in die USA.

Die USA hat eine reichhaltige Geschichte revolutionärer Kämpfe, die auch bewaffnet geführt wurden. Angefangen bei den revolutionären Gewerkschaften im 19. Jahrhundert reicht sie bis zu den Stadtguerillakonzepten, die auch heute noch ihre Anwendung finden. Um eine dieser Guerillagruppen soll es im Folgenden gehen.

Die Stadtguerillaorganisationen der USA sind ähnlich wie in Europa vor dem Hintergrund des weltweiten Aufschwungs der revolutionären Bewegungen der Sechziger entstanden. Sie verstanden

sich als Teil eben dieser internationalen revolutionären Bewegung.

Die Guerilla-Kräfte in den USA lassen sich grob in 2 Gruppen unterteilen (auch wenn es Mischformen wie die SLA gibt), die auf Grund ihrer ethnischen und sozialen Herkunft unterschiedliche Ansätze und Praxen hervorbrachten. Die eine Gruppe sind die „people of color“. Sie sahen ihre Aktionen unter dem moralischen Imperativ der ausgebeuteten Völker und betrachteten sich als Teil der so genannten „3. Welt“ im imperialistischen Mutterland selbst. (Auch heute noch eine interessante These für antirassistische Politik) So richteten sich ihre Aktionen hauptsächlich gegen den Unterdrückungsapparat. Die meisten Angriffe auf Knäste, Gerichte, Bullen u.ä. gehen auf ihr Konto. Die aktivste Gruppe dieser Fraktion war sicherlich die Black Liberation Army (BLA).

Die andere Gruppe setzt sich zum größten Teil aus weißen StudentInnen zusammen. Sie verstanden sich ähnlich der RAF als der bewaffnete Arm der vom Imperialismus ausgebeuteten Massen, welcher im

„Herz der Bestie“ kämpft. Ihre Primärziele waren dementsprechend das Militär und die Wirtschaft. Die bedeutendste Gruppe dieser Fraktion war Weather, um die es im Folgenden gehen wird.

„Unser Ziel ist, einen Untergrund aufzubauen, eine klandestine politische Organisation, die den Kampf auf allen Ebenen führt, dem Einblick des Staates entzogen, eine Basis gegen die Repression.“

Der einzige Weg zur Niederlage des Imperialismus und zur Herausbildung einer neuen menschlichen Gesellschaft ist der revolutionäre Krieg“ (Weather 1974)

Auch in den USA beginnt es in den sechziger Jahren zu brodeln. Besonders die untersten Schichten, das Proletariat und das Subproletariat, gerieten in Bewegung. Die Massenunruhen in den Ghettos der Farbigen, z.B. Watts 1965, waren explosive Ausdrücke davon. Die ethnischen Minderheiten, welche nicht nur die untersten Schichten der USA stellten und bis heute stellen, sondern darüber hinaus einer zusätzlichen rassistischen Diskriminierung ausgesetzt sind,

nahmen in diesem Prozess die Vorreiterrolle ein. Sie begannen sich zu organisieren und offensiver für ihre Bedürfnisse und Rechte zu kämpfen. Dabei spielt die „Black Power Bewegung“ eine ganz besondere Rolle. Aus dieser entstand auch die erste revolutionäre Organisation neuen Typs in den USA, die für große Teile der revolutionären Linken zum direkten Vorbild werden sollte. In Folge der Kämpfe der „Black Panther Party“ entstanden eine Vielzahl von revolutionären Organisationen der verschiedenen Ethnien, welche ihre Politik zunehmend auf eine antiimperialistische und sozialrevolutionäre Grundlage stellten.

Vor dem Hintergrund der Erstarkung der sozialen Kämpfe ethnischer Minderheiten, sowie dem Vormarsch der revolutionären Bewegung, entwickelte sich zusätzlich eine dynamische StudentInnenbewegung, die wiederum etliche revolutionäre Gruppen hervorbrachte. 1968 erlebte diese vielfältige „Neue Linke“, welche sich hauptsächlich um den (US-) SDS gruppierte, neuen Zuwachs und radikalisierte sich stark. Hintergrund dieser Entwicklung war der Vietnamkrieg und die Einschätzung der Entstehung eines (US-)„Neuen Faschismus“ (Ruf

nach Law and Order, immer brutalere Übergriffe und Repression gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung ...). Immer größere Teile des SDS, wie der Neuen Linken im Allgemeinen, verstanden sich zunehmend als revolutionäre Bewegung und entwickelten Vorstellungen von Gegenmacht. Konkret bedeutete dies, dass der Kapitalismus/ Imperialismus nicht reformierbar ist. Dass es ganz im Gegenteil darauf ankommt, das System als Ganzes umzuwälzen und das es nötig ist vom Protest zum Widerstand zu kommen.

Am 18. Juni 1969 fand in Chicago ein nationaler Kongress des SDS statt. Neben



den Diskussionen um schwarzen Nationalismus, der Frage der (weißen) ArbeiterInnenklasse und Imperialismus (welche zur Spaltung des SDS führten), intensivierte sich schon zu dieser Zeit die Auseinandersetzung um die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in den USA. Im Mittelpunkt der Diskussionen in Chicago stand ein Papier mit dem Titel „you don't need a weatherman to know which way the wind blows“. Dieses Dokument kann als Gründungspapier von Weather (Anfangs noch Weatherman) betrachtet werden. Das Papier war eine Aufforderung an die (weiße) Neue Linke eine antiimperialistische und antirassistische Widerstandsbewegung aufzubauen, die den Kampf der „people of color“ in den USA, sowie die weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen unterstützt und sich mit diesen verbündet. Der US- Imperialismus sollte von innen zerschlagen und an seine Stelle der Sozialismus aufgebaut werden. Weather betrachtete die Ghettos der „people of color“ (vor allem die schwarzen Communities) als Kolonien innerhalb der USA, was sich weitgehend mit den Positionen der Black Panther deckte. Dementsprechend betrachtete Weather die weiße ArbeiterInnenklasse lange als rassistisch,

militaristisch und somit als Feind der antiimperialistischen Sache. Hoffnungen setzten sie diesbezüglich ausschließlich auf die Jugend(-bewegung).

Auf dem Kongress in Chicago entstand Weather als Organisation. Die erste größere Aktion sollte die Beteiligung an einer auf der Konferenz beschlossenen Protestwoche im Herbst (69) in Chicago werden. Die von Weather unter dem Label „Tage des Zorn“ initiierte Mobilisierung schöpfte die Organisation voll aus. Angestrebt wurden breite (massen-) militante Kämpfe und die Gruppe erwartete mehrere Tausend Jugendliche in Chicago,

die sich mit den Repressionsorganen massive Auseinandersetzungen liefern würden. Dementsprechend propagierte Weather offensiv militante Aktionsformen. Die lokalen Kollektive organisierten Trainings von Straßenkampf, Selbstverteidigung, Erste Hilfe u.ä. und beschafften Schutzbekleidungen (z.B. Polster, Helme).

Von 1969 bis Anfang 1970 kann mensch Weather als (halb-) legale Gruppe betrachten. Sie war immer noch im SDS (dominierte diesen sogar), organisierte und beteiligte sich an Massenaktionen (Demos u.ä.), wenn auch schon auf (massen-) militanter Ebene. Strukturiert war Weather

zu diesem Zeitpunkt in ein „Leitungsbüro“, welches die politischen Richtlinien erarbeitete, und in lokale Kollektive. Zur Propagierung der eigenen Linie wurde die Zeitschrift „Fire!“ herausgegeben. Mensch könnte Weather zu dieser Zeit durchaus als milizähnliches Modell erfassen. Ein fester Bestandteil der legalen Bewegung, welcher die gesetzlichen Grenzen bewusst übertritt und damit bestimmte Aufgaben übernimmt. Lokale Kollektive existierten in New York, Boston, Seattle, in der San Francisco Bay-Area, sowie in dutzend weiteren Städten und Universitätsstandorten.

Schon vor den „Tagen des Zorn“ spitzte sich die Konfrontation zwischen der Gruppe und den Bullen zu. So beschossen die Cops in Seattle Fahrzeuge von Weather mit dem Ziel der Einschüchterung. Die Organisation reagierte wiederum mit der Verwüstung von Büros an der Uni, in denen Cops untergebracht waren.

Zu den „Tagen des Zorn“ kamen dann nur einige Hundert (ca. 1000) AktivistInnen. Dennoch kam es am ersten Tag zu so heftigen, stundenlangen Straßenschlachten, dass die Bullen Schusswaffen einsetzen „mussten“. Und auch in den Folgetagen



entstanden immer wieder kleinere Scharmützel.

Schon in der Aktionswoche entwickelte sich in den Diskussionen unter den Weather-AktivistInnen erste Selbstkritik, welche die offenen Auseinandersetzungen mit völlig überlegenen Bullenkräften thematisierte. Erstmals wurde über die so genannte „Tupamaro-Linie“, also eine klassische Stadtguerillakonzeption (siehe dazu „(Stadt)Guerilla oder Miliz“ von mg, „Internationale Debatte“ Abschnitt „Stadtguerilla: Strategie oder Taktik“) nachgedacht, wenn diese auch vorerst verworfen wurde.

Die „Tage des Zorn“ wurden trotz aller Kritik als positiv gewertet. Neben den beträchtlichen materiellen Schäden, sei es Weather gelungen sich zu einer relativ starken Widerstandsgruppe zu entwickeln, die durch die Erfahrungen in Chicago an Schlagkraft gewonnen hat. Es sei ein fester Kader- Kern entstanden, mit einer hohen Bereitschaft zu selbstlosen Engagement.

Nach der Aktionswoche erhöhten die Repressionsorgane den Druck auf die Organisation. Durch Dauerobservationen, Kriminalisierung mit zum Teil fingierten Anklagen und das Überziehen der AktivistInnen mit Prozessen sollten weitere Aktivitäten der Gruppe unterbunden werden. Doch auch die Weather-Kollektive radikalisierten sich und die eigenen Aktionsformen. Sie vertraten den Standpunkt, dass eine revolutionäre Umwälzung nur gewaltsam möglich ist und es die Aufgabe der revolutionären Linken wäre, diese zu organisieren. Es gehe nicht mehr darum zu zeigen, dass mensch nicht auf der richtigen Seite steht, sondern darum das Gewaltmonopol des Staates zu brechen, die Macht militärisch zu erobern. Mit dieser Meinung stand Weather nicht alleine da, revolutionäre Gewalt wurde zu dieser Zeit breit in der radikalen Linken diskutiert.

Der Weg in den Untergrund

Ende 1969 mobilisierte Weather zu einem treffen in Flint, dem so genannten „Kriegsrat“, um dort über gemeinsame Perspektiven, sowie theoretische und praktische Stoßrichtungen zu diskutieren. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in den USA. Am Ende des Treffens stand für Weather die Entscheidung in den Untergrund zu gehen.

In der Folgezeit unternahm Weather die notwendigen Schritte in die Illegalität und begann mit der „bewaffneten Propaganda“. Das Weatherbureau (na-

tionale Leitung) organisierte Treffen mit den lokalen Weather-Kollektiven, um zu klären, welche MitgliederInnen für den Untergrund geeignet sind (den Übrigen wurde nahe gelegt die Organisation zu verlassen). Von den ehemals mehreren Hundert blieben 100- 200 (unterschiedliche Angaben).

Kontakte zu FreundInnen und Familie wurden abgebrochen und die Kollektive in Zellen umstrukturiert. Die politischen Ziele wurden von einer zentralisierten Leitung (Weatherbureau) umrissen. Die Zellen sollten autonom vor Ort agieren, wobei die AktivistInnen nur Informationen über die eigene Zelle haben sollten (zum Schutz vor Unterwanderung). Dieser Umstrukturierungsprozess war bis Februar 1970 abgeschlossen.

„Weather“ verstand sich nun als Kern einer aufzubauenden revolutionären Armee. Orientiert wurde sich an der Fokus-Theorie (siehe dazu „Internationale Debatte“ Abschnitt „Focustheorie“), welche die bewaffneten Kräfte zum Kern der revolutionären Strategie macht, den sich alle Formen des revolutionären Kampfes unterzuordnen haben. Natürlich isolierte sich „Weather“ mit dieser avantgardistischen Haltung von weiten Teilen der Linken.

Am 6. März 1970 explodierte eine Bombe ungewollt in einer konspirativen Wohnung in New York und tötete 3 Mitglieder von „Weather“ sofort. 2 entkamen verletzt. Als die Polizei die Leichen identifizierte war sie alarmiert, denn viele „Weather“-Mitglieder waren ihnen bekannt, jedoch befand sich die gesamte Organisation zu diesem Zeitpunkt schon im Untergrund. Auf der Liste der 10 meistgesuchten Personen des FBI (von 1970) befanden sich allein 6 „Weather“ AktivistInnen. Zu diesem Zeitpunkt fahndet das FBI nach 18 Personen im Zusammenhang mit Aktionen von „Weather“.

Im ersten Jahr der Illegalität (1970) konzentrierte Weather die Angriffe auf Strukturen des Militärs und der Verfolgungsbehörden als Reaktion auf die militärische Zuspitzung im Vietnam-Krieg (Bombardierung Kambodscha) und die Faschisierung in den USA. Die inhaltliche Bestimmung der Aktionen sollte den Zusammenhang zwischen Repression gegen die schwarze Befreiungsbewegung vor Ort, der Faschisierung der US-Gesellschaft und den weltweiten antiimperialistischen Kämpfen thematisieren.

Ende Mai griff „Weather“ das Hauptquartier der Nationalgarde in Washington D.C. mit Sprengsätzen an. Am 9. Juni explodieren im 2. Stock des New Yorker Polizeihauptquartier Sprengsätze. Am 26. Juli



erfolgt ein Angriff auf die „Presidio Army Base“ in San Francisco. Im September leistet „Weather“ Fluchthilfe für einen Gefangenen. Im Oktober attackiert die Organisation mehrere Gerichtsgebäude in Marin Country, Chicago, Cambridge und Long Island. Die konsequente Praxis erzeugte einige Sympathie und Unterstützung in vielen Teilen der radikalen Linken, was sich in dem zur Verfügung stellen von Verstecken, Geld und Papieren, im Abdruck von Kommuniqués der Organisation in der linken Lokalpresse, im Tragen von „Soli-Transpis“ auf Demos und Kundgebungen und vielem mehr äußerte.

Im Dezember 1970 erfolgte mit dem Kommuniqué „New Morning“ eine selbstkritische Reflexion der bisherigen Praxis durch „Weather“. Das Papier beschäftigte sich unter anderem mit der Frauenfrage, welche in der zukünftigen Politik mehr Gewicht bekommen sollte und thematisierte die Rolle der „Gegenkultur“ wieder mehr. Darüber hinaus stellte „Weather“ die Strukturen von Zellen auf so genannte „Families“ um. Diese sollten eine Vertiefung kollektiver Lebensformen innerhalb der Organisation gewährleisten. Ein weiteres Ergebnis war das Infragestellen der avantgardistischen Fokus-Theorie und ein Anerkennen der Wichtigkeit auch anderer Aktionsformen. Auf Grund dieser veränderten Linie und Praxis der Organisation kam es ab 1971 zu einer weiteren (Wieder-) Annäherung weiter Teile der radikalen Linken.

Auch 1971 konzentriert „Weather“ die militanten Angriffe auf Institutionen des Militärs und der Repressionsorgane. Im März explodieren mehrere Sprengkörper im Capitol in Washington D.C. „Weather“ reagierte damit auf die Bombardierung Laos durch die U.S. Luftwaffe. Ende

August griff die Organisation mehrere Gebäude der Gefängnisverwaltung in Kalifornien an. Hintergrund war die Ermordung des gefangenen Revolutionärs und Panther-Aktivist George Jackson. Ende September erfolgten Angriffe auf Büros des Polizeipräsidenten in Albany (New York) und Ende Oktober auf das Büro des Vietnam-Strategen George Bundy.

Im Jahr 1972 beschränkte sich Weathers militärische Aktivität auf eine Aktion, die eine der wirksamsten ihrer Geschichte werden sollte. Am 19. Mai 1972 (Ho Chi Mins Geburtstag) detonierte auf dem Flügel der Luftwaffe des Pentagon auf einer Damentoilette im 4. Stock ein Sprengsatz. Diese verwüstete die Toilettenanlage, riss ein 10 m großes Loch, zerstörte Scheiben und das Abflusssystem. Das ausströmende Wasser legte Rechner im ersten Stock lahm, welche an das globale Kommunikationsnetzwerk des Militärs angeschlossen waren. Weather hatte das Herz der Kriegsmaschine getroffen. Diese Aktion, die als ein Beitrag zu den breiten Aktivitäten der Antikriegsbewegung gegen die Bombardierung Nord-Vietnams gedacht war, wurde von dieser überwiegend sehr positiv aufgenommen.

Zwischen dem Angriff auf das Pentagon im Mai 72 und der nächst größeren Aktion im September 73 (Angriff auf ITT, gegen deren Beteiligung am Putsch in Chile) setzt bei Weather erneut eine Phase der Selbstreflexion und politisch-inhaltlichen Neubestimmung ein.

Vom Avantgarde-Konzept zur widerstandsebenenübergreifenden Organisierung

Nach über 12 Monaten intensiver Diskussionen verbreitete die Organisation 1974 ein 188 Seiten starkes „Buch“ mit dem Titel „Prairie Fire: The Politics Of Revolutionary Antiimperialism“ in einer Auflage von 40.000 Exemplaren. In dem Buch setzt sich Weather selbstkritisch mit der eigenen Geschichte auseinander. Analysiert wird auch die us-amerikanische Linke und die globalen Entwicklungen. Es wurde versucht eine Perspektive für die Siebziger und konkrete Pläne für die nahe Zukunft zu formulieren. Die Organisation öffnete sich zunehmend marxistisch-leninistischen Theorien und sozialrevolutionären Ansätzen, was zu einer Orientierung auch an den Kämpfen der Arbeiterklasse in den USA führte. Weather gelangte darüber hinaus zu der Einsicht, dass eine Untergrundarmee nicht ohne die Unterstützung der Massen auskommt und gab ihre Orientierung

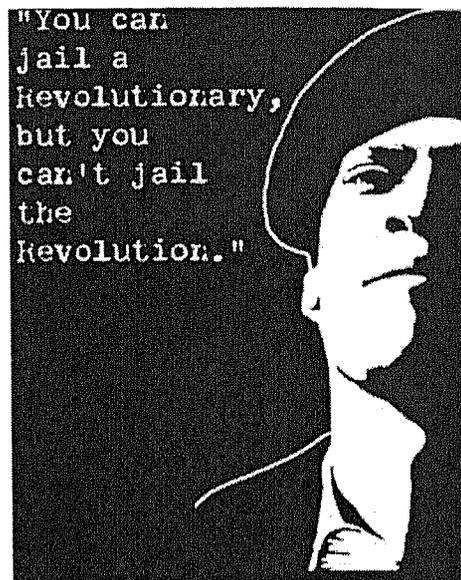
an der Fokus-Theorie endgültig auf. Eine Massenorganisation müsse aufgebaut werden. Es gehe um das Entwickeln einer Gesamtstrategie, welche die (offenen) Massenkämpfe mit den (verdeckten) militanten / bewaffneten Kämpfen verbindet. Beide Ebenen sind dabei als gleichwertig zu betrachten. Weather selbst sollte dabei weiterhin bewaffnet agieren, um das Volk auf kommende Kämpfe vorzubereiten.

Zum Zeitpunkt des Erscheinens von „Prairie Fire“ befand sich die US- Linke schon im Zerfallsprozess und auch Weather verfügte nur noch über ca. 50 AktivistInnen. Dennoch wurde das Buch in weiten Teilen der revolutionären Linken als richtungweisend aufgenommen.

Nach der Veröffentlichung von „Prairie Fire“ begann Weather mit dem zielstrebigem Aufbau einer legalen Unterstützungstruktur, dem „Prairie Fire Organizing Committee“ (PFOC) und nahm auch die militärischen Aktivitäten, auf sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Grundlage wieder auf.

Im Jahr 1974 erfolgten Angriffe auf „Gulf Oil“ in Pittsburgh zur Unterstützung des antiimperialistischen Befreiungskampf in Angola, sowie auf das Ministerium für Gesundheit, Erziehung und Soziales durch eine „womans brigade“ der Organisation, mit dem Ziel auf die Armut in den USA hinzuweisen. Am 23. Januar 1975 griff die Organisation Büros des Außenministeriums in Washington D.C. und des Verteidigungsministerium in Oakland an. Das Kommuniqué endet mit der Aufforderung an die Regierung die Friedensverträge mit Vietnam endlich zu befolgen. Am 16. Juni 1975 wurde die „Banco de Ponce“ im Rockefellercenter in New York mit Sprengsätzen flambiert. Die Bank trug direkte Verantwortung an der Armut in Puerto Rico. Darüber hinaus sollte mit der Aktion ein Streik von Bauarbeitern in den USA unterstützt werden, an deren Firma die Bank Anteile hatte. Am 10. Oktober erfolgte eine Attacke mit Sprengsätzen auf den Hauptsitz von „Kennwcott Corporation“ in Salt Lake City, wegen deren Beteiligung am Putsch in Chile.

Das Jahr 1976 sollte ganz im Zeichen des Versuches stehen, die (Reste der) revolutionäre Linke zu organisieren. Das PFOC organisierte zusammen mit „Puerto Rican Socialist Party“, „United Black Workers“, „Youth against war and fascism“, „CASA“ (mexikanische Arbeiterorganisation) und anderen kleineren linken Gruppe Anfang 1976 die Hardtimes- Konferenz. Zwar besuchten 4000- 5000 TeilnehmerInnen die Konferenz, der vom PFOC angestrebte Aufbau einer nationalen Struktur misslang jedoch. Viel mehr kam es während



der Konferenz zwischen den Mitorganisatoren zum Bruch.

In der Folgezeit (1976) kam es innerhalb von Weather und dem PFOC zur Spaltung. Auf der einen Seite stand das „Central Committee“ (PFOC New York), welches sich an einer sozialrevolutionären Linie orientierte und Reformen auf dem Weg zur Revolution nicht ablehnte. Dieser Teil von Weather hört schon bald auf zu existieren. Auf der anderen Seite stand das „Revolutionary Committee“ (PFOC – Bay Area), das sich wieder auf die ursprüngliche antiimperialistische und antirassistische Linie berief und Reformen strikt ablehnte. Diese Strömung nannte sich fortan „Weather Underground Organisation“ (WUO). Obwohl die WUO auf einen kleinen Kern von nicht mehr als 15 AktivistInnen zusammengeschrumpft war, nahm sie die militärische Aktivität 1977 erneut auf. Am 2. Februar erfolgte ein Angriff auf Büros des „Immigration and Naturalization Service“, mit dem auf die Ausbeutung und Unterdrückung von MigrantInnen in den USA aufmerksam gemacht werden sollte. Im Sommer erfolgte ein Angriff auf die Büros des kalifornischen Senators Briggs, wegen seiner rassistischen und reaktionären Politik.

Die Festnahme von 5 Kadern der WUO im November 1977 markiert das endgültige Aus von Weather. Ende der Siebziger und im Verlauf der Achtziger stellten sich viele der Illegalen, andere wurden verhaftet. Ein kleiner Teil gründete oder beteiligte sich an neuen Gruppen, die allerdings nicht die Bedeutung von Weather erlangten. Wieder andere unterstützten die Black Liberation Army (BLA).

PFOC entwickelte eine eigene, von Weather unabhängige Identität und Praxis, gab die Zeitschrift „Breakthrough“ heraus und arbeitete bis in die Neunziger weiter. Die letzte Ausgabe der Zeitschrift



erschien 1991.

Abschließend

Fassen wir noch einmal grob die Entwicklung der Organisation zusammen und versuchen, wenn auch nur oberflächlich, einige Schlüsse zu ziehen. In weiteren Veröffentlichungen werden wir diese vertiefen. Durch die Beschäftigung mit weiteren Stadtguerilla-Gruppen sollen darüber hinaus Parallelen in deren Entwicklung aufgezeigt und sich wiederholende Erfahrungen verallgemeinert werden.

Weather durchlief in der eigenen Geschichte mehrere (Entwicklungs-) Phasen. Die erste Phase (von 69 bis Anfang 70) ist dabei eine Ausnahme in der Geschichte von Stadtguerilla-Gruppen, in dem Sinne, dass Weather am Anfang als (halb-) legale Organisation auftrat und der Weg in die Klandestinität erst in einer 2. Phase erfolgte. Dies hatte sicherlich den Vorteil die Linke (und Teile der Bevölkerung) schon vor der Aufnahme des bewaffneten Kampfes mit der eigenen politisch-ideologischen Linie bekannt zu machen. Der große Nachteil allerdings ist, dass viele AktivistInnen den Repressionsbehörden bekannt waren und dies die Arbeit im Untergrund natürlich enorm erschwerte.

Die 2. Phase könnte mensch als Phase der „Propaganda der Tat“ bezeichnen, welche von 1970 bis 74/75 andauerte und 2 Etappen durchlief. Eine Etappe mit dem Beginn der bewaffneten Aktionen, der eine weitere folgte (Ende 70), gekennzeichnet durch Selbstreflexion („New Morning“ Erklärung) und Weiterentwicklung der eigenen Praxis. Diese Phase der „Propaganda der Tat“ erzielte folgende Ergebnisse: Weather zeigte auf, dass bewaffneter Widerstand auch in den USA, „Im Herzen der Bestie“, möglich ist, dass das System eben nicht allmächtig, sondern angreifbar ist. Die konsequente Praxis erzeugte Sympathien im radikalsten Teil der Linken und in weiten Teilen der (farbigen) Klasse. Dabei konnte Weather bei einigen Aktionen die Ebene der Symbolik überwinden und z.B. den reibungslosen Ablauf der Kriegsmaschinerie konkret behindern.

Die dritte und letzte Phase der Organisation war gekennzeichnet durch den Versuch der organisatorischen Festigung. Ausgangspunkt war das Papier „Prairie Fire: The Politics Of Revolutionary Antiimperialism“, welches eine Reflektion der bisherigen Politik beinhaltete. Ein zu militärisches Denken und das Vernachlässigen der eigenen politischen und organisatorischen Entwicklung wurde

darin heftig kritisiert. Die Fokus-Theorie wurde endgültig fallen gelassen und die Gleichwertigkeit der verschiedenen Aktionsformen anerkannt. Eine Interaktion mit der legalen Linken und ein Wirken in die Masse sollte gewährleistet sein. Angestrebt wurde ein widerstandsebenenübergreifendes Netz, welches eine Gesamtstrategie auf antiimperialistischer und sozialrevolutionärer Grundlage umsetzen sollte. Zu diesem Zweck baute Weather auch eigene legale (Unterstützungs-) Strukturen auf.

Zu einer Umsetzung dieser Weiterentwicklung kam es dann leider kaum noch. Die Organisation spaltete sich, was für (Stadt-)Guerilla-Gruppen in vielen Fällen das Ende bedeutet. Die Reste der Organisation wurden schon bald zerschlagen. Wir hoffen wir konnten mit unserem Beitrag dem anvisierten Geschichtsbuch neuen Schwung einhauchen. Wir werden uns mit weiteren Beiträgen zu Wort melden.

**Aus der Geschichte lernen,
heißt Siegen lernen!
Für einen revolutionären
Aufbauprozess!
Für den Kommunismus!**

Revolutionäre Linke [RL]

Redaktionelle Vorbemerkung: Im Sommer 2005 veröffentlichten wir in der radikal-Nummer 158 unter dem Titel „Wir haben uns mit einer Menge Puste auf den Weg gemacht“ ein erstes Interview mit der militanten Gruppe (mg). Vier Jahre sind seitdem vergangen. Es ist natürlich nicht möglich, nach dieser Zeitspanne an das damalige Gespräch unmittelbar anzuknüpfen, als sei nichts geschehen. Zu viele Vorzeichen haben sich in diesen vier Jahren verändert. Gerade die letzten zwei Jahre haben um die (mg) einen dichten Vorhang aus Gerüchten, Zweifeln, Spekulationen, Fragen und vorschnellen Antworten gewoben.

Jetzt endlich wurde uns als Redaktionskollektiv die Gelegenheit eröffnet, diesen Vorhang so weit wie möglich zu heben. Mit dem vorliegenden schriftlichen Interview verfügen wir über die erste öffentliche Stellungnahme der GenossInnen nach mehr als zwei Jahren Funkstille (d.h. seit dem (mg-)Abschlussbeitrag zur Militanzdebatte). Für dieses Privileg möchten wir den GenossInnen zunächst herzlich danken, zumal wir an der Dauer der Funkstille nicht ganz unschuldig sind. Aus organisatorischen Gründen gelang es uns nicht, die (mg-)Aussagen so zeitnah zu präsentieren, wie sie es verdient hätten. Wir bitten dafür um Verständnis. Die Kommunikation bei schriftlichen Interviews gestaltet sich in der Regel relativ umständlich. Die Frage- und Antwortbögen gingen mehrfach zwischen den DiskussionsteilnehmerInnen hin und her, bis alle Beteiligten mit dem Ergebnis zufrieden waren und es von den interviewten GenossInnen autorisiert wurde. Natürlich darf diese privilegierte Situation nicht dazu verleiten, unsere kritische Distanz zu den Interviewten und ihren Antworten zu verlieren. Wir hoffen, im Verlaufe des Interviews bewiesen zu haben, dass unsere Fragen und Nachfragen unserem Anspruch als selbständiges Zeitschriftenprojekt der revolutionären Linken gerecht werden.

Wir wissen sehr wohl, dass dieser Beitrag lang und zeitaufwendig zu lesen ist. Dennoch glauben wir, dass es notwendig war, das Interview in voller Länge zu veröffentlichen, und dass es sich lohnt, es ebenso vollständig zu lesen. Mögen manche (mg-)Antworten auch ausschweifend erscheinen, so finden wir doch, dass es unangebracht wäre, die „spektakuläreren“ Passagen aus ihrem Kontext zu reißen, um sie als bequeme Schnellektüre zu servieren. Das ist unsere Form der Loyalität gegenüber den GenossInnen. Wer in Häppchenform gestückelte Leckerbissen bevorzugt, der möge warten, bis die sensationsträchtigen Auszüge von der bürgerlichen Tagespresse nachgedruckt werden.

Mai 2009

Schriftliches Interview zu Fragen der Organisierung des revolutionären Widerstandes mit der militanten Gruppe (mg)



Hallo GenossInnen, wir sind uns sicher, dass nicht nur wir sondern auch unsere LeserInnenschaft – d. h. eure vielen FreundInnen und wenigen FeindInnen (oder war es doch umgekehrt?) – mit Spannung auf einen O-Ton von euch gewartet haben. Es ist in den letzten ein bis zwei Jahren viel passiert. Als zentral erachten wir hier die seit dem Vorfeld der Anti-G8-Mobilisierung laufende Repressionswelle gegen vermeintliche klandestine Gruppenstrukturen in der BRD. Wir wollen nicht lange um den heißen Brei herum reden, denn die Frage brennt uns förmlich auf den Lippen. Ende Juli 2007 wurden vier linke Aktivisten festgenommen, deren Prozess zur Zeit in vollem Gange ist. Die Anklage lautet versuchter Brandanschlag auf Bundeswehr-LKWs und Mitgliedschaft bei niemand geringem als eurer (mg). Seither ist – zumindest für die breite Öffentlichkeit – keine wirkliche Aktivität von euch mehr spürbar gewesen, wofür die verschiedensten Erklärungsmuster kursieren. Daher mal ganz salopp gefragt: Gibt es euch noch?

Logisch - wir sind quicklebendig! Wir wissen, wir haben lange, entgegen unserer sonstigen Gewohnheit und Mitteilungsfreude, nichts von uns hören, sehen und verlauten lassen. (Unseren inhaltlichen Beitrag zum vorläufigen Abschluss der Militanzdebatte, der bereits seit einigen Monaten vorliegt, aber erst jetzt von uns zur Veröffentlichung in dieser Zeitschrift freigegeben wurde, möchten wir ausdrücklich verweisen) Dafür gab es, aus unserer Sicht, nur die besten Gründe. Um es bildungsbürgerlich zu wenden, machen wir uns eine Tagebuchaufzeichnung von Franz Kafka zu eigen: „Arg. Heute nichts geschrieben. Morgen keine Zeit.“ So geht's manchmal, auch über gewisse Distanzen hinweg.

Es ist richtig, uns fiel es in den vergangenen zwei Jahre extrem schwer, von öffentlichen Stellungnahmen Abstand zu nehmen. Mitunter ist es aber für alle (vermeintlich) Beteiligten der seit dem G8-Gipfel 2007 verstärkt einsetzenden staatlichen Repressionsschübe von Vorteil, wenn von uns außer dem Klapphalten nichts zu vernehmen ist.

Dennoch waren wir jederzeit präsent, auch wenn wir in einer länger als gedacht ausgefallenen Klausur waren und Inventur zu machen hatten. Aktion „Aufräumen“, auch unter dem Teppich, stand ganz oben auf der Agenda, nicht der Agenda des direkten materiellen Widerstandes, sondern der der Vorleistung

dazu. Damit sind wir jetzt (mit wenigen Einschränkungen) durch. Große Erleichterung in unseren Reihen, wie ihr euch denken könnt.

Außerdem: Nach außen hin mit Bekundungen in Erscheinung zu treten, macht nur Sinn, wenn erstmal die sich abzeichnenden bzw. aufgebrochenen Konfliktlinien im Innern freigelegt, ausgesprochen und nach Möglichkeit in die Nähe der Klärung geführt wurden. An diesem Punkt stehen wir momentan. D.h., wir haben trotz des enormen Drucks, der uns gegenüber entwickelt und aufgebaut wurde, die Reihenfolge, die in einem (klandestinen) Gruppenzusammenhang einzuhalten ist, befolgt: Erst Klärung (nicht vollständige Klarheit!) nach innen, dann Erklärung nach außen. Der eigene interne Rhythmus als zentraler Orientierungsmaßstab. Anders ist es nicht vorstellbar.

Es war aus unserer Sicht nicht praktikabel, in periodischen Abständen eine Wasserstandsmeldung abzugeben, wie es um uns und unser Seelenleben bestellt ist. Wir denken, dass wir für einen klandestinen Zusammenhang in der Vergangenheit eine ganze Menge Einblick gewährt haben, mehr als wir jemals von anderen Gruppen, die sich in die Klandestinität begeben haben, in öffentlichen und halböffentlichen Stellungnahmen der letzten 15 bis 20 Jahre wahrgenommen hätten. Zudem haben wir auf das eine oder andere krass fehlbesetzte Pferd gesetzt. Ausstehende Quittungen, die beglichen werden wollen. Und wir sind uns nicht mehr so recht sicher, ob wir nicht zu viel an Informationen über uns insgesamt an die falschen, sprich staatlichen Stellen transportiert haben. Grobe Fahrlässigkeit, die abzustellen ist.

Unter den Bedingungen der Klandestinität ansprechbar zu sein, ist uns nach wie vor deshalb sehr wichtig, weil es das Band zwischen uns und jenen, die nicht mit uns strukturell verbunden sind, aufrecht erhält. Allerdings können wir nicht derart agieren, dass bei uns ständig angeklopft wird und wir den Türspalt zu weit öffnen. Damit berühren wir aber schon einen etwas anders gelagerten Punkt nach dem Verhältnis von klandestiner Arbeit und der „Zugänglichkeit“ für faktisch und tatsächlich außen vorstehende GenossInnen, den wir jetzt aber nicht weiter thematisieren werden, da er uns zu weit weg von der Fragestellung führt.

Wir wollen aber an dieser Stelle durchaus einen enger an die Frage angedockten Punkt problematisieren, den wir durch den geöffneten Türspalt vorgebracht bekamen: Einige GenossInnen haben von

uns eine ziemlich dezidierte Selbstkritik eingefordert, um an Interessierte draußen zu vermitteln, warum kein Lebenszeichen mehr von uns ausgesendet wurde. Vielleicht holen wir uns erst einmal Schützenhilfe, die die „Metaebene“ von Selbstkritik beschreibt: „Zweifellos ist die Selbstkritik“, so der ungarische Kommunist Georg Lukacs, „die vorrangige Pflicht jedes Revolutionärs und jeder revolutionären Partei. Aber bei dieser Selbstkritik darf die Methode des Marxismus nicht außer acht gelassen werden, das nämlich, dass alles, was in der Vergangenheit geschah, 'historische Erscheinung' ist und als solche notwendig.“

Puh. Wir versuchen diese Fundamentallektion auf unsere kleinen Verhältnisse herunterzubrechen. Eigentlich gar nicht so kompliziert: Jeder Gruppenzusammenhang durchläuft Phasen, notwendige Phasen, die er nicht scheuklappenmäßig überspringen kann. Und wir haben uns vor unserer Klausur-Inventur durch Ausflüchte und Ausreden davon selbst abgehalten, die seit einiger Zeit vor uns liegende Phase anzunehmen und durch das relative Neuland erwartungsvoll zu schreiten. Strukturell gilt es vieles Umzukrempeln, auf dem Geschaffenen aufbauen; klar, so wie immer von uns ellenlang referiert, aber unter Ablegen der autonomen Schlacken. Manche fanden uns dafür noch in Maßen sympathisch; aber, was sind schon milieuspezifische Sympathiepunktchen, wenn wir uns damit den Zugang zu einer Klassenorganisiertheit vernageln? Nix! Wir haben oft in den letzten Jahren in verschiedenen Texten (und dem Anspruch nach in der Praxis) herauszustreichen versucht, dass wir keine „selbstreferentielle Enklave-Politik“ betreiben wollen. Wir sind integraler Teil der proletarischen Klassen und erklärter Teil des organisierten Klassenkampfes. Dieser Anspruchsformulierung folgte allerdings viel zu wenig, oft gar nichts. Es bleibt für uns festzuhalten: Wir sind aus dem Stadium des quasi autistischen Dahinwurschtelns nie hinausgekommen. D.h., unsere Selbstkritik fällt hiermit deutlich aus. Unser bisheriges Projekt ist „historische Erscheinung“, eine in unserem Fortgang allerdings notwendige, die wir nicht vermocht haben zu überspringen.

Also: Die Forderung nach von unserer Seite zu erfüllender Selbstkritik können wir nur vor dem Hintergrund verstehen, dass diese zumeist sehr solidarischen GenossInnen schlicht und einfach schwer enttäuscht und teilweise fassungslos waren/sind, dass wir vermeintlich nicht zu reagieren und agieren wussten. Aber da kommen wir an den Punkt von eben

zurück; die Hauptverantwortung ist, und das sagen wir mit allem Nachdruck, zualtererst nach innen zu erfüllen. Es ist eine Unmöglichkeit des Umgangs, wenn wir GenossInnen „beruhigen“ würden nach dem Motto „Guckt mal, hier sind wir“, ohne die Voraussetzung für eine solche Mitteilung unter den veränderten Bedingungen geschaffen zu haben. Damit würden wir (be-)trügerisch und verlogen anderen gegenüber auftreten, was fern unserer proletarischen Ethik wäre. Ein „Zusammen kämpfen“, um die gute alte Parole aus dem antiimperialistischen Frontprozess aus Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrtausends aufzugreifen, kann nur laufen, wenn wir untereinander einen aufrichtigen Umgang pflegen, denn, wenn wir uns aufeinander verlassen wollen, gehört das unbedingt zentral dazu.

Nun gut, wir verstehen also, dass schwerwiegende innere Turbulenzen bei euch stattgefunden haben und womöglich noch nicht abgeschlossen sind. Wir verstehen auch, dass eure Aktivität notgedrungen darunter leidet. Dennoch: Seit dem Sommer 2007 zeichnet ihr für keine einzige militante Aktion mehr verantwortlich (oder haben wir einfach die Randnotizen der Tagespresse nicht sorgsam genug studiert?). Das soll kein Vorwurf sein, wenn wir es auch stark bedauern. Aber gleichzeitig bezeichnet ihr euch nun als „quicklebend“. Ist das Wort in diesem Zusammenhang nicht fehl am Platze?

Durchaus nicht, wie ihr bald verstehen werdet. Dazu müssen wir aber zunächst auf die Frage nach militanten Aktionen und deren Vermittlung genauer eingehen.

Grundsätzlich ist aus unserer Sicht festzuhalten, dass sich eine militante Aktion, wenn wir bei diesem spezifischen Feld politischer Interventionen bleiben wollen, erst dann vollständig zu vermitteln weiß, wenn sie in einer in der Regel schriftlichen „Bekennung“ erläutert wird. Hier kennen wir die verschiedenen Varianten: entweder ist die Erklärung schwerpunktmäßig auf das angegriffene Objekt bezogen, d.h. es wird sich zentral mit dem „Gegenstand“ der Aktion beschäftigt, in dem etwas zum Ziel und der daraus abgeleiteten Legitimation des militanten Eingriffs verlaublich wird. Oder es wird neben diesen beiden wesentlichen Aspekten etwas weiter ausgeholt und beispielsweise der inhaltliche Aufhänger der Aktion tiefgehend thematisiert. Des weiteren sind auch Aussagen, die darüber

hinaus weisen vorstellbar. Z.B. wenn sich die Aktion in einen angestrebten organisatorisch-koordinatorischen Rahmen einfügen soll. Dabei bekommt die Erklärung einen weiter gefassten Charakter und streift oft die Grenze zum Debattenbeitrag.

Wir waren eher AnhängerInnen davon, die jeweils literarische Form klar zu akzentuieren und nicht zu viele Stilmittel zu vermengen. Allerdings haben wir in den vergangenen Jahren auch textlich herumexperimentiert. Einige unserer Anschlagserklärungen haben den eng umrissenen Tatbestand der Aktion über Gebühr hinaus beitragsmäßig erweitert, andere waren relativ spartanisch gehalten. Einen Anschlag, den auf den Gebäudekomplex der italienischen Handelskammer und des türkischen Industriellen-Verbandes TÜSIAD, haben wir beispielsweise über unseren publizistischen Versuch des mg-express bekannt gegeben. Eine Stringenz fehlte an der einen oder anderen Stelle, auch wenn wir uns um eine möglichst klare publizistische Abgrenzung zwischen Anschlagserklärungen und Beiträgen für die Militanz-Debatte erkennbar bemüht haben. So jetzt kommt's: Ein Novum ist unsererseits, dass wir die Belegstellen unserer praktischen Arbeitsnachweise der letzten Monate in dieses schriftliche Interview einfließen lassen werden. Wir haben uns deshalb dazu entschlossen, weil wir für unseren letzten O-Ton als (mg) eine „Paketlösung“ anstreben, d.h. alles das, was wir noch mitzuteilen haben, erfolgt in dieser Form der Stellungnahme. Damit dürfte bei FreundIn und FeindIn Beruhigung darüber eingetreten sein, dass mit uns vieles in Ordnung ist und wir abgehen des Reibungsverlustes der letzten zwei Jahre wohl auf sind.

OK. Jetzt zu unseren (nachgereichten) „Arbeitsnachweisen“ nach dem Anschlag auf Einsatzfahrzeuge der Berliner Bullen in Berlin-Spandau im Mai 2007 als Reaktion auf die Repressionswelle im Vorfeld des G8-Gipfels in Helligendamm 2007:

- Brandanschlag auf das „Sozial“gericht Brandenburg in Potsdam in der Rubensstraße in den Abendstunden des 13. Januar 2009. Hier wurde der Brandsatz am hinteren Zugangsbereich platziert und an der Hoffassade wurden an verschiedenen Stellen gesprühte Parolen hinterlassen.

- Brandanschlag auf das Gebäude des Jobcenters der Arbeitsagentur Charlottenburg-Wilmersdorf in der Königin-Elisabeth-Straße in Berlin in der Nacht zum 14. Januar 2009. Der Brandsatz wurde an einem Nebeneingang an der Vorderseite des Gebäudekomplexes abgelegt. Zusätz-

lich wurden mehrere blaue Farbflaschen an die Vorderfront geschleudert.

- Brandanschlag in der Nacht zum 26. Februar 2009 auf Funkwagen der Bundeswehr auf dem Gelände der BW-Vertragswerkstatt in der Zerbster Chaussee in Burg/S. in Sachsen-Anhalt. Dabei konnten drei BW-Fahrzeuge ausgemustert werden.

Diese militanten Aktionen stehen im Kontext unserer sozialrevolutionär-klassenkämpferischen und antiimperialistisch-internationalistischen Linie, die wir seit Jahren auf einer kommunistischen Grundlage im Rahmen des Aufbaus einer militanten Plattform forcieren. Angriffe auf Einrichtungen der Sozialtechnokratie, wie sie sich beispielhaft in Aktionen gegen Jobcenter und „Sozial“gerichte ausdrücken können, sowie auf imperialistisches Kriegsmaterial sehen wir als zentrale Zielobjekte an, um unserer Synthese von sozialer Revolution und Antiimperialismus u.a. auf dem Feld praktischer Interventionen Leben einzuhauchen. Unsere damit verbundene grenzüberschreitende „Extra-Legalität“ hat nichts Fetischistisches; sie ist völlig profan: als revolutionär-proletarische Linke verstehen wir den internationalen Klassenkampf, um den Horizont der sozialen Revolution weltweit aufzumachen, nicht als bloßen Klassenkampf, sondern er ist ein Mittel zur Befreiung der Menschheit. Kompromisse verdunkeln gerade diese Seite des internationalen Klassenkampfes, und deshalb sind diese, trotz aller momentanen und mitzunehmenden tagespolitischen (Teil-)Erfolge, in Anbetracht des intendierten Endzwecks nicht stets ein Trittbrett für den nächsten Schritt, weil potentiell eine „Hilfe“ für einen Fehltritt. Die Legitimität unseres Tuns erklärt uns z.B. auch der Kollege Vertreter der Kritischen Theorie: „Aber ich glaube“, so Herbert Marcuse, „daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen – nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen (...) Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie



Brand am Potsdamer Sozialgericht

Direktor vermutet politischen Hintergrund

Das Potsdamer Sozialgericht in der Rubensstraße wurde in der Nacht zu gestern offenbar vorsätzlich in Brand gesteckt. Dabei entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 10 000 Euro. Die unbekannten Täter hätten die hölzerne Doppeltür auf der Rückseite des Altbaus entflammt, sagte Johannes Graf von Pfeil, Direktor des Gerichtes, auf PNN-Anfrage. Das Feuer sei dann auf das darüberliegende Regendach übergesprungen und habe dieses stark beschädigt. Die Fassade sei rußgeschwärzt und auch der Teppich im Eingangsbereich des Treppenhauses angebrannt. Anwohner aus der Mangerstraße hätten kurz nach Mitternacht den Brand gesehen und die Feuerwehr verständigt. Diese rückte mit einem Löschzug aus und hatte nach knapp 40 Minuten das Feuer unter Kontrolle.

Sozialgerichtsdirektor von Pfeil bewertete den Brand als Anschlag mit „linksautonomen Hintergrund“, da an den Wänden des Gebäudes Farbschmierereien entdeckt worden seien. Unter anderem stehe dort in schwarzen Lettern „Rotfront“ und „Klasse gegen Klasse“, wobei das letzte Doppel-S mit Dollarzeichen geschrieben worden sei.

Die Polizei wollte gestern zunächst nicht bestätigen, dass es sich bei dem Brand um einen politisch motivierten Anschlag handele. Es werde erst einmal überprüft, ob die Schriftzüge tatsächlich aus der Tatnacht stammen oder womöglich zu einem früheren Zeitpunkt angebracht worden seien, sagte ein Sprecher. Und: Es werde in viele Richtungen ermittelt, unter anderem auch zum Verdacht der Brandstiftung. Der Staatsschutz habe die Ermittlungen übernommen. NIK/dap

15. Januar 2009 Potsdamer Neueste Nachrichten

Rund 100 000 Euro Schaden / Polizei schließt Brandstiftung nicht aus

Flammen vernichteten drei Funkwagen der Bundeswehr

Einen Sachschaden von geschätzten 100 000 Euro richtete in der Nacht zum Donnerstag ein Feuer auf dem Gelände einer Autowerkstatt in Burg an. Drei abgestellte Bundeswehr-Kleintransporter brannten teilweise komplett aus.

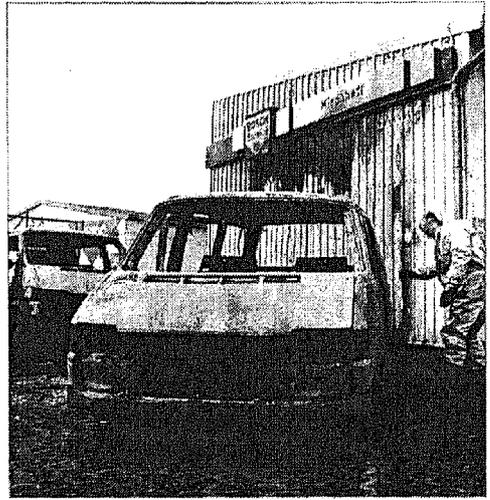
Von Thomas Höfs

Burg. Eine Streifenwagenbesatzung hatte kurz vor 1 Uhr gestern früh den Brand auf dem Hof der Werkstatt in der Zerbst-Chaussee bemerkt und die Rettungsleitstelle informiert. Als wenige Minuten später die Bürger Feuerwehr eintraf, brannten zwei der drei nebeneinander abgestellten Bundeswehr-Transporter in voller Ausdehnung. Mit mehreren Strahlrohren gingen die Feuerwehrleute vor, um den Brand zu löschen. Außerdem drohten die Flammen auf das angrenzende Werkstattgebäude überzugreifen.

Nach einer halben Stunde hatten die Feuerwehrleute den Brand unter Kontrolle. Ebenso verhinderten sie, dass sich das

Feuer auf das Werkstattgebäude ausdehnte. Werkstattbesitzer Klaus Kirchhoff eilte noch in der Nacht zu seinem Betrieb und sah sich das Ausmaß des Feuers an. Gestern kamen Fachleute des Landeskriminalamtes in die Kreisstadt, um sich ebenfalls ein Bild zu machen. Heinz Fiedler, Sachverständiger des Landeskriminalamtes, nahm die drei Fahrzeuge genau unter die Lupe und suchte nach Hinweisen, die das Feuer erklären. Brandstiftung schließt er nicht aus.

„Wir ermitteln in alle Richtungen“, bestätigte Burgs Reviersprecher Ralph Völker. „Sowohl ein technischer Defekt als auch ein politisch motivierter Hintergrund können zurzeit nicht ausgeschlossen werden“, teilte er mit. Die Fahrzeuge, die zur Reparatur in dem Kfz-Betrieb waren, sind spezielle Funkwagen. Die Polizei bittet um Mithilfe. Wer verdächtige Personen an der Werkstatt in der Nacht zum Donnerstag gesehen hat, wird gebeten, sich bei der Bürger Polizei unter der (0 39 21) 92 02 92 zu melden.



Sachverständiger Heinz Fiedler untersucht ein Fahrzeug. Foto: T. Höfs

27. Februar 2009 Volkstimme Magdeburg

Brand- und Farbanschlag gegen Arbeitsagentur

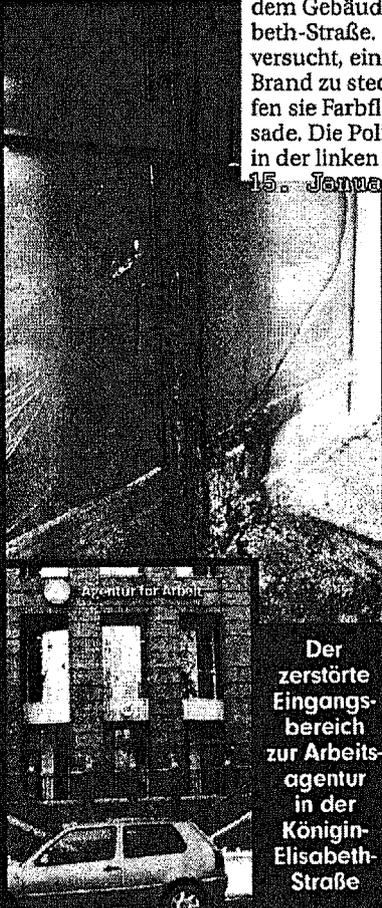
Auf ein Haus der Bundesagentur für Arbeit in Charlottenburg haben Unbekannte in der Nacht zu gestern einen Anschlag verübt. Laut Polizei bemerkte der Hausmeister gegen sieben Uhr die Schäden an dem Gebäude in der Königin-Elisabeth-Straße. Unbekannte hatten versucht, eine Eingangstür in Brand zu stecken. Außerdem warfen sie Farbflaschen gegen die Fassade. Die Polizei vermutet die Täter in der linken Szene. *(kop.)*

15. Januar 2009 Berliner Zeitung Nr. 12

15. JANUAR 2009 * BILD BERLIN

Brand-Anschlag aufs Arbeitsamt

Charlottenburg - Die Tür ist teilweise verkohlt, Farbe klebt an der Fassade! Brandanschlag auf das Gebäude der Arbeitsagentur in der Königin-Elisabeth-Straße. Vandalen hatten in der Nacht versucht, den Eingang anzuzünden. Dann warfen sie Farbflaschen auf das Haus. Ein Hausmeister bemerkte gegen 7 Uhr die Schäden (Höhe unklar). Verletzt wurde niemand. Weil ein politischer Hintergrund der Tat in Betracht komme, ermittelt der Polizeiliche Staatsschutz.



Der zerstörte Eingangsbereich zur Arbeitsagentur in der Königin-Elisabeth-Straße

Brand am Sozialgericht

10 000 Euro Sachschaden

POTSDAM. Bei einem Brand am Gebäude des Sozialgerichts in Potsdam ist in der Nacht zu gestern ein Sachschaden von 10 000 Euro entstanden. Wie die Polizei mitteilte, brannten an der Hintertür des Gebäudes mehrere Holzpaletten und eine Mülltonne. Menschen wurden nicht verletzt. Gerichtsdirektor Johannes Graf von Pfeil sprach in einer Mitteilung von einem Brandanschlag: „Der Anschlag scheint ausweislich angebrachter Schmierereien an den Wänden einen linksautonomen Hintergrund zu haben.“ Ein solcher Anschlag liege insofern neben der Sache, als gerade das Sozialgericht dafür Sorge, dass die sozialen Rechte der Bürger garantiert würden. Die Polizei wollte sich nicht zum möglichen Hintergrund der Tat äußern. *(dpa)*

15. Januar Berliner Zeitung Brandenburgteil

gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.“ Und das, was für „unterdrückte und überwältigte Minderheiten“ gilt, gilt umso potenziierter für die proletarische Mehrheit auf diesem Globus.

So, damit sollte die üble Nachrede ein Ende haben, dass wir als Gruppenzusammenhang geschlagen sind. Unlebendig hört sich anders an und sieht auch anders aus. Wir machen weiter, auch wenn sich einige „Koordinaten“ verschoben haben bzw. verschieben mussten, um unserem Projekt neuen Elan zu geben. Ein energisches Eintreten für ein Projekt kann aber nur vorliegen, wenn es der Überzeugung aller Teilnehmenden entspricht. D.h. nicht, dass das Engagement in einem Kollektiv vom persönlichen Befinden abhängen kann, allerdings bleibt es matt, wenn es hauptsächlich perspektivlos erscheint, weil die permanenten Grenzerfahrungen alles an partiellem Aufbruch überlagern. Aber, das sich kollektivierende Gefühl, zusammen am richtigen und gleichen Strang zu ziehen, schafft interne Geschlossenheit und reproduziert die Gruppenstruktur auch in angespannten Situationen. Kleine militante Eingriffe, die z.B. imperialistische Kriegsgüter sabotieren, haben eine Balsam-Wirkung; welcher klandestine Zusammenhang bräuchte so etwas nicht? Und sowieso: Die Puste zum Weitermachen haben wir allemal, das ist sicher, auch wenn wir mal ein oder zwei Atempausen einlegen müssen.

Insbesondere eure Ausführungen zum explizit militanten Teil eures Engagements unterschreiben wir natürlich vollkommen. Trotz unserer „redaktionellen Neutralität“ gestattet wir uns einmal diesen Herzensschrei.

Ansonsten befinden wir uns hier immer noch im Unklaren. Nachdem ihr früher jede sich bietende oder nicht bietende Gelegenheit genutzt habt, um das interessierte Publikum wissen zu lassen, welche Inhalte bei euch im Mittelpunkt stehen, welche Aktionsformen ihr bevorzugt und welche organisatorische Ausrichtung euer Projekt annehmen soll, wirkte diese lange Pause auf uns schon eigentümlich.

Ihr erklärt nun, dass ihr in der Zeit internen Komplikationen ausgesetzt ward, die euch daran gehindert haben, euch kollektiv zu äußern, euch aber nicht davon abgehalten haben, weiterhin zu agieren. Wir wollen gerne verstehen, dass es euch als eine den Umständen angemessenere Taktik er-

schien, die Bekennung zu euren neueren Aktionen zeitlich zu verschieben. Doch dann ist da wiederum diese Anspielung, euer Projekt sei „historische Erscheinung“... Gestattet uns das vielleicht penetrante Herumreiten auf der Frage: Gibt es euch nun noch, oder gibt es euch nun nicht mehr?

Gut, ihr wollt an diesem Punkt nicht locker lassen. Offenbar reicht euch unsere Antwort auf eure Einstiegsfrage nicht. Damit habt ihr auch recht. Unsere bisherigen Ausführungen sind tatsächlich bislang etwas kryptisch. In unserem Text „Millitanz ohne Organisation ist wie Suppe ohne Salz“- Abschlussworte zur Militanzdebatte -“ haben unter dicken Führungszeichen etwas von einem „temporären strategischen Rückzug“ erzählt. Da ist schon eine Menge Subtext drin, der sich aber, zugegeben, nur zum Teil selbst erklärt. Im Grunde waren die vergangenen Monate Tief- und Brennpunkt unserer Gruppengeschichte zugleich. Die intensiven Diskussionen und Auseinandersetzungen (einschließlich der vielen Eindrücke und Forderungen von außen), die uns ein ums andere mal an den Rand des Kollaps gebracht haben, haben letztlich zum angepeilten Ziel geführt, was eigentlich seit unseren letzten Militanzdebattenbeiträgen für uns zur Disposition stand: Die Transformation unseres Projektes.

Diese für viele GenossInnen bestimmt nachvollziehbare Schwellenangst, die wir seit etwa drei, vier Jahren unbewältigt vor uns her geschoben haben, ist vor allem durch die Repressionswelle im Kontext des besagten G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern 2007 für uns zu einer existenziellen Bedrohung geworden. Nicht, dass unsere Struktur durch die Zerschlagungsversuche von klandestinen Zusammenhängen durch BAW/BKA direkt tangiert worden wäre. Nein, dass, was uns getroffen hat, ist die Bugwelle, die (ein weiteres mal) Grundsatzenfragen anschwemmte, an denen wir nur noch durch eine Projektbeendigung hätten vorbeigehen können. Das, was mit der Bugwelle unaufhaltsam auf dich als Kollektiv zukommt, ist in seiner Mittelbarkeit kaum weniger für den Gruppenzusammenhang gefährdend als ein direkter Repressionsschlag selbst. Das Subtile ist die Verzögerung, mit der dich die (mittelbare) Repression einholt und im Innenleben des eigenen Zusammenhangs auswirkt. Der Angriff auf unsere Strukturen, auch wenn er es in der Regel an Zielgenauigkeit vermissen lässt, was unter Umständen auch beabsichtigt ist,

um vor allem ein vermeintliches Umfeld zu verunsichern, ist mitunter ein Katalysator, der das immer wieder Zurückgestellte und Verschobene ganz weit oben auf den Merktzettel setzt – mit Penetranz, so dass es kein Ignorieren mehr gibt.

Eine weitere einschneidende Auswirkung von Repression ist, wenn der Zugriffsvorstoß aus dem Staatsapparat am eigenen Kollektiv zwar vorbeigeht, aber andere klandestine Strukturen attackiert. Da wir seit 2001 für die Initiative des Aufbaus einer Plattform militanter und klandestiner Zusammenhänge stehen, haben wir uns auch verantwortlich gegenüber GenossInnen zu verhalten, die nicht struktureller Teil unseres eigenen Zusammenhangs sind. Und wenn wir dafür herhalten müssen, dass GenossInnen mit dem Sortiment staatsterroristischer Instrumentarien bearbeitet werden, dann geht dieser Vorgang auch uns etwas an. Da ist zum einen eine aktive Solidarisierung gefragt und zum anderen ein verbesserter organisierter Selbstschutz als revolutionäre Linke im allgemeinen und unserer klandestinen Strukturen im besonderen. Da ist enorm viel Klein-Klein zu erledigen, das extrem zeitaufwendig ist.

Also, aufgrund dieser Gemengelage hieß es für uns: Konfrontation nach innen. Die Ergebnisse unseres Reflexions- und Umgruppierungsprozesses, unserer Transformation, können und wollen wir in diesem Interview nicht einmal partiell darlegen. Denn ein Ergebnis unserer Nachbetrachtung ist, dass wir in den Vorjahren zu viel an Viertel- und Halbschritten unsererseits veröffentlicht haben, die wir gegangen sind bzw. gedachten zu gehen. Neben der erforderlichen Informierung von SympathisantInnen außerhalb unseres Kreises und in unsere Klasse hinein ist damit den Staatsschutzorganen ein Übermaß an Wissen in die Hand gegeben worden. Wir werden in Zukunft stärker abzuwägen haben, was nach draußen kundgetan und vermittelt wird. Im Zweifelsfall werden wir uns wesentlich stärker bedeckt halten, als es in der nahen Vergangenheit unser Verhalten war. Durch diese zu korrigierende Umgangsweise haben wir die von uns immer so stark reklamierte Klandestinität in Teilen durchlöchert und den Planungsstäben im Apparat einen Fächer von Spekulationsmuster auf den Tisch gelegt, die zu Interpretationen geradezu einladen müssen. Soweit es uns möglich ist, werden wir dem einen Riegel vorschieben.

So, jetzt festhalten oder eine Sitzposition mit Lehne einnehmen. Wir beginnen mit einem scheinbaren Widerspruch: Wir lösen uns heute und hier mit diesem Bei-

trag als (mg) auf! Von nun an ist die (mg) in die Widerstandsgeschichte der revolutionären Linke in der BRD eingegangen. Es gibt von nun an nur noch eine ex-(mg); und demzufolge auch nur noch ehemalige Mitglieder der (mg). Momentan befinden wir uns im „Stadium des Ehemaligen“, ausgestattet mit einem umfangreichen inhaltlich-ideologischem Rüstzeug (inklusive aller Widersprüche und Leerstellen), einer langen Kette von militanten Aktionserfahrungen und verschiedenen organisatorischen Versuchen des Strukturaufbaus und der entsprechenden re-produktiven Absicherung. Und das, was dem „Stadium des Ehemaligen“ folgt, kommt erst noch.

Als DialektikerInnen ist es selbstverständlich unsere Aufgabe, dass wir nicht unser Projekt selbst demontieren und uns als Individuen in alle Himmelsrichtungen demobilisieren. Nein, wir überführen es in eine erweiterte strukturelle Form – wir haben es, wie wir hoffen, perspektivisch auf eine höhere Stufe zu stellen verstanden. Unsere mehrjährigen Erfahrungen, einschließlich ihrer Grenzen und Potentiale, in der inhaltlichen Diskussion, der Umsetzung praktischer Interventionsformen, des organisatorischen Strukturaufbaus und dessen Reproduktion lassen diesen Schritt zu, nicht nur zu, sondern machen ihn mit Blickrichtung nach vorn notwendig. Alles andere wäre ein Konservieren des bisherigen Standes und liefe auf eine Stagnation des komplexen revolutionären Aufbauprozesses hinaus. Und Stagnation ist auf Sicht gesehen immer ein Rückschritt auf Raten, ein sich nicht selbst eingestandener Verfall von Strukturen; einmal davon abgesehen, dass sich auch aller ehemals vorhandener Esprit verflüchtigen würde. Mit diesen Zeilen ist ausdrücklich der Aufruf verbunden, dass sich jene GenossInnen, die sich mit uns in den vergangenen Jahren solidarisch gezeigt haben und jene, die mit der von uns entwickelten konzeptionellen Orientierung politisch eine große Schnittmenge haben, Verantwortung übernehmen. Und zwar wesentlich mehr, als die Jahre zuvor, da wir uns nicht mehr als „Alleinunterhalter“ betrachten wollen. Die partielle Abtretung von Verantwortung der einen fällt mit der verstärkten Übernahme von Verantwortung der anderen zusammen. Mit dieser tendenziellen Öffnung des Projektes gehen wir Risiken und Chancen zugleich ein. So bewegt sich jeder anvisierte Aufbruch zwischen zwei Polen: Eine personell-strukturelle Stärkung des Gesamt-Projektes verspricht dann einzutreten, wenn ein erweiterter Raum eröffnet wird, der mit (neuen) praxisorien-

tierten Ideen zu füllen ist. Ein Projekt kann aber nur an Stabilität und (!) Elastizität gewinnen, so lange sich nicht Divergenzen potenzieren, sondern die kollektive Tragfähigkeit ausgebaut wird. Das ist der konkret einzuleitende Prozess, durch den man aus dem „Stadium des Ehemaligen“ zu „neuen Ufern“ zu gelangen hofft.

OK. Schluss mit den semi-mystischen Anspielungen. Wir wissen, unsere Ausführungen zur Beendigung des (mg)-Projektes fallen hiermit relativ lapidar und abstrakt aus. Der Nebel, der um unsere Weiterexistenz gelegt ist, wird sich im Laufe der Zeit mehr und mehr verziehen und das, was wir hier andeuten wird sichtbar werden. Allerdings nehmen wir dieses schriftliche Interview schon zum Anlass, um neben der Rückschau auch einen Ausblick zu skizzieren, auch wenn er aufgrund des wesentlich größer geschriebenen Selbstschutzes an „Tiefgang“ an dieser Stelle erst einmal einiges zu wünschen übrig lassen wird und wir uns in der Hauptsache mit allgemeingültigen organisatorischen und strukturellen Fragestellungen befassen werden. Nun gut, wir werden dennoch, wenn wir auf euren Fragenkatalog blicken, den einen oder anderen vor allem organisatorischen Bezugspunkt streifen.

Zugegeben, das hatten wir in der Form oder an der Stelle nicht erwartet. Halten wir also fest, dass es die (mg) fortan nicht mehr gibt. Das wird sicher einiges an Diskussion auslösen und letztlich erneut Anlass zu den wildesten Spekulationen bieten. Auch euer dialektisches Paradox wirkt erst einmal weitere Fragen auf. Ihr scheint zu sagen: „Es gibt uns nicht mehr, aber es gibt uns noch.“ Wie lässt sich da etwas Licht hineinbringen, ohne dass ihr zu viel preisgibt?

Wir können absolut nachvollziehen, dass ihr künftig mit Informationen struktureller bzw. organisatorischer Art weniger freigiebig sein wollt. Dennoch sind wir – und sicher auch unsere LeserInnenschaft – jetzt erst recht gespannt zu erfahren, wie es ohne euch mit euch weitergehen soll. Zumal ihr nicht den Eindruck vermittelt, desillusioniert zu sein oder alles hinschmeißen zu wollen. Liegen wir da richtig?

Grundsätzlich liegt ihr da richtig. Das vorab. Desillusionierung, gepaart mit einer melancholischen Grundstimmung, ist ein Phänomen des Metropolen-Luxus, von dem wir hoffentlich meilenweit entfernt sind. Die Hände in den Schoß zu legen und der Dinge, die da kommen, zu harren,

ist nicht unsere Sache. Dafür lodert in uns zu viel, so viel, dass wir uns regelmäßig selbst zügeln müssen, um nicht in die Falle des „Schnellschusses“ zu geraten, denn verpuffende Initiativen hinterlassen nur kurz aufsteigenden Qualm und nichts Nachhaltiges an „Flammenmeer“.

Zum eigentlichen Punkt: Wir möchten eingangs, um uns der Beantwortung dieser Frage in kleineren Sprüngen zu nähern, einige Grundüberlegungen zum Themenbereich Organisation und Organisation voraus schicken. Warum ist die beliebte und verschmähte Frage des strukturellen Aufbaus eines organisatorischen Rahmens so zentral?

Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass wir aus dem Raster eines selbstgefälligen Zirkelwesens einer politisierten Subkultur raus müssen. Ziel kann es nur sein, allmählich die eigenen Kräfte anwachsen zu sehen und durch ein Aktivsein immer mehr Interessierte und Sympathisierende in den unterschiedlichen Feldern, die der organisatorische Rahmen hergibt, einzubinden. Damit kennzeichnen wir die Linie, die wir für uns immer verbalisiert, aber wenig realisiert haben. Wir sehen es vor allem als essentiell an, um an unsere „Abschlussworte zur Militanzdebatte“ anzuschließen, aus der Enge der Fragestellung um Militanz herauszukommen, d.h. die Ebene eines „militanten Reformismus“ bzw. „Militantismus“ zu verlassen und eine Debatte um eine klassenspezifisch-proletarische Organisation und eine daraus resultierende Organisation aufzunehmen. Insbesondere mit dem „militanten Reformismus“ bzw. dem „Militantismus“ bezeichnen wir eine falsche Haltung und verfehlte Handlungsweise, die das Kriterium von Militanz in den argumentativen Fokus setzt, um in diesem herum eine (reformistische) Politik entwickeln zu wollen. Kaum verwunderlich, dass mit dieser „Konzeption“ auch uns die Quadratur des Kreises nicht gelingen konnte.

Was meinen wir genau damit? Wir entlehnen den Begriff des „militanten Reformismus“ dem des „bewaffneten Reformismus“. Dieser Begriff wurde z.B. auf (trikontinentale) Befreiungsorganisationen und -bewegungen angewendet, bei denen der begründete Verdacht bestand, dass sie den bewaffneten Kampf primär deshalb aufrecht erhalten haben, um eine stärkere Verhandlungsposition bei „Friedensgesprächen“ mit offiziellen Regierungsstellen einnehmen zu können. Das Niederlegen der Waffen und die (kontrollierte) Abgabe derselben wurde zur Verhandlungsmasse, um im Gegenzug bspw. politische Gefangene frei zu bekommen, eine Integration der Gueril-

leinheiten in das staatliche stehende Heer zu erwirken oder die Zusage für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu erhalten. Wir wollen uns nicht anmaßen, die Taktik des „bewaffneten Reformismus“ pauschal zu verurteilen, mitunter ist es in einigen Ländern faktisch nur möglich, über den bewaffneten Kampf Nahziele zu formulieren und im Erfolgsfalle durchzusetzen. Allerdings steht bei einer derartig vorgenommenen Auslegung des bewaffneten Kampfes kaum mehr eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund; dieser 'bewaffnete Kampf' ist angelegt, ohne größere Anstrengungen durch das Establishment absorbiert zu werden. Damit erhalten taktische und operative Methoden der bewaffneten Propaganda oder des Guerillakampfes eine Entwertung als Etappen einer revolutionären Politik, die aufs Systemganze zielt.

Gut, und jetzt zur begrifflichen Übertragung: Ein „militanter Reformismus“ steht dafür, dass versucht wird, mit der Drohung oder Ausführung von militanten Aktionsformen Druck auf Dritte, bspw. im Kontext ökonomischer Tagesfragen (z.B. Forderung nach Arbeitsplatzert halt bei bestreikten Unternehmen, Schikanen auf dem Jobcenter), auszuüben. Militanz verkommt zu einer (zumeist verbalen) Drohkulisse, um Missstände zu bemängeln und Rechte einzufordern. An sich kein Problem, aber wenn wir von „Militanz als eigenständigem Faktor“ sprechen, dann sehen wir dies vor dem Hintergrund, dass wir einen gesamtorganisatorischen Rahmen etablieren müssen, in dem u.a. militante Politik als ein Eckpfeiler von revolutionärem Widerstand verankert ist. Zu sehr ist das „ordinäre“ Militanzverständnis auf eine Praxis reduziert, um etwas einzuklagen, das besser über nicht-klandestine Mittel und Methoden zu vermitteln wäre. Falls doch auf militante Aktionsformen zurückgegriffen werden sollte, dann stellt sich vor allem die Frage nach der „Dosierung“ an. Das Ablegen eines Brandsatzes an einem spezifischen Ort oder Objekt ist nicht voraussetzungslos ein Qualitätsmerkmal klandestiner Aktivität. Tja, und der „Militantismus“ ist eine Art der Volendung des „militanten Reformismus“ und droht faktisch gänzlich zu einem Politikersatz zu werden.

Außerhalb jedes Vermittlungsverhältnisses steht dabei die narzisstische Brandsatzlegerei des „Nobelkarosentods“. Im „Militantismus“ ist zumindest noch eine Restspur von Politik zu entdecken, wenn auch als Ersatzhandlung, aber die alla-

bandliche alternative Freizeitbeschäftigung des automobilen Herumzündelns trägt nur noch zur Diskreditierung von militanten und klandestinen Aktionsformen bei. Über eine gewisse Zeit haben wir diese Form des nächtlichen Streifzuges noch als eine Lektion des zu erlernenden Umgangs mit Brandsatzmitteln für uns als annehmbar zu interpretieren versucht. Das gelingt uns seit geraumer Zeit nicht mehr; die negativen Begleitumstände dieses falschen Feuerzaubers sind für uns zu mächtig (relative Wahllosigkeit der „Objektauswahl“, verkolhte „Beifänge“ von daneben abgestellten PKWs, selbst geöffnetes Einfallstor für eine breite mediale Hetze etc.), als dass wir dieses sinnlose Tun tolerieren wollen. (Das heißt überhaupt nicht, dass wir uns keine Gedanken zur klassenspezifischen Vertreibungspolitik in (sub-)proletarischen Wohnquartieren machen; Gentrifizierung ist auch für uns als revolutionäre KommunistInnen, da wir uns innerhalb unserer Klasse bewegen, ein zentrales Thema und der Erhalt von erkämpften politischen, sozialen und kulturellen Freiräumen ist u.a. ein Gradmesser für unsere Verteidigungsfähigkeit als revolutionäre Linke insgesamt).

In unseren Ausführungen zur Militanzfrage schwingt eine große Portion Selbstkritik mit, auch die, dass es uns und anderen GenossInnen nicht möglich war, so viel Einfluss geltend zu machen, dass bspw. dieser Abfackelwettbewerb von „Nobelkarossen“ eingestellt wird. Wir haben jahrelang darauf geguckt und darauf hin gearbeitet, dass sich unsere Existenz als (mg) in erster Linie militant ausdrückt. Die Bestimmung unseres „Seins“ lief im Ergebnis überproportional darüber. Hierin sehen wir mehr und mehr einen Hinweis unserer „revolutionären Ungeduld“ und unseres voluntaristischen Habitus'. Zentral ging es uns um die organisatorische Umhüllung von praktisch geronnener Militanz; klar, alles inhaltlich schön verpackt, aber letztlich stand das planmäßige Abwerfen und halbwegs geschickte Platzieren des Brandsatzes im Mittelpunkt. Zudem haben wir unsere militante „Schlagzahl“ in den letzten Jahren deutlich erhöht; damit ging nicht immer eine höhere Präzision und „bessere“ Qualität der Anschlagsziele einher. Z.T. haben wir uns in einer Art Hamsterlaufrad befunden, militante Aktion folgte auf militante Aktion und dazwischen stets irgendwelche Texteschübe und Beipackzettel. Eine faktische Schwerpunktsetzung von Militanz, die uns immer fragwürdiger vorkommt, da wir (eigentliche) Kernthemen damit an den Rand drängen.

Kernthemen, die die Organisierung und Organisation an und für sich betreffen und weit über den politisch legitimierten Akt der militanten Unternehmung hinausreichen. Aus unserer Sicht reicht auch unsere bisherige Intention, von einer temporären, punktuellen militanten Praxis zu einer umfassenden militanten Politik zu finden, nicht mehr gänzlich aus, um sich aus diesem Fallstrick herauswinden zu können. Wir bleiben so tendenziell in der Eindimensionalität der Militanz gefangen und kommen nicht in die Breite, die wir brauchen, wenn wir von einer organisierten proletarischen Klassenpolitik reden wollen, Ja, und genau das wollen wir nachdrücklich tun.

Ach, werden nicht wenige GenossInnen sagen, überhaupt nichts Neues. Ja, stimmt. Und dennoch bringt uns allein die Erweiterung der Fragestellung auf eine neue Weggabelung. Denn „es wird die Frage gestellt, ob die organisatorischen Mittel des Umsetzens der Theorie in die Praxis die richtigen gewesen sind“, so der Genosse Georg Lukacs zum „Methodischen der Organisationsfrage“. Insbesondere befinden wir uns im Spannungsbogen von Spontaneität und Organisation. Ebenfalls eine uralte Kontroverse, die für uns, da ungeklärt, in den letzten Jahren immer virulenter wurde.

„Der Gegensatz zwischen Spontaneität und Organisation“, so der Rätekommunist Paul Mattik, „wird so lange bestehen, wie es eine Klassengesellschaft gibt – und den Versuch, sie hinter sich zu lassen“. Ein Aphorismus, der uns nicht genügen kann, zumal wir hier keinen Gegensatz konstruieren, denn ein variables, vor allem dialektisches Verhältnis erkennen wollen. Genau dies ist aus dem Munde des „politischsten“ Vertreters der Kritischen Theorie, Herbert Marcuse, zu entnehmen: „Sicher kann in der repressiven Gesellschaft und gegen ihren allgegenwärtigen Apparat Spontaneität als solche unmöglich eine radikale und revolutionäre Kraft sein. Sie kann zu einer solchen nur werden durch Aufklärung, Erziehung und politische Praxis, und sie wäre in diesem Sinn tatsächlich das Ergebnis von Organisation.“

Georg Lukacs schreibt in Bezug auf dieses vertrackte Wechselverhältnis in der Debatte um Rosa Luxemburgs Einschätzung der Oktoberrevolution und der Partei-Konzeption der Bolschewiki: „Rosa Luxemburg hat sehr richtig erkannt, dass 'die Organisation als Produkt des Kampfes entstehen' muss. Sie hat bloß den organischen Charakter dieses Prozesses überschätzt und die Bedeutung des bewussten, bewusst-organisator-



ischen Elements in ihm unterschätzt.“ Der Hintergrund für Rosa Luxemburgs Überschätzung des Faktors der Spontaneität und ihre Unterschätzung des Faktors der Organisation liegt wahrscheinlich in der Notwendigkeit, im unmittelbaren Kampf gegen die reformistische Kanalisierung von antagonistischem Widerstand die Spontaneität als den ersten Schritt bei jedem revolutionären Aufbruch zu betonen. Diese erste, unumgängliche Phase im proletarischen Kampf setzte sie vor schnell mit dem kompletten Kampfgeschehen gleich. Wer/welche Spontaneität zu einem unter allen Bedingungen wirksamen, jederzeit erfolgversprechenden Mechanismus formalisiert, drückt damit allerdings nur die andere Seite des bürokratischen Organisationsmodells aus. Und das wollen wir auch nicht als Ansatz verfechten, der sich als konsequente Ablehnung von „Dogmatismus“ geriert, aber nur den Vorzeichenwechsel unreflektiert fixiert.

Wir denken, dass es den Rahmen dieser Frage-Antwort-hin-und-her einfach sprengt, wenn wir mit unserem Halbwissen weiter seminaristisch referieren würden. Wir haben eh schon lang und breit ausgeholt. Deshalb setzen wir an dieser Stelle einen dicken Punkt. Sinnvoller finden wir es zudem, bei den folgenden Fragen nach real existierenden Vorlagen von Organisationsmodellen tiefer und sozusagen lebensnah in die Materie einzusteigen.

Lasst uns noch einmal auf die Frage der staatlichen Repression zurückkommen. Das Interesse, revolutionären Widerstand zu zerschlagen, ist selbstredend herrschaftsimmanent. Das dafür benötigte Instrumentarium wird in den Plenarsälen des Parlamentarismus maßgefertigt und den entsprechenden Abteilungen des Staatsapparates funktionsbereit in die Hand gelegt. Das ist gezwungenermaßen der Lauf des kapitalistischen Systems und wird sich daher auch nicht ändern.

Wir dürfen uns jedoch nicht damit begnügen, zu prophezeien, dass die staatliche Repression regelmäßig versuchen wird, uns als radikale und revolutionäre Linke zu treffen. Welche Vorkehrungen können oder müssen wir also treffen, damit Repressionsschläge ins Leere laufen, oder zumindest in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden?

Dass uns staatliche Repression ansteuern und zu (zer-)schlagen versuchen wird,

meinen wir gar nicht so lakonisch, wie es in eurer Frage als Unterton mitschwingt. Wir stellen das zunächst einmal nur fest. Und vor allem ist in dieser Zwangsläufigkeit eine „innere Logik“ verpackt. Wir wollen das mit Hilfe eines Beispiels verdeutlichen. Ist die Rede von der 'Klassenjustiz' eine schwammige Etikettierung, die nur noch als anachronistisch wahrgenommen werden kann? Fangen wir in gewohnter Weise ganz klassisch an: Genosse Karl Liebknecht verstand unter Klassenjustiz „die gesellschaftliche Erscheinung, dass das Richteramt nur von Angehörigen der herrschenden Klassen oder Klasse ausgeübt wird. Solche Richter vermögen, wenn sie über Angehörige anderer Bevölkerungsschichten zu befinden haben, naturgemäß nicht objektiv zu urteilen.“ Mehrere Kriterien macht er diesbezüglich fest: in der Prozessführung selbst, in der Angehörige der proletarischen Klasse(n) schlechter behandelt werden als Personen mit „seriösem“ klassenmäßigen Hintergrund; in der einseitigen Auffassung des Beweisführungsmaterials und der entsprechenden nachteiligen Würdigung des Tatbestandes; in der durch den Klassenstandort der RichterInnen stark beeinflussten Auslegung der Gesetze; in der expliziten Härte der Strafen gegen politisch und sozial Missliebige und in der Milde und dem Wohlwollen gegenüber Angehörigen der herrschenden Klasse. Eine am „Sozialprofil“ der RichterInnen orientierte Definition, wie sie Liebknecht hier darlegt, scheint als Erklärungsmuster der Genese der Klassenjustiz ziemlich unzureichend. Es bleibt festzuhalten, dass der Begriff „Klassenjustiz“ oft Verwendung fand, um auf den Klassencharakter der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung und damit verbunden auf den Klassencharakter des Justizapparates hinzuweisen. Die argumentative Unschärfe, die mit dieser Begriffsverwendung einher ging, resultierte daraus, dass „Klassenjustiz“ viel zu sehr auf die Sphäre der Rechtsanwendung fixiert wurde. „Klassenjustiz“ dokumentiert sich nicht vordergründig in als Fehlurteile definierte Richtersprüche; Klassenjustiz ist die Justiz, die eben keine andere Funktion hat, als die kapitalistischen Ausbeutungsinteressen und Verwertungsbedingungen zu garantieren. Dieser ureigenen Aufgabe hat sie systemisch nachzukommen, und sie unternimmt es folgerichtigerweise auch. Unterlässt sie es, hat sie vor allem politisch versagt.

Also, nicht dann, wenn bspw. Wirtschaftsverbrechen nicht oder in den Augen der Bevölkerung zu milde geahndet werden, ist der Begriff von Klassenjustiz an-

gebracht, sondern dann, wenn in der Abpressung von Mehrwert qua Gesetzesgrundlage kein Verbrechen gesehen wird. D.h., nicht die Analyse in Bezug auf die Zusammensetzung oder das Rekrutierungsfeld oder das Selbstverständnis der AkteurInnen im staatlichen Repressionsapparat macht den Klassencharakter sichtbar – sie erfasst nur ein an das Ideal der 'Rechtsstaatlichkeit' geknüpftes Glaubensbekenntnis – sondern nur in Verbindung mit der Klassenanalyse des Kapitalismus kann er hinreichend erklärt werden. Deshalb stellt es auch kein Paradoxon dar, wenn 'Unrecht' in den verfassungsmäßigen und rechtlich verbrieften Bahnen verläuft, „was übrigens oft auch geschieht“, so der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas.

Wir wollen an dieser Stelle mit Marx schließen, der den idealistischen JuristInnen ins Urteil schrieb, dass „sowohl die politische wie die bürgerliche Gesetzgebung nur das Wollen der ökonomischen Verhältnisse proklamieren und protokollieren.“ Damit haben wir hoffentlich genug Material vorgebracht, um argumentativ abgestützt sagen zu dürfen, dass Klassenjustiz „herrschaftsimmanent“ ist.

Zur Frage nach der anti-repressiven Vorkehrung: ganz kess würden wir sagen, sich am besten nicht erwischen zu lassen und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel zu haben. Aber Spaß beiseite, wir wollen ja weiterhin als ernsthafte Genossinnen gelten... Wir sehen uns hier aber nicht in der Lage, ein dezidiertes Handlungsmuster zu notieren, das man nur in der (gedanklichen) Tasche parat haben müsste, um repressionsfrei durchs klandestine Leben zu schreiten.

Lasst uns noch einen Aspekt im „Repressionsblock“ ansprechen, der uns doch seit einiger Zeit immer mal wieder stärker beschäftigt. In unserem Papier zum G8-Gipfel 2007 (vgl. Interim 649) haben wir geschrieben, dass wir als revolutionäre Linke im allgemeinen und als klandestine Zusammenhänge im besonderen aufpassen müssen, nicht als 'nützliche IdiotInnen' herzuhalten und von den repressiven Staatsapparaten auf eine ganz spezielle Weise funktionalisiert zu werden. Wir halten die These, dass Staatsschutzabteilungen einen kontrollierbaren Widerstand als Existenzberechtigung benötigen, für nicht sonderlich abwegig. Ein anderes Erklärungsmuster haben wir nicht, wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchem relativen Aufwand bestimmte Gruppierungen zu einem Popanz aufgeblasen oder gar faktisch erfunden werden, wie im Falle des konstruierten

GUDRUN ANDREAS und JAN in STAMMHEIM ERMORDET

ENSSLIN

DAADER

CARL RASPE



Solidarität

mit dem

Kampf der

politischen

Gefangenen

dh. den
antiimperialistischen
Widerstand
in den
Metropolen
aufbauen!



klandestin-militanten Gruppenzusammenhangs „militante Kampagne“ vor und während des G8-Gipfels. Dieser Moment, auch wenn er beileibe nicht ausschlaggebend war, hat uns mit dazu bewogen, unser Projekt zu beenden und zu transformieren. Wir haben keinen Bock mehr darauf, dass GenossInnen mit uns wohlwissend fälschlich in Verbindung gebracht und mit dem bourgeoisen Paragrafenzeugs überzogen werden. Die (mg) wird dafür nicht mehr als Rechtfertigungsfolie ausgelegt werden können.

Wir denken aber auch, dass es die BürokratInnen der Repressionsorgane vorziehen, tatsächlich aktive Militante bestimmter klandestiner Kerne dingfest zu machen. In Ermangelung dessen müssen dann allerdings GenossInnen den Kopf hinhalten, die unter welchen Umständen auch immer ins Fangnetz von BAW und BKA geraten sind. Richtig, wir denken dabei insbesondere an die drei Genossen, die sich, wie sie geschrieben haben, im Berliner Kammergericht die Arschbacken breit sitzen müssen. An dieser Stelle ist wohl die Gelegenheit gegeben, um zu sagen, dass damit die (mg) weder personell getroffen und schon gar nicht zerschlagen wurde. Die SchwadronerInnen der Harms-Griesbaum-Bande (HGB) und des Ziercke-Stadls müssen halt nachsitzen und sich noch mehr anstrengen, um uns zu lokalisieren. Dass der Staatsschutzprozess gegen die drei antimilitaristischen Linken ein Prozess ohne Beteiligung von uns (mg-)lerInnen ist, sollte sich schon daraus ablesen lassen, wie dieser Prozess, dessen Berichte wir natürlich zur Kenntnis nehmen, geführt wird. Wären GenossInnen aus unserem Gruppenzusammenhang bei den „BankdrückerInnen“ im sog. Sicherheitssaal 700 des Kriminalgerichts in Berlin-Moabit, dann wäre unser Verständnis von politischer Gefangenschaft und einer offensiven politischen Prozessführung als revolutionäre KommunistInnen für alle Interessierten unverkennbar und unüberhörbar zum Ausdruck gekommen.

Wir werden in diesem schriftlichen Beitrag vor dem Hintergrund des laufenden Verfahrens keine Diskussion über die Rolle von politischen AktivistInnen auf der „Anklagebank“ und jener der neben ihnen sitzenden AnwältInnen anstimmen. Nur soviel: die eine oder andere Textproduktion aus der Reihe der AnwältInnen in diesem Verfahren mutet äußerst skurril an. Da wird sich der Kopf über unsere interne Struktur zerbrochen und klandestine Gruppenmodelle entworfen, die, wenn's hochkommt, einen gewissen Unterhaltungswert besitzen, mehr aber

auch nicht. Nichtsdestotrotz erklären wir uns nachdrücklich mit den 'Brandenburg Three' solidarisch; sie haben in den vergangenen fast zwei Jahren durch ihre öffentliche Präsenz revolutionäre Politik verteidigt und sind in keiner Weise denunzierend aufgetreten.

Was müssen wir noch loswerden? Den eigentlichen Vogel schießen BAW und BKA ab: wir haben es mehrfach dick und knallrot unterstrichen, dass wir uns zu unseren militanten Aktionen bekennen! Erfolgt von uns kein Bekenntnis in Form einer Anschlagserklärung oder einem sonstigen O-Ton, dann haben wir damit nichts zu tun. Das erklären wir hiermit letztmalig! Das sollte genügen, um klar zu haben, dass der uns zugeschobene versuchte Brandanschlag auf BW-LKWs am 31.7.2007 in Brandenburg/Havel nicht in unserem „Planungsbüro“ eronnen und von dort ausgeführt wurde. Das, was uns beinahe kränkt, ist, dass man uns für so dusslig hält, alle Normen einer klandestinen Aktion zu verletzen, um schnurstracks in eine vorbereitete Bullenfalle zu tappen. Und außerdem: Wir sind es gewohnt, unsere von uns veröffentlichten Texte selbst zu schreiben und zu unterzeichnen. Bildungsmisere hin oder her. Dieses sog. Minihandbuch für Militante, von dem im Prozess gegen die drei Antimilitaristen die Rede ist, und das als Beleg einer Mitgliedschaft bei uns erhalten soll, kennen wir nicht. Nützlich und zweckdienlich dürfte ein solches Elaborat sein, gleichwohl, aber in unserer Schreibstube ist es nicht entstanden und schon gar nicht als „Fundstück“ frei Haus erhältlich. Wer weiß, vielleicht ist die Urhebererschaft bei einem weiteren „Muppet“-Pärchen zu suchen. Alles andere an Prosa ist eine Staatsschutzlüge, Spam. Mehr wird es daher zu diesem Sachverhalt aus unserer Feder nicht geben!

Nun gut, das war auch durchaus deutlich genug, und wir danken euch für diese notwendige Klarstellung. Anderes Thema: In verschiedenen Papieren deutet ihr eure ideologischen Prämissen an (und das Wort „andeuten“ ist hier kein Euphemismus). In eurem Selbstportrait hattet ihr ein breites Spektrum geöffnet, das von links-kommunistischen über rätekommunistischen bis hin zu syndikalistischen Anlehnungen reicht. Wir haben einige Mühe, da eine klare ideologische Linie zu erkennen, denn aus der von euch aufgemachten Bandbreite stechen so manche – nicht ganz banale – Unverträglichkeiten heraus (u. a. – doch darauf kommen wir später noch –

hinsichtlich der Frage der Partei-Form). Ein wenig Sarkasmus sei uns erlaubt: Habt ihr euch inhaltlich endlich einer Position angenähert, die den Namen „theoretisch-ideologische Linie“ verdient?

Oh, wir fühlen uns in diesem Moment tatsächlich ein wenig ertappt. Wir haben in diesem besagten Selbstportrait, und an der einen oder anderen Stelle auch, politische Strömungen der revolutionären Linken zusammen gemixt, die in entscheidenden Punkten unvereinbar sind. Die von uns suggerierte friedliche Koexistenz dieser z.T. grundverschiedenen theoretischen Ansätze kann auch nur in sehr oberflächlich gehaltenen Texten bestehen, im wirklichen politischen Leben krachen sie oft genug aneinander.

Wir sind jahrelang um zentrale inhaltliche Fragen, die unser ideologisches Fundament hätten bilden und uns (noch mehr) Selbstsicherheit hätten geben sollen, ständig herumgeeiert. Das ist uns in den letzten etwa zwei Jahren häufiger in die Kniekehlen gefahren, schmerzhaft, weil wir vorgespiegelt bekamen, wie luftig unsere Inhalte doch bei ideologischem Gegenwind waren.

Wir sind über das Sammeln und Zusammentragen von ideologischen Schnipseln, wie sie sich im ersten Teil unseres Epos' 'Bewaffneter Kampf – Aufstand-Revolution bei den KlassikerInnen des Frühsozialismus, Anarchismus und Kommunismus' dokumentiert finden, nicht hinausgekommen. Einige meinen uns gegenüber wohlwollend: immerhin, welche Combo hat das vor euch in dieser Dichte hinbekommen? Gut, das schmeichelt uns. Aber dafür haben wir uns niemals in die politische Arena begeben, um Schmeicheleien abzugreifen. Wir sind auch hier verdammt altmodisch, wir gucken nicht zu sehr auf das, was andere alles nicht absolviert haben, sondern wir messen uns an unseren eigenen Ansprüchen, die hoch sind und uns schon mehrfach beinahe erdrückt haben. Selbst eine angekündigte Fortsetzung unseres Epos' war uns rein kräftemäßig und zeitlich nicht möglich, obwohl es erst einmal nur galt, zu dokumentieren, um uns und anderen mit diesem Material eine Positionierung einfacher zu gestalten. Tja, eine weitere brachliegende Baustelle, und wir wissen derzeit nicht, wann wir die Energie und Zeit finden, diese fertig zu stellen. Aber um nicht alles im Nebulösen zu lassen: Wir haben uns trotzdem in der Lage gesehen, uns intern weiterzubilden und unsere ideologischen Kurven zu begradien. Des 'Undogmatismus' wegen poten-

zieren wir aber erst einmal unsere ideologische Konfusion: Wir sind leninistische BlanquistInnen oder auch blanquistische LeninistInnen. Wie herum genau, wissen wir auch nicht so exakt. Lenin wurde und wird ja gerne vorgeworfen, ein verkappter Blanquist oder gar Jakobiner gewesen zu sein (Nebenbei bemerkt wurde auch Marx des „Blanquismus“ bezichtigt) Das, was anderen als Schmähruf gilt, interpretieren wir von einer anderen Warte aus. Der „Blanquismus“, falls wir diesen Begriff überhaupt verwenden möchten, ist schnell zu einer Floskel für abenteuerliche Aufstandspläne kleiner verwegener VerschwörerInnengruppen geworden. Diese extrem verkürzte Sicht pervertierte so weit, dass, wie Eduard Bernstein es gerne vormachte, jeder bewaffnete Kampf und Aufstandsversuch als abscheulicher Blanquismus verschrien wurde. In unserem Text „Bewaffneter Kampf – Aufstand – Revolution bei den KlassikerInnen des Frühsozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ (Interim 601) haben wir versucht anhand eines primären Quellenstudiums Blanqui tatsächlich näher zu kommen: „Man würde die Person Blanqui grob verfälschen, wenn man ihn auf die Rolle eines erbarmungslosen Desperados reduzieren wollte. Damit bedient man lediglich das Zerrbild des „Blanquismus“, der zu einer Collage negativer Attribute pervertiert ist (Synonym für massenlose „Putscherei“ einer selbsternannten Sperrspitze etc.). Auch Blanqui geht wie Babeuf an die Frage des Zeitpunktes und der Methoden eines revolutionären Umsturzes wohlüberlegt und planvoll heran. Er zeichnet sich geradezu durch ein analytisches Vorgehen bei seinen Projekten aus, auch wenn es aufgrund seiner hohen Quote des politisch-militärischen Scheiterns paradox erscheint.“

Um auf Lenin zurückzukommen: Er hat in seiner dem Titel nach bekannten Schrift „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“ klar gegen eine kopflose Politik der Aufstandsmacherei Stellung bezogen: „Den Kampf aufzunehmen, wenn das offenkundig für den Feind und nicht für uns günstig ist, ist ein Verbrechen, und Politiker der revolutionären Klasse, die nicht 'zu laviieren, Übereinkommen und Kompromisse zu schließen' verstehen, um einem offenkundig unvorteilhaften Kampf auszuweichen, sind keinen Pfifferling wert.“ Allerdings wusste er sich auch klar in entscheidenden historischen Momenten zu positionieren. Im Gegensatz zu seinen einflussreichen Mitstreitern Georgi Sinowjew und Lew Kamenew setzte er während des ersten imperialistischen

Weltkrieges auf den Oktoberaufstand, der den Revolutionsprozess im zerrütteten russischen Zarenreich zum Aufbau einer Sowjetrepublik einleitete. Für Lenin gibt es hinsichtlich der Aufstandspolitik zwei „grundlegende theoretische Leitsätze“, die revolutionäre AktivistInnen zur „Richtschnur“ nehmen müssen: „Erstens unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung nicht an irgendeine bestimmte Kampfform bindet.“ D.h., dass eine Vielheit von Methoden des revolutionären Kampfes zur Verfügung steht und „doktrinaire Konzepte“ zu verwerfen sind. „Zweitens fordert der Marxismus“, so Lenin weiter, „unbedingt ein historisches Herangehen an die Frage der Kampfformen.“ D.h. wiederum, dass die „Anwendbarkeit eines bestimmten Kampfmittels“ von der „konkreten Situation der gegebenen Bewegung auf der gegebenen Stufe ihrer Entwicklung“ abhängt. Einige sprechen gerne von der „revolutionären Realpolitik“ Lenins; wir finden, dass diese in den hier zitierten Passagen aus seinem Text „Der Partisanenkrieg“ sehr gut zum Ausdruck kommt.

Um den Bogen von Blanqui zu Lenin und zurück wieder herzustellen, nehmen wir den Genossen Leo Trotzki in Beschlag, der gegen Kautskys Interpretation des „Anarchoiden und Unmarxistischen“ am „russischen Bolschewismus“ folgendes richtigerweise auszusetzen hatte: „Mit weit größerer Berechtigung könnte Kautsky uns mit den Gegnern der Proudhonisten, den Blanquisten, vergleichen, die die Bedeutung der revolutionären Macht begriffen und die Eroberung dieser Macht nicht abergläubisch in Abhängigkeit von formalen Merkmalen der Demokratie betrachten. Um aber dem Vergleich der Kommunisten mit den Blanquisten den rechten Sinn zu geben, müßte man hinzufügen, daß wir in der Person der Arbeiter- und Soldatenräte über eine solche Organisation der Umwälzung verfügten, von der die Blanquisten nicht träumen konnten, in unserer Partei hatten und haben wir eine unersetzliche Organisation politischer Führung mit einem vollendeten Programm der sozialen Revolution.“ (Trotzki-KennerInnen werden anzumerken haben, dass der Genosse zu Zeiten der mit harten Bandagen geführten ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Menschewiki und Bolschewiki kurz nach der Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert vehement gegen den „Jakobinismus und Blanquismus“ Lenins und seiner AnhängerInnenenschaft polemisierte.) Trotzki legt mit diesem Zitat nahe, Blanqui quasi als einen

Vorläufer der Bolschewiki anzusehen, als einen passionierten Revolutionär, der tragischerweise nicht die gesellschaftlichen Bedingungen vorfinden konnte, die seinem Engagement für eine kommunistische Perspektive mehr Rückenwind hätten geben können.

Die faktisch historisch und sozio-ökonomisch bedingten Mängel der Organisiertheit im Proletariat zu den Wirkungszeiten Blanquis konnten erstmals „im großen Stil“ im Zuge der Oktoberrevolution durch die „realpolitischen“ Initiativen Lenins, wie sie z.B. in den April-Thesen zum Ausdruck kamen, sozusagen behoben werden. Der revolutionäre Klassenkampf um eine egalitäre Gesellschaftsform konnte demnach erst als greifbare Option wirkungsmächtig werden, als den KommunistInnen durch die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus die Voraussetzungen gegeben waren. Friedrich Engels schreibt zum Verständnis des sich hierin ausdrückenden Historischen Materialismus: „Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu (Umgebung), auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen den durchgehenden allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.“

So, da haben wir uns ein weiteres Mal keine Blöße gegeben und unseren ideologischen Ausführungsversuch mit gewichtigen Zitaten von „Klassikern“ nach allen Seiten hin abgestützt. Wer/welche wollte uns da noch widersprechen?! Und wenn dann noch Aspekte der Kompatibilität zwischen Lenin und Blanqui plausibel geworden sein sollten, dann sprudelt förmlich das Glück aus uns...

Da gibt es von unserer Seite keinen Widerspruch. Allerdings „quälen“ wir euch nun mit einer Anschlussfrage, da ihr unsere vorherige Frage nicht vollständig beantwortet habt. In euren Texten verwendet ihr wiederholt den Begriff „Links-Kommunismus“, ohne ihn weiter zu erläutern. Könnt ihr hier diesbezüglich einige organisatorische und inhaltliche Aspekte ausführen?

Wir bemühen uns in den folgenden Zeilen ein ideologisches Panorama vorzustellen, damit unsere Strömungsorientierung innerhalb der Kommunismen hoffentlich etwas durchschaubarer wird. Trotz unseres tendenziellen Leninismus sind wir Teil dessen, was der (unfreiwillige) Namensgeber dieses „ismus“ als „Kinderkrankheit“ zu charakterisieren trachtete. Denn gleichzeitig zum Leninismus



haben wir uns ja als 'blanquistisch' etikettiert. Es kommen aber noch weitere Zutat an ideologischer Mischkost auf den Tisch: Joseph Dietzgen, die sog. Deutsch-Holländische Linke um Anton Pannekoek, Hermann Gorter und Henriette Roland-Holst, die italienische Linke um Amadeo Bordiga, Ansätze der Gruppe Arbeiteropposition um Alexandra Kollontai, Phasen der Politik der KPD-Abspaltung, der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), und natürlich aktivistische Gestalten wie Max Hoelz, Karl Plättner, Karl Knüfken, Franz Jung.

So, nach der Auflistung all dessen, was möglich war, geht es jetzt um einen sortierten Schnelldurchlauf. Aber: Halt! Nach kurzer Rücksprache werden wir uns auf einen Abriss der Geschichte und Bedeutung der KAPD begrenzen müssen, sonst werden wir wieder zur epischen Breite greifen müssen, was wir euch und uns an dieser Stelle ersparen möchten. Die KPD hat sich bekanntlich oder auch nicht zum Jahreswechsel 1918/19 gegründet. In ihr sind der Spartakusbund von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Leo Jogiches mit den Vertretern der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), dazu zählen u.a. Paul Frölich und Otto Rühle, zu einer parteipolitischen Kraft verschmolzen. Der Spartakusbund löste sich endlich von der „zentristischen“ Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die sich 1917 als linker Flügel aus der SPD herauslöste, aufgrund der Protesthaltung zum ersten imperialistischen Weltkrieg. Die IKD bzw. der Vorläufer, die Internationalen Sozialisten Deutschlands (ISD), bildeten sich bereits zu Beginn des Krieges als loser Zusammenschluss der radikalen Linken, insbesondere um die Bremer Linksradikalen von Johann Knief. Mit diesem Kreis standen auch die Protagonisten der Deutsch-Holländischen Linken in Kontakt.

Bis dahin ganz kurz, ganz knapp, und weiter geht's. Bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) zeichnete sich ab, dass es in Grundsatzfragen wie des Parlamentarismus oder der Rolle der Gewerkschaften ein großes, unterschwelliges Konfliktpotential in der jungen Partei gibt. Die, die über die IKD in die neue Partei gekommen waren, konnten sich in weiten Teilen anfangs durchsetzen und die KPD auf einen anti-parlamentarischen und stark gewerkschaftskritischen bis -ablehnenden Kurs festlegen. Aber bereits auf dem zweiten KPD-Parteitag brachen die Spannungen in offene Konflikte aus. Teils verließen Vertreter der radikalen Linken die Partei, teils wurden sie, insbesondere vor und nach

dem dritten Parteitag, ausgeschlossen. Die Opponenten sammelten sich im April 1920 in der neu gegründeten KAPD, in der sich allerdings die unterschiedlichsten Strömungen tummelten: die Linie um die frühe originäre radikale Linke, die syndikalistisch geprägte um Otto Rühle und die nationalbolschewistisch orientierte um die Hamburger Laufenberg und Wolffheim. Die Partei büßte nach dem Austritt bzw. dem Ausschluss der letzten beiden Linien nur wenige Monate nach der KAPD-Gründung nach und nach an Mitgliederschaft und politischem Einfluss ein. Das Zurückschlagen des sog. Kapp-Putsches durch einen Generalstreik im April 1920 und die proletarischen Aufstände während der Märzaktion 1921 bedeuteten zwar für die KAPD aktivistische Phasen, aber da sich diese nicht zu einem landesweiten Aufruhr weiterentwickeln ließen, erfolgte nach dem rebellischen Hoch ein typischer Sinkflug. Die andauernden politisch-ideologischen Querelen zwischen der sog. Berliner und der sog. Essener Richtung, zu der u.a. H. Gorter zählte, marginalisierten die KAPD bis Mitte/Ende der 20er Jahre nahezu vollends. Die KAPD und die ihr nahe stehende Betriebsorganisation, die Allgemeine Arbeiterunion (AAU), befanden sich im „links“ von der KPD befindlichen organisatorischen Spektrum im Spannungsfeld zur Allgemeinen Arbeiterunion-Einheitsorganisation (AAU-E) um Rühle und der Freien Arbeiterunion Deutschlands (Syndikalisten) (FAUD(S)), in der bspw. Rudolf Rocker eine starke Position hatte.

Wir wollen hier abbrechen und nicht weiter dozieren, sonst verlaufen wir uns noch in diversen Anekdoten der Organisations- und Spaltungsgeschichte des Links- und Räte-Kommunismus. Wir sehen für uns weiterhin Bezugspunkte in diesem Teil der Widerstandsgeschichte der revolutionären Linken, ohne allerdings in einen Idealismus zu verfallen, für den es angesichts des Niedergangs dieser Strömung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung keinen Anlass gibt.

Um auch an diese eure Frage einen weiteren Anknüpfungspunkt zu setzen, erklären wir gleich unser Verhältnis zum 'ML-Stempel', der uns und anderen, die als KommunistInnen politisch und mitunter militant agieren, aufgedrückt wird. Dabei bedienen wir uns in weiten Teilen einer Position der GenossInnen der Militanten Antimperialistischen Gruppe – Aktionszelle Pierre Overney -, die im Rahmen der Militanzdebatte im September 2003 formuliert wurde: „Wir bezeichnen uns selbst als KommunistInnen, da wir nicht für ein von bestimmten InterpretInnen

gezimmertes 'Lehrgebäude Marxismus-Leninismus', sondern für einen gesellschaftlichen Zustand, den Kommunismus, kämpfen. Diese inhaltlich und praktisch zu erkämpfende Perspektive einer klassen- und staatenlosen sowie unterdrückungs- und ausbeutungsfreien Gesellschaft ist zugleich unser ideologischer Ausgangspunkt

(...) wir (haben) erwähnt, dass der Begriff 'Marxismus', den Marx zu Lebzeiten ablehnte!, von Kautsky zwar nicht erfunden, aber wesentlich in den Diskurs eingebracht wurde. Der Begriff 'Leninismus' wurde als positive Kategorie, vormals war er eine verächtliche Bezeichnung für die AnhängerInnenenschaft Lenins, von Stalin in die Debatte geworfen: 'Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution' (aus: Über die Grundlagen des Leninismus).

Der Begriff 'Marxismus-Leninismus' hat des weiteren eine recht wechselvolle Geschichte. Zum einen galt er nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und der einsetzenden 'Ent-Stalinisierung' als Beitrag der Re-Theoretisierung der kommunistischen Weltanschauung und Abkehr vom 'Personenkult' um Stalin. Die Partei der Arbeit Albaniens unter Enver Hoxha und die KP Chinas unter Mao verwendeten den Begriff ihrerseits als Abgrenzung und 'Waffe' gegen den 'Sozialimperialismus' oder 'Sozialfaschismus' der Sowjetunion. Wie dem auch sei, unser Begriff ist er nicht." Eine Position, die wir für uns selbst angenommen haben und vertreten: wir sprechen vom kommunistischen Kampf für eine klassen- und staatenlose Gesellschaftsform und nicht über ein formelhaftes Abstraktum. Allerdings wollen wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir mit dieser Position vom wissenschaftlichen Sozialismus zur utopistischen Phantasterei zurückkehren. „Der Marxismus“, so der junge Leo Trotzki, „hat aus dem Sozialismus eine Wissenschaft gemacht. Das hindert manche 'Marxisten' nicht, aus dem Marxismus eine Utopie zu machen.“ Richtig. Über die real existierende kapitalistische Barbarei, über den Inhalt der Diktatur des Proletariats, über die sozio-ökonomischen Voraussetzungen der Übergangsphase des Sozialismus und über den Übergang zum Kommunismus ist selbstredend „wissenschaftlich“ zu argumentieren. Aber nicht im Sinne auswendig zu rezitierender Aussagen der marxistischen KlassikerInnen, sondern im Sinne einer Erkenntnisgewinnung im Zuge der „theoretischen Praxis“ (Louis Althusser).

OK, jetzt sehen wir klarer, wie ihr euch ideologisch einordnet.

Greifen wir gleich einmal das Thema der Militanz-Debatte auf. Die Militanz-Debatte ist unserer Ansicht nach seit etwa 2 Jahren zum Stillstand gekommen. Einzelne Versuche der Wiederbelebung schlugen schon deshalb fehl, weil sie nicht an das anschlossen, was in den Jahren zuvor erarbeitet worden ist. An dem Punkt sind wir uns vermutlich einig.

Gibt es eures Erachtens dennoch einige zentrale Aspekte aus dem jahrelangen Diskussionsverlauf, die man festhalten und den nachrückenden Militanten als Rüstzeug in die Hand geben kann? Oder muss man übermorgen alles wieder von vorne aufrollen, um dann möglicherweise doch wieder im Nichts zu enden?

Um mit dem ersten Teil der Frage anzufangen: Ohne an dieser Stelle einen 'wissenschaftlich' ermittelten statistischen Wert vorlegen zu können, glauben wir, dass wir in Intervallen mit „einzelnen Versuchen der Wiederbelebung“ einer Debatte um Militanz, militante Praxis und militante Politik zu rechnen haben werden. Das wäre für uns als revolutionäre Linke dann kein Problem, wenn es gelänge, an das inhaltlich erarbeitete Erkenntnisniveau anzuschließen, sich als probat herausgestellte Aktionsformen auszureifen, die organisatorische Umsetzung eines strukturellen Aufbaus revolutionärer Projekte als real existierende Vorlage weiterzuentwickeln und dieses komplexe Ganze reproduktiv abzusichern sowie darüber zur Diskussion und auf die Probe zu stellen. Bisher finden wir in den zurückliegenden Debattenfragmenten um Militanz und revolutionäre Politik dafür kein positives Beispiel, bei dem diese vier Komponenten wie in einem Brennglas zusammengezogen worden wären. Das ist der springende Punkt, der erst gesetzt werden kann, wenn wir eine vermittelte Kontinuität und Konstanz revolutionärer Politik in ihrer Allgemeinheit zu organisieren wissen, aber vor allem auch eine konkrete Kenntnisweitergabe von vergangenen oder aktuell tätigen politisch-militärischen Projekten gewährleisten.

D.h., eine Fortsetzung einer intensiv geführten Debatte um Voraussetzungen, Mittel und Wege sowie die Perspektiven von revolutionärer Politik wäre nicht nur zu begrüßen, sondern folgerichtig, wenn man mit einer organisierten Gegenbewegung auf den 'Strom der Zeit' effektiv prallen will. Allerdings setzten wir, um in einem einigermaßen überschaubaren

Zeitraum zu denken, seit dem Ende des Erosionsprozesses von bewaffneten und/oder militanten Zusammenhängen (Rote Armee Fraktion (RAF), Revolutionäre Zelle (RZ)/Rote Zora, antiimperialistische Zelle) von Anfang/Mitte der 90er Jahre wenig bis nichts fort, sondern taumeln und wanken um die selben Fragestellungen herum, ohne uns erkennbar von der Stelle zu bewegen. Wir nehmen leider nur in Ausnahmefällen das Vergangene an revolutionärer Politik mit und das Gegenwärtige auf, um es ebenfalls mit ins Gepäck zu nehmen. Eine Zustandsbeschreibung, die wir in der einen oder anderen Art und Weise bereits vor Jahren mehrmals zu Papier gebracht haben, wir wissen das.

Die Diskontinuitäten selbst innerhalb eines Segments der revolutionären Linken sind zu groß, als dass es so ohne weiteres gelingen könnte, eine Bezugnehmende und aufeinander aufbauende inhaltliche Auseinandersetzung unter strukturell nicht miteinander vernetzten klandestinen Kernen führen und aufrecht halten zu können. Die Ungleichzeitigkeiten, von denen wir schon einige Male gesprochen haben, sind ein stärkerer Hinderungsfaktor für eine ergebnis- und zielgerichtete Debatte, als wir anfangs und mittendrin wahrhaben wollten. Eine solche von uns anvisierte Debatte lässt sich schlicht und einfach nicht herbeischreiben und schon gar nicht herbeiwünschen. Zumal wir offensichtlich über kein geeignetes und repräsentatives publizistisches Forum verfügen, mit dem und durch das unsere immanenten Defizite in der Streit- und Debattenkultur gelindert werden könnten. Deshalb setzen wir auch sehr auf euer „Postillen“-Projekt mit dem entsprechenden „Traditionshintergrund“! Hier sehen wir augenblicklich (und hoffentlich über den Augenblick weit, weit hinaus) einen Ansatz, der das publizistische Forum als Aufhänger eines Organisationsprozesses versteht; das ist ganz in unserem Sinne und wird nicht nur deshalb von uns tatkräftig unterstützt.

Was wollen wir damit sagen, wenn wir von den scheinbar Schwierigkeiten einer konzentrierten Debattenführung sprechen? Vor allem: Erfahrungen lehren halt! Wir sind überhaupt nicht erfahrungsresistent – im Gegenteil. Das Minimum, das sich allerdings als aktuelles Maximum zeigt, ist, dass eine vermittelte Kontinuität revolutionärer Politik in ihrer Allgemeinheit und eine konkrete Kenntnisweitergabe spezifischer Organisationsgeschichten nur in und über kleine Zirkel stattfindet. Auch das haben wir zu konstatieren, ob wir wollen oder nicht. Dies wiederum im-

pliziert einige Konsequenzen.

Die Debatte um Fragen und Voraussetzungen von Militanz, militante Praxen und militante Politik, die sich im Jahre 2001 entfaltete, hat zumindest, und das ist im Ergebnis positiv zu bewerten, eine Art Bausatzkasten für klandestine Kerne schriftlich niedergelegt. Und die in diesem schriftlich niedergelegten Bausatzkasten enthaltenen inhaltlichen, praktischen, organisatorischen und reproductiven Aspekte von Militanz sind partiell einer Wirklichkeitsprüfung unterzogen worden. D.h., dass aus dem „Militanz-Steinbruch“ das herausgebrochen werden kann, was für eine eigene klandestine Praxis benötigt wird. Was sollen wir sagen? Das ist vor dem Hintergrund der selbst gestellten Ansprüche natürlich eine (er-)nüchterte Bilanz, aber wenigstens eine, die sich ziehen lässt.

Des Weiteren haben wir mit unseren Initiativen militanter Politik einige (Denk-) Prozesse ausgelöst, die sich stärker konzeptionell mit dem Komplex Militanz befassen. Militante Politik wird dabei als ein in einen strukturell-organisatorischen Gesamtrahmen zu stellendes Konzept nicht nur gedacht, sondern umgesetzt. Dazu gehört, es drängt sich förmlich auf, die Frage nach der Realisierungschance einer Koordination strukturell vernetzter klandestiner Kerne, die auf allen Ebenen abgestimmt, eine potenzierte Interventionsfähigkeit entwickeln und sich zu einem „eigenständigen Faktor“ ausbilden. Kurzum: die Etablierung einer militanten Plattform ist aktuell, d.h. alles andere als vom Tisch, sondern durch die sympathisierenden GenossInnen und klandestinen Strukturen, die sich mit uns in diesen Kontext stellen wollen, anzugehen. Die eigenverantwortlich-kollektive Initiative ist jetzt systematisch zu ergreifen!

Der Knackpunkt der aus dem Verlauf der Militanzdebatte für uns zu ziehen ist, ist, dass wir keine auf den Militanz-Komplex fokussierte und damit reduzierte Debatte führen können (dazu haben wir in unserem Text „Abschlussworte zur Militanzdebatte“ bereits einiges gesagt), ohne den gesamtorganisatorischen Kontext zu vernachlässigen. D.h., die Militanzdebatte muss in eine thematisch breitere Organisationsdebatte eingeführt bzw. eingefügt werden. Welche Diskussionen um welche organisatorischen Vorstellungen wir damit umreißen wollen, werden wir in einigen folgenden Fragen zu beantworten versuchen.

Lasst uns aber noch auf unser erstes schriftliche Interview mit euch zurückkommen; wir schrieben: „Wir haben bereits in früheren Texten erklärt, dass wir

nicht des Prestiges wegen an unserem Label hängen. Im Gegenteil, wir sehen diesen eher 'technischen' Namenszug kritisch, da er vordergründig eine Praxisform und nicht eine ideologische Ausrichtung transportiert. Für den Plattformprozess dokumentiert dieser Gruppenname das zentrale Moment der Strukturierung militanter Zusammenhänge, mehr aber auch nicht. Wir werden nicht auf ewig unter diesem Label agieren, es wird Ausdruck einer (noch nicht abgeschlossenen) Phase sein."

Wir haben bereits sehr frühzeitig mehrere Aspekte umrissen, die die bewusste Entscheidung für eine kontinuierliche Namensgebung problematisieren. Was den „technischen Namenszug“ betrifft, war es eine unserer wichtigsten Intention, Militanz nicht nur als eine spezifische Praxisform zu definieren, sondern als ein Widerstandsfeld, das sich durch einen eigenständigen Charakter auszeichnet und auf Sicht zu einem eigenständigen Faktor im Rahmen eines komplexen revolutionären Aufbauprozesses entwickelt wird. Letzteres über einen dreifachen Weg: die strukturelle und personelle Basis des eigenen klandestinen Zusammenhangs stärken, eine strukturelle Vernetzung mit anderen militanten Kernen als Ergebnis einer exakten und zeitintensiven politischen Auseinandersetzung anstreben und darüber hinaus bspw. mit Hilfe einer organisierten Diskussion in einem entsprechenden Forum auf ein inhaltliches Zusammenkommen von klandestinen Gruppenzusammenhängen hinarbeiten. Diese drei Optionen, die eine Stärkung von militanter Politik bedeuten können, haben aus unserer Sicht und nach den Erfahrungswerten, die wir in den vergangenen Jahren sammeln konnten, eine Allgemeingültigkeit. Der Schlüssel liegt für uns, um das einzige Zeilen weiter oben Ausgeführte aufzugreifen, aber darin, dass wir uns auch nicht begrifflich-namensspezifisch in dem „Mikrokosmos Militanz“ einrichten, sondern unsere eigentliche proletarisch-klassenpolitische Linie organisatorisch auszudrücken verstehen. Dazu gehört, als ein Aspekt, eine kontinuierliche Namensgebung zu finden, die nicht „technizistisch“ ist, denn die Möglichkeit und Notwendigkeit einer fundamentalen Gesellschaftsveränderung zu dokumentieren weiß.

Um an die eben gestellte Frage anzuknüpfen: Eure Texte behandeln wiederholt das Thema „Partei-Form“. In verschiedenen Beiträgen zur Militanzdebatte habt ihr bereits einige

Partei-Modelle skizzenhaft umrissen und voneinander abgegrenzt. Was versteht ihr unter einer Partei-Form, und welche Aufgaben hat diese zu erfüllen?

Bereits in unserem ersten schriftlichen Interview mit euch seit ihr auf das "Reizwort revolutionäre Parteistruktur oder Partei-Form" in einer Frage zu sprechen gekommen. Schön, dass euch dieser organisatorische Aspekt, heute würden wir sagen, zentrale Aspekt einer revolutionären Organisierung so bedeutungsvoll erscheint wie uns. Wir deuten also gleich zu Anfang an, dass sich da bei uns einiges getan hat. Bevor wir allerdings darauf näher eingehen werden, wollen wir noch einmal kurz auf unser erwähntes früheres Interview zurückblenden und das hervorholen, was wir damals zum Themenkomplex 'Partei-Form' vom Stapel gelassen haben, um den Kontext zu unseren jetzigen Ausführungen einfach nachvollziehbarer zu machen.

Also: „Nun kommen wir noch kurz zum Stolperstein 'Partei'. In einigen kritischen Beiträgen zur Militanzdebatte ist die 'organisatorische Figur 'Partei', wie Ihr sie nennt, gerne aus dem eben geschilderten 'komplexen revolutionären Aufbauprozess' herausgebrochen worden. Allein das Erwähnen der Organisationsform 'Partei' treibt einige zu szenetypischen Beißreflexen, die wir – wir geben es zu – erwartet und ein bisschen provoziert haben.

Es ist erforderlich, wenn man zu einer vorurteilsfreien Beurteilung von 'Partei' kommen möchte, die eigene mit negativen Assoziationen gespickte Gedankenwelt zur Thematik 'Partei' gründlich zu entrümpeln. Denn ein Verweis auf die zumeist studentischen Kabarettvereinigungen, die sog. K-Gruppen, als Ausläufer von 68 reicht nicht aus, um dem tief in der Geschichte der revolutionären verwurzelten Phänomen 'Partei' auch nur annähernd gerecht werden zu können. An dieser Stelle nur soviel: 'Partei' als politischer Ausdruck der revolutionären Linken ist seit dem ersten, wichtigen Dokument der sich formierenden KommunistInnen (Manifest der Kommunistischen Partei, fälschlich oft als 'Kommunistisches Manifest' sinnetstellend verkürzt) ein zentrales Element der Frage, wie sich (fundamental-)oppositionelle Bestrebungen eine abgestimmte sowie kollektive Stimme in inhaltlicher, praktischer und organisatorischer Hinsicht verschaffen können. 'Partei', verstanden als Synonym für ein Koordinationszentrum, bildet in vielen revolutionären Gesamtorganisationen und Befreiungsbewegungen den ideologischen und strukturellen Kitt

zwischen den einzelnen Gliederungen. Im Detail lassen sich sehr viele, widersprüchliche Definitionen von Partei-Formen finden. Wir haben in anderen Texten darauf verwiesen. Z.B. finden sich in linkskommunistischen Organismen interessante Debatten über die Bedeutung und Rolle einer Partei-Form, auch das Modell einer Kämpfenden Kommunistischen Partei ist unter revolutionären Organisationen bis tief in die 90er Jahre ein Thema der Auseinandersetzung gewesen.

Wir wollen uns jedenfalls nicht unreflektiert aus solchen Überlegungen von GenossInnen anderswo ausschließen. Wir können beruhigen, zu einem 'komplexen revolutionären Aufbauprozess' gehört auch, Prioritäten zu setzen. Die Frage nach einer praktisch umzusetzenden Partei-Form gehört, soweit wir das überschauen können, nicht zu den aktuell brennendsten."

Eine Aussage unsererseits, die fast fünf Jahre her ist und um mehrere Aspekte erweitert werden muss. Wir wollten sie dennoch an dieser Stelle zitiert haben, um daran direkter anschließen zu können.

Es macht unserer Ansicht nach Sinn, einige ExponentInnen von Partei-Modellen anzuführen, die jeweils auch für eine bestimmte Strömung innerhalb der revolutionären Linken stehen. Fangen wir mit einem Interpreten an, der aus der Sozialdemokratie kommend, als einziger neben Karl Liebknecht (im dritten Anlauf) gegen die Kriegskredite in der SPD-Reichstagsfraktion gestimmt hat und nach dem ersten Imperialistischen Weltkrieg in Etappen zu einem der profiliertesten Anhänger des Rätekommunismus wurde: Otto Rühle. „Die Revolution“, so Rühle, „ist keine Parteisache (...) (sondern sie) ist die politische und wirtschaftliche Angelegenheit der ganzen proletarischen Klasse.“ Rühle erblickte in der Partei-Form „im Grunde nicht eine Organisationsform des Proletariats, sondern der Bourgeoisie.“ Die KAPD und KAPN definierte er paradox als „neue kommunistische Partei, die keine Partei mehr ist.“ Mitte der 20er Jahre agitierte er noch pointierter gegen die „Parteisache“: „Eine Partei mit revolutionärem Charakter im proletarischen Sinne ist ein Unding. Sie kann nur revolutionären Charakter im bürgerlichen Sinne haben und da nur an der Wende zwischen Feudalismus und Kapitalismus.“ Ja, so der Kollege Rühle, der nach seinem Ausschluss aus der KAPD wegen 'syndikalistischer Tendenzen' maßgeblich die proletarische Einheitsorganisation, die Allgemeine Arbeiter Union - Einheitsorganisation (AAU-E) prägte, in der der politische und wirtschaftliche Kampf des Pro-



letariats, der nach sozialdemokratischer Manier in sozialreformerische Partei und sozialpartnerschaftliche Gewerkschaften aufgespalten war, zusammengeführt werden sollte.

Einer der ehemaligen Hauptvertreter der deutsch-holländischen Linken vor und während des ersten imperialistischen Weltkrieges, Anton Pannekoek, liefert in seiner eher rätekommunistisch geprägten Phase in den 40er Jahren eine relativ a-typische Interpretation des Verhältnisses von Räten und proletarischer Partei, die aber für uns deshalb auf Interesse stößt, weil sie von der 'rätistischen' Negation einer Partei-Form wegkommt: „Die arbeitenden Massen können ihre Freiheit nur durch die eigene organisierte Aktion gewinnen, indem sie mit hingebungsvoller Anstrengung und mit allen ihren Fähigkeiten ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und mittels ihrer Räte ihren Kampf selbst führen und ihre Arbeit selbst organisieren. Den Parteien bleibt (...) die Verbreitung von Kenntnissen und Wissen sowie das Studium, die Diskussion und die Formulierung sozialer Ideen, um durch ihre Propaganda die Massen verstandesmäßig aufzuklären. Die Arbeiterräte sind die Organe der praktischen Aktion und des Kampfes der Arbeiterklasse; den Parteien kommt die Aufgabe zu, die geistige Kraft zu entwickeln. Ihre Arbeit ist ein unersetzbarer Bestandteil der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse.“

Wir haben den Anspruch, verstautes und verstaubtes theoretisches Material aus den Nachlasskellern zu holen, zumal wenn wir es für dringlich halten, dass wir uns damit auseinandersetzen. Wir reden z.B. von Amadeo Bordiga und der Frühphase der Kommunistischen Partei in Italien. Bordiga ist im Gegensatz zu Antonio Gramsci in der revolutionären Linken der BRD fast ein Namenloser. Völlig zu Unrecht. Er galt sozusagen als „linke“ Gegenkraft zu Gramsci und ist für die LinkskommunistInnen insgesamt einer der zentralen Theoretiker. Mit der Parteitheorie Bordigas, die er Anfang der 20er Jahre formuliert hat, verbindet sich ein enges parteipolitisches Konzept. Jene, die Bordiga nicht sonderlich wohlgesonnen sind, sprechen gern von einem „Partei-Fetischismus“, den er zelebrieren würde. OK, das werden wir hier nicht weiter diskutieren; wir beschränken uns auf die Grundlinien seiner Partei-Konzeption. Zum allgemeinen Verhältnis zwischen Partei und Klasse schreibt Bordiga in Anlehnung an Komintern-Beschlüsse des II. Kongresses von 1920: „die Klassenpartei (kann) nur einen Teil der Klasse in ihre Reihen aufnehmen – nie die ganze

Klasse und wohl nie ihre Mehrheit.“ Und weiter heißt es: „Diese Minorität ist eben die Partei. Hat diese eine gewisse Entwicklungsstufe erreicht, was sicher nicht ohne Stockungen, Krisen, interne Konflikte, vor sich gehen kann, können wir von einer kämpfenden Klasse sprechen. Auch wenn die Partei nur einen Teil der Klasse umfasst, gibt doch erst sie ihrem Handeln und ihrer Bewegung die Einheit, weil in ihr jene Elemente zusammentreffen, die die bornierten lokalen und Berufsschranken überwunden haben, und die die Klasse fühlen und darstellen.“

Zur „avantgardistischen“ Rolle der Partei im Kontext des Klassenkampfes führt Bordiga aus: „Die grundlegende Tatsache“ ist, so Bordiga, „dass die Partei nur ein Teil der Klasse ist (...) Wenn jemand das unbewegliche und abstrakte Bild der Gesellschaft betrachtet und darin einen Ausschnitt, die Klasse, und darin wiederum einen kleinen Kern, die Partei, fixiert, wird er natürlich sagen, dass der außerhalb der Partei stehende Teil der Klasse, der fast immer die Mehrheit ist, mehr Raum einnimmt, größeres 'Recht' hat. Denkt man aber daran, dass die Individuen in dieser großen Masse noch kein Klassenbewusstsein, noch keinen Klassenwillen haben, dass in ihrem Leben der Egoismus, der jeweilige Beruf, die jeweilige Region oder auch Nation, bestimmend sind, wird man einsehen, dass, um in der historischen Bewegung das einheitliche Handeln der Klasse zu verankern, ein Organismus notwendig ist, der sie belebt, sie zusammenschweißt, präzise: sie gliedert; man wird dann in der Partei den wirklichen Lebenskern erkennen, ohne den es sinnlos wäre, die große Masse als geballte Kraft zu bezeichnen.“

Der „Bordigismus“ setzt die organisatorische Keimzelle der Partei, die programmatischen Grundlinien und die Taktiken, an erste Stelle, denn „es sind Lehre und Kampfmethod, durch die eine Partei lebt. Sie ist die Schule der politischen Denkweise und damit eine Kampforganisation. Ersteres betrifft das Bewusstsein, letzteres den Willen, oder genauer, die Zielsetzung.“ Demnach „(braucht) die Revolution einen Organismus aktiver und positiver Kräfte, die durch Lehre und Zielsetzung gebündelt werden“, also die Partei, so Bordigas Quintessenz.

Weniger zu einem organisatorischen Parteaufbau, als mehr zu Kriterien eines Partei-Innenlebens wollen wir jetzt überleiten. Auch die vermeintlichen Protagonisten des (Partei-)Dogmatismus haben erstaunlich oft gegen entsprechende Verkrustungen innerhalb der Parteiorganisation agitiert und agiert. Ein Beispiel: Kein

geringerer als Mao Tse-tung hat in einer Rede vor Parteikadern bereits während des antikolonialen Befreiungskrieges gegen die japanischen Invasoren „Gegen den schablonenhaften Parteistil“ Stellung bezogen. Acht Merkmale hebt er hervor, um „das Gift des Subjektivismus und Sektierertums, das sich im schablonenhaften Parteistil verbirgt, kenntlich zu machen. Dazu zählt er u.a. das Dreschen leerer Phrasen und inhaltsloses, gegenstandsloses Gerede, das dazu dienen soll, sich fälschlich Autorität anzumaßen, um bspw. parteiinterne KritikerInnen durch das Abbrennen begrifflicher Nebelkerzen einzuschüchtern und zu verunsichern.“

Eine nach außen hin gerichtete propagandistische Tätigkeit läuft dann ins Nichts, „wenn einer (...) drauflosschwatzt, ohne das Objekt seiner Propaganda untersucht, studiert und analysiert zu haben, dann wird er niemals etwas erreichen.“ Ein weiteres „Vergehen des schablonenhaften Parteistils“ sieht Mao in der mechanischen Einordnung von bestimmten Problemlagen innerhalb der Partei oder im gesellschaftlichen Kontext und in den formalistischen Lösungsmethoden, die eine wirkliche Problemanalyse unterlaufen. Des weiteren sind „schlechte Gewohnheiten, wie mangelhaftes Verantwortungsbewusstsein“ abzulegen, denn es ist darauf zu achten, politische Arbeit vorbereitet und reflektiert zu unternehmen, besonders dann, wenn sie dazu bestimmt ist, anderen etwa spezifische Sachverhalte zu vermitteln.

Wir müssen nicht unbedingt AnhängerInnen der Mao Tse-tung-Ideen bzw. des sog. Maoismus sein, um diesen Ausführungen einiges abgewinnen zu können. Wichtig ist für uns, wenn wir von der „Entrümpelung“ der szenetypischen Gedankenwelt u.a. hinsichtlich von Partei-Formen sprechen, dass wir z.B. das erste „Vergehen“ unterlassen und darauf verzichten, „leere Phrasen“ für eine Grundlage einer kenntnisreichen Urteilskraft zu halten.

Wir werden jetzt einen Cut machen, sonst ufert unsere Antwortprosa auf diese aber auch wirklich breit angelegte Frage völlig aus. Wir fassen zusammen: Unsere weitergehende und in Teilen vertiefte Beschäftigung mit dem Komplex Partei-Form ging und geht zum einen in die Richtung, sich einen möglichst dezidierten (historischen) Überblick über Modelle einer parteimäßigen Organisation und ihren Voraussetzungen zu verschaffen. Einen Gutteil des Panoramas, dessen Spannweite hier deutlich wird, überblicken wir ja bereits. Zum anderen zielt unsere Orientierung auf Projekte, die u.a. als bewaffnete Organisationen auf den

Prozess einer Parteibildung setzen bzw. weiterhin setzen. Auch das haben wir angeschnitten.

Gut, wir haben von euch jetzt einen historischen Abriss über Partei-Modelle dargestellt bekommen. Informativ. Trotzdem ist es aus unserer Sicht noch etwas früh für einen 'Cut'. Wir möchten euch nämlich eine 'parteilpolitische' Orientierung entlocken. Auf welche revolutionären Organisationen, die sich in ihrem strukturellen Geflecht eine 'Partei-Form' gegeben haben, bezieht ihr euch? Und wo liegt die Grenze zwischen einer Bezugnahme und der Suche nach einer Kopiervorlage?

Ihr habt recht, im Subtext unserer Ausführungen schwingen die Modelle revolutionärer Organisation mit, deren Zentrum (perspektivisch) parteiförmig strukturiert sein soll. Ihr wollt, dass wir uns an diesem Punkt stellen; dazu habt ihr als fragendes Kollektiv auch ein Recht. Als Bezugsquellen (nicht als „Kopiervorlagen“!) nennen wir die Gruppierungen, die von uns bereits in früheren Stellungnahmen zumindest als Namenszug auftauchten: rekonstruierte Kommunistische Partei Spaniens PCE/r und Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober (Grapo), Kämpfende Kommunistische Zellen (CCC), Rote Brigaden/Kämpfende Kommunistische Partei (BR/PCC) und Kommunistische Partei politisch-militärisch (PC p-m).

Als besagte Bezugsquellen sind insbesondere die aktuell kämpfenden Organisationen PCE/r und Grapo im spanischen Staat sowie die PC p-m in Italien in den Blickwinkel zu nehmen. Beide Gruppierungen blicken auf eine Jahrzehntelange inhaltlich-praktisch-organisatorische Entwicklung zurück, liefern einen Fundus für die revolutionäre Linke weltweit. Für uns als klandestiner Gruppenzusammenhang, der für die ideologische Ausrichtung, die praktische Artikulation und die organisatorische Strukturierung einer konkret werdenden kommunistischen Perspektive kämpft, sind diese politisch-militärischen Organisationen Orientierungspunkte für einen komplexen revolutionären Aufbauprozess, was selbstredend nicht heißt, dass sie als Vorlage für eine 1 zu 1-Übertragung fungieren könnten.

In den mehr oder weniger organisierten Polit-Zusammenhängen der revolutionären Linken in der BRD entwickelte sich eine internationalistische Diskussion um Konzeptionen des vielschichtigen Widerstandskampfes zumeist nur episodenhaft und weist keine tatsäch-

liche Kontinuität auf. Kaum verwunderlich, wenn es nicht einmal gelungen ist, die Widerstandsgeschichte der revolutionären Linken in der BRD den nachrückenden Generationen adäquat vermittelt zu haben. Dieses Manko muss sich faktisch zwangsläufig potenzieren, wenn es um die Vermittlung des revolutionären Kampfes über die Landesgrenzen hinaus geht. Umso wichtiger im Rahmen der von uns proklamierten Wiederaneignung der Widerstandsgeschichte der revolutionären Linken die internationalistische Dimension klar und deutlich herauszuarbeiten. Damit schließen wir ausdrücklich an das Motto „Die Zukunft erobern bedingt die Kenntnis der Geschichte!“ der gefangenen Militanten für die Konstituierung der PC p-m an.

Wir gehen davon aus, dass die Konzeptionen der beiden von uns hier hervorgehobenen politisch-militärischen Gruppierungen innerhalb der revolutionären Linken in der BRD nur bedingt geläufig sind. Die PCE/r und Grapo standen immer im Windschatten des durch die ETA repräsentierten sozialen und nationalen Befreiungskampfes der BaskInnen im spanischen und französischen Staat. Eventuell ist einigen der unsere Antwort Lesenden die Debatte um den „antiimperialistischen Frontprozess“ aus Mitte der 80er Jahre in Erinnerung, in dem es u.a. um die Etablierung einer „westeuropäischen Guerillafront“ ging. Die GenossInnen aus dem spanischen Staat standen dieser Initiative nicht nur äußerst skeptisch, sondern explizit ablehnend gegenüber. Ihr zentraler Debattenbeitrag war z.B. mit „Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung“ betitelt. Dabei sprechen sie von der „Existenz von unvereinbaren Divergenzen (in der Einschätzung des Charakters der Revolution in Europa, des proletarischen Internationalismus, der politischen Organisierung der Massen, der Rolle und den Zielen des bewaffneten Guerillakampfes, der Strategie und Taktik etc.)“ und nicht lediglich von dem Pro & Contra „der Rekonstruktion der Kommunistischen Partei“.

Die italienischen GenossInnen der PC p-m dürften bestimmt noch weniger im „linksradikalen Bewusstsein“ in diesen Breitengraden verankert sein, auch wenn sich das aufgrund des laufenden politischen Prozesses gegen Militante dieser Organisation zu ändern beginnt. Die Ursprungsorganisation Rote Brigaden (Brigate Rosse) sollte dagegen noch um einiges präsenter sein. Mit dieser sollte die relative Verankerung militanter und halb-kländestiner proletarischer Politik Anfang

der 70er Jahre in den Großfabriken der Automobilindustrie im Norden Italiens zu verbinden sein. Die Entführung und Liquidation des Chefs der Christdemokraten von der DC im Jahre 1978, Aldo Moro, um den historischen Kern der BR um Renato Curcio frei zu bekommen, gilt ebenfalls als markantes Ereignis in der BR-Geschichte. Die Umorientierungsprozesse Anfang der 80er Jahre und die Fraktionierung in BR/PCC (Rote Brigaden/Kämpfende Kommunistische Partei), UCC (Vereinigung Kämpfender Kommunisten) und (weit weniger bekannt) PG (Guerilla-Partei) sind, so unser Eindruck, nahezu unbekannt. Einen gewissen Bekanntheitsgrad setzen wir bei den BR/PCC voraus, die im Kontext der angesprochenen „westeuropäischen Guerillafront“ eine Kooperation mit der RAF und der Action Directe (AD) aus dem französischen Staat eingegangen sind.

Vielleicht nutzt ihr die Gelegenheit, um an dieser Stelle die Entwicklungsgeschichte und Konzeption von der PCE/r sowie den Grapo bzw. die PC p-m näher zu beleuchten. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass sich unsere LeserInnen hierdurch motiviert fühlen, selbst in die Auseinandersetzung einzusteigen und die Politik dieser Gruppierungen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Wie sehen also die Entwicklungslinien dieser Organisationen aus, und an welchen Punkten seht ihr konzeptionelle Übereinstimmungen mit eurer eigenen Orientierung?

Wir gehen gerne auf diese Frage ein; wollen aber vorausschicken, dass wir nicht den Anspruch erheben, diese Gruppierungen bis in jede organisationsgeschichtliche Verästelung nachzeichnen zu können. Dafür dürfte auch ein Interview nicht das richtige literarische Forum sein. Als Einstieg der Beschäftigung sind unsere Ausführungen hoffentlich dennoch brauchbar. Damit sie nicht nur brauchbar, sondern auch von der Länge her überschaubar sind, werden wir uns aber auf die PC p-m konzentrieren müssen. Wir wollen es auch deshalb, weil wir den Eindruck gewonnen haben, dass infolge der angesprochenen politischen Prozessführung und der regelmäßigen inhaltlichen Beiträge der Genossen, die sich explizit als PC p-m-Mitglieder äußern, ein verstärktes Interesse zu registrieren ist. Dem wollen wir nachkommen, was überhaupt nicht heißt, dass es nicht für uns als revolutionäre Linke wichtig ist, sich intensiv mit der PCE/r und Grapo konstruktiv auseinander zu setzen.

Die GenossInnen, die für den Aufbau





SOZIALE REVOLUTION

**GEGEN
IMPERIALISTISCHE
FLÜCHTLINGSPOLITIK**



**REVOLUTIONÄRE
ZELLEN**

der Kommunistischen Partei politisch-militärisch (PC p-m) stehen, kommen aus unterschiedlichen Strömungen der revolutionären Linken Italiens. Im Vorwort der Nullnummer ihrer klandestinen Zeitschrift L' Aurora schreiben sie: „Die GenossInnen, VerfasserInnen dieser Broschüre, obwohl von verschiedenen organisatorischen Erfahrungen kommend, sind heute im gemeinsamen Ziel, dem Aufbau einer wirklichen kommunistischen Partei, vereint.“ Ihr organisatorischer Hauptbezugspunkt liegt aber in der BR/PCC, die formell im Oktober 1981 nach der Abspaltung der BR-Partito della Guerriglia (BR-PG) aus den BR hervorgegangen war. Im Zuge des sog. Strategischen Rückzugs 1982 orientierten sich die BR/PCC am Modell des Aufbaus einer westeuropäischen antiimperialistischen Guerillafront. Diese Konzeption ist im sog. Mai-Papier der RAF 1982 veröffentlicht worden. Insbesondere die Action Directe (AD) hat sich in dieses Projekt bis zu ihrer faktischen Zerschlagung im Februar 1987 eingebracht. Im Verlauf des Jahres 1984 wurde der interne Linienkampf in den BR/PCC ideologisch ausgetragen. Die Minderheitsfraktion, die sich überwiegend aus Angehörigen der Strategischen Direktion der BR/PCC rekrutierte und etwa ein Drittel der Militanten stellte, wurde im Oktober 1984 aus der Organisation ausgeschlossen und bezeichnete sich als sog. 2. Position. Die Mehrheitsfraktion behielt den Namen BR/PCC bei, die Minderheitsfraktion nahm die Bezeichnung Vereinigung Kämpfender Kommunisten (UCC) an. 1985 war demnach der Entfremdungs- und Spaltungsprozess innerhalb der BR/PCC abgeschlossen. Die UCC galt nur wenige Monate nach ihrer formellen Konstituierung aufgrund von Festnahmen als zerschlagen.

Der Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen 1. und 2. Position, der letztlich spaltungsverursachend war, lag in der Einordnung des bewaffneten Kampfes im Kontext einer revolutionären Gesamtkonzeption. Ist der bewaffnete Kampf in den westeuropäischen Kathedralen als taktische Methode oder als strategische Linie zu fassen? Ein alter, langer und zäher Konflikt, der bis in unsere Tage reicht. Allerdings ist diese Entweder-Oder-Positionierung in sich oft differenzierter und selten in „Reinkultur“ propagiert. Hintergrund dieser zentralen Kontroverse ist, dass eine falsche Setzung in taktischen, operativen oder strategischen Fragen, die in leichtfertiger Weise, mit arger Unterschätzung der gegnerischen Kräfte und in höchster Überschätzung der eigenen Relevanz dem organisatorischen Zusam-

menhang Aufgaben auferlegt, an denen dieser elend scheitern muss. Wenn die Organisation sich ohne jede Not in Kämpfe einlässt, die bei richtiger Einschätzung der Kräfteverhältnisse vermeidbar wären, wenn sie hierbei die höchsten Anforderungen an die Mobilisierungsbereitschaft der Mitglieder stellt, ohne irgendwelchen zählbaren Erfolg, wenn sie ihre Kräfte verpulvert, so dass sie schließlich de facto kapituliert, dann wird der Zerfall des organisatorischen Zusammenhangs logisch nicht zur Vermehrung des proletarischen Elans führen, sondern Entmutigung, Indifferenz, ja Misstrauen gegen jedes organisierte Handeln erzeugen.

Ein UCC-Nachfolgeprojekt, in dem sich die 2. Position fortsetzte, firmierte unter der Bezeichnung Zelle für die Gründung der Kämpfenden Kommunistischen Partei (CC/PCC), die bereits Anfang der 90er Jahre mit einem sog. Offenen Brief an die KommunistInnen Italiens herangetreten war. Darin heißt es exemplarisch: „Es kann keine Trennung zwischen Politischem und Militärischem geben; die KKP (Kämpfende Kommunistische Partei, Anm. mg) ist nicht die Rote Armee, wie es auch keine Trennung zwischen Initiative von oben und Initiative von unten der Partei geben kann. Die KKP, auch wenn sie unter den Kriterien der striktesten Klandestinität agiert, muss von Anfang an eine konstante Verbindung in und mit der Klasse haben: Die Militanten der Partei dürfen sich nicht wie Festungssoldaten bewegen, sondern wie Fische im Wasser.“ Diese Aussagen sind das erkenntnistheoretische Resultat, dass es im Rahmen einer (Neu-)Bestimmung revolutionärer Politik nicht mehr darum gehen kann, wie sie schreiben, ausschließlich eine „reine bewaffnete Propaganda“ auf die Agenda zu setzen.

Diese Positionierung setzt sich in dem Projekt der PC p-m fort: Die GenossInnen haben in einer Erklärung zur Liquidation des italienischen Arbeitsrechtlers Biagi durch die BR/PCC im Jahre 2002 ihr taktisches Verhältnis zum bewaffneten Kampf dargelegt: „Oft haben die BR gesagt, dass es ab einem gewissen Niveau keine Rückkehr mehr gibt. Gerade das ist es, was wir nicht verstehen. Es gab ja auch den strategischen Rückzug, oder etwa nicht? Im Allgemeinen sind wir mit dem Ansatz, der dieses operative Modell stützt, das heißt die Strategie des Bewaffneten Kampfes, die Guerillastrategie nicht einverstanden.“ In ihrem Text „Der revolutionäre Weg ist legitim, notwendig, möglich. Die Revolution ist notwendig – die Revolution ist möglich“ aus dem Herbst 2008 fixieren die gefangenen Genossen der PC p-m

einen Gegensatz zwischen dem Modell der PCC und dem der PC p-m: „(...) Und schließlich war ein formeller Übergang jener des historischen Bezugs auf die PCC zu dieser neuen Formulierung: PC p-m. Eine Formulierung, die in gewisser Hinsicht dem beschrittenen Weg und dem unterschiedlichen Ansatz zur Überwindung der ursprünglichen Matrix des 'bewaffneten Kampfes' subjektivistischer Prägung Rechnung trägt. Effektiv ist PCC die durch die 'Strategie des bewaffneten Kampfes', also 'Guerillastrategie', ausgedrückte Form. Vom inhaltlichen Gesichtspunkt her heißt PC p-m, den Akzent auf die gesamte Dimension der Auseinandersetzung, auf die notwendige Synthese zwischen den verschiedenen Elementen zu setzen; auf die Tatsache, dass ohne diese Synthese weder die revolutionäre Partei noch Politik bestehen kann; und auf die Tatsache, dass das Politische über dem Militärischen steht und es leitet (...).“ Einleuchtend sollte geworden sein, welchen Stellenwert die Beantwortung dieser Frage im revolutionären Milieu generell hat. In unserem Text „(Stadt-) Guerilla oder Miliz? Nachbetrachtung zum Kongress ‚Theorie und Praxis der Stadtguerillabewegung – der bewaffnete Kampf als Teil linker und bundesdeutscher Geschichte“ (Interim 608 u. 609) haben wir diesen Aspekt bereits gestreift; wir werden künftig expliziter drauf zu sprechen kommen, wollen es aber an dieser Stelle dabei belassen.

Die GenossInnen der PC p-m betonen, dass der organisatorische Aufbau von Grund auf klandestin erfolgen muss. U.a. setzen sie, stark an Lenin anknüpfend, auf einen publizistischen kollektiven Agitator und Organisator, an eine klandestin hergestellte und vertriebene Zeitung. In der Nullnummer der L' Aurora aus dem Sommer 2002 wird die Klandestinität begründet: „Die Entwicklung eines Propagandainstruments dieser Art ermöglicht uns einerseits unser kommunistisches politisches Projekt vollumfänglich Ausdruck zu geben, andererseits macht es uns politisch bekannt. Weiter trägt es zu unserem organisatorischen Wachstum bei, während wir den richtigen Arbeitsstil der KommunistInnen in dieser Phase der imperialistischen sozialen Formation und der proletarischen Revolution ausarbeiten und anwenden: der klandestine Arbeitsstil. Parteiarbeit ist vor allem klandestine Arbeit, die sich den Blicken der Konterrevolution entzieht (...).“ In einem weiteren Text unter dem Titel „Für die revolutionäre Entwicklung der Klasse. Die Kommunistische Partei in politisch-militärischer Einheit aufbauen“ wird die or-



estinität konkretisiert: „Als Konsequenz der revolutionären Strategie zur Machtergreifung ist die Partei durch die historische Entwicklung des Widerspruchs Revolution/Konterrevolution gezwungen, sich für die Klandestinität zu entscheiden. Jene, die heute, in der allgemeinen Krise der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, zwar in Betracht ziehen am Aufbau der Partei zu arbeiten, sich aber die Frage ihres klandestinen Charakters nicht stellen, setzen sich weder in Absicht noch Tat in die Lage, den revolutionären Weg zu beschreiten (...).“ In dieser Argumentation finden wir sehr viel von dem wieder, was wir immer verfochten haben. Eine weiterführende Diskussion wäre aber bezüglich der Differenzen zwischen informellen, klandestinen und illegalen/illegalisierten Sektoren des organisatorischen Aufbaus vorzunehmen, um nicht alles unterschieds- und konturenlos in der Begrifflichkeit der Klandestinität aufzulösen. Dazu kommen wir aber nicht heute und jetzt. OK, nach dieser Grobbestimmung des klandestinen Verständnisses vom bewaffneten Kampf der PC p-m noch kurz zu einigen Aspekten. Die gefangenen Militanten für die Konstituierung der PC p-m haben zum Auftakt des Prozesses gegen die drei antimilitaristischen Linken vor dem Berliner Kammergericht im September 2008, denen phantasiereich die Mitgliedschaft in unserer Gruppe nachgesagt wird, eine Solidaritätsbotschaft verfasst. In diesem Text haben sie sich auch auf uns als Gruppenzusammenhang ausdrücklich bezogen. Dabei gehen sie auf unseren bisher projektierten „Dreiklang“ ein, d.h. auf die organisatorische Verbindung der Strukturierung eines Zusammenhangs militanter Kerne (Projekt der Etablierung einer militanten Plattform), der Initiierung, Unterstützung und Forcierung von Basisprozessen und der Schaffung logistischer Voraussetzungen einer bewaffneten Propaganda in der organisierten Form einer (Stadt-)Guerilla oder Milizstruktur. Das, was die Genossen der PC p-m (zurecht) kritisch anmerken, ist unser (zwar nicht fehlender), aber mangelhaft ausgeprägter Bezug zum Aufbau einer revolutionären Parteistruktur. Sie schreiben: „(...) für uns ist grundlegend, dass dieser Prozess seine Erfüllung im Aufbau des wichtigsten Instrumentes findet, die Partei. Aber gerade weil wir denken, dass dieser Prozess sich in der Einheit von Theorie und Praxis, in politischer und militärischer Einheit ergibt, sind für uns alle Beiträge wertvoll, die sich konsequent auf dieses Terrain des authentischen Aufbaus begeben.“ Wir nehmen gerne die soli-

wir mit unseren Ausführungen in diesem schriftlichen Interview herausgearbeitet haben, dass wir als revolutionäre KommunistInnen die Grundlagen einer Partei-Form als koordinatisches Zentrum aus den klassenkämpferischen und internationalistischen Konfrontationen heraus zu schaffen haben. Oder ganz simpel ausgesprochen: Das Ideal einer klassenlosen, staatenlosen Gesellschaft zu verwirklichen, ist ausgeschlossen, wenn nicht eine organisatorische Zusammenfassung der einzelnen Kräfte der proletarisch-revolutionären Linken erfolgt, die sich dazu bekennen, dass das Ideal „Zustand“ wird. Eine Organisation, die sich den Zweck setzt, diese kapitalistische Klassengesellschaft ihren kommunistischen Zielen entsprechend aus den Angeln zu heben, ist eine revolutionäre Partei in unserem Sinne.

Zu einem weiteren Aspekt in der Programmatik der PC p-m: In dem Text „Der Kampf gegen die Isolation liegt in der Linie der Auseinandersetzung zwischen den Klassen“ wird das dialektische Verhältnis zwischen Masse-Klasse-Partei im kommunistischen Revolutionsprozess skizziert: „Der Knoten liegt im programmatischen Inhalt der Revolution, als Prozess zur Behauptung und zum Aufbau der kommunistischen Produktionsweise, und in den organisierten Formen und Mitteln, um sie zu erreichen, in der angemessenen Praxis. Ideologie, Strategie, politische Linie sind der Inhalt. Die Kommunistische Partei in politisch-militärischer Einheit und die Sowjets sind die Formen und Mittel.“ D.h., Partei und Räte sind die zentralen organisatorischen Momente der proletarischen Revolution, und zwar nicht in der Art und Weise, dass die Partei über den Dingen schwebt und die Massen der Klasse dirigiert. In dem bereits weiter oben erwähnten Text „Der revolutionäre Weg ist legitim, notwendig, möglich. Die Revolution ist notwendig – die Revolution ist möglich“ heißt es dazu: „Die Partei ist, in der Tat, nicht bloß die Protagonistin der Revolution; sie ist es in Einheit und Funktion der revolutionären Mobilisierung der Massen. Partei und Massen sind in der Dialektik der Rollen wesentlich, die sowohl unterschiedlich als auch zusammen notwendig sind. Sobald eine davon fehlt, fehlt diese für den revolutionären Verlauf lebenswichtige Interaktion.“ Und zu den Aufgaben einer sich konstituierenden revolutionären Partei in nicht-revolutionären Zeiten wird weiter ausgeführt: „Wir können sagen, dass die Verwurzelung der Partei in der Klasse nicht eine Voraussetzung zum 'Politik machen' ist,

ganisierte kommunistische Avantgarde ist vom Anfang ihrer Aktivität an zum Ausdruck der politischen Richtung imstande, vorausgesetzt sie erfüllt diese Rolle, legt das strategische Terrain fest. Während den überwiegend nicht-revolutionären Phasen kann die politische Orientierung ausschließlich als allgemeine Orientierung auf die Klasse hin gemeint sein, und noch nicht als eine wahre und kapillare Massenmobilisierungsfähigkeit. Was aber nicht heißt, dass das weniger wichtig ist. Es ist das, was unter den gegebenen Einschränkungen und objektiven Bedingungen getan werden kann, und es ist die Vorbereitung und Ermöglichung des subjektiven Qualitätssprunges in den revolutionären Phasen. Nach dem leninistischen Prinzip, dass die Partei von den nicht-revolutionären Phasen „profitiert“, um sich zu organisieren.“ Soweit zum Verhältnis zwischen Partei-Klasse-Masse in der Konzeption der PC p-m, in der explizit „die Tendenz zur Idealisierung der Partei“ kritisiert wird.

Das, was wir den GenossInnen der PC p-m anzurechnen haben, ist, dass sie einen verstärkten Blick auf die Ökologiefrage richten. Einen Blick, der oft genug in klandestinen Organisationen viel zu kurz greift bzw. gar nicht existiert, obwohl die kapitalistische Barbarei mit dem ökologischen Desaster einhergeht. Beispielhaft ist aus unserer Sicht das Verhalten der gefangenen Genossen der PC p-m und der gefangenen kommunistischen Militanten während ihres politischen Schauprozesses in Mailand zu sehen. Beinahe legendär ist die Aussage in der Solidaritätsbotschaft der PC p-m-Gefangenen geworden, die den drei Antimilitaristen vor dem Berliner Kammergericht gewidmet ist: „Der Neubeginn der revolutionären Bewegung führt auch durch den Gerichtssaal und die Gefängnisse als unvermeidliche Passagen für die Militanten, die sich ernsthaft mit dem revolutionären Kampf identifizieren.“ Dem können wir uns nur voll und ganz anschließen! Richtig akzentuiert finden wir auch die Einbindung unserer Gefangenen in den Prozess der proletarischen Revolution. In der Erklärung „Der Kampf gegen die Isolation liegt in der Linie der Auseinandersetzung zwischen den Klassen“ schreiben sie u.a. dazu: „Der Kampf gegen die Repression, an der Seite der gefangenen GenossInnen, muss als Front dieser Tendenz zum Klassenkrieg übernommen werden (...),“ und außerdem geht es darum, „lernen zu widerstehen und jenseits von Selbstmitleid und von der Klage, verfolgt zu sein, und schlus-



sendlich von legalistischen Haltungen, zu kämpfen.“

Auf der „Metaebene“ verteidigen die gefangenen Genossen der PC p-m maoistische Theoreme; in der Prozessklärung unter dem Titel „Der Revolution wird kein Prozess gemacht“ vom 4. Mai 2009 heißt es prononciert: „Die realisierten Revolutionen haben uns ein enormes Erbe und Fortschritte hinterlassen, die in den jetzt im Trikontinent (hiermit sind z.B. die Kämpfe in Nepal, auf dem indischen Subkontinent und auf den Philippinen gemeint, Anm. mg) laufenden revolutionären Prozessen und Volkskriegen effektiv eingesetzt werden. Es handelt sich um jenes Gesamte an Errungenschaften, die im Marxismus-Leninismus-Maoismus und in der Strategie des langandauernden Volkskrieges zusammengefasst werden.“ Wir sagen voraus, dass wir uns mit den guerilla- und militärtheoretischen Aspekten der Lehre Maos stärker inhaltlich beschäftigen werden, um zu versuchen, diese für uns besser einordnen zu können, insbesondere vor dem Hintergrund einer situationsangepassten Transponierung auf westeuropäische Verhältnisse.

Wir waren in den zurückliegenden Zeilen nicht zu mehr in der Lage als einen Schnelldurchgang durch die Vorläufer- und Organisationsgeschichte der PC p-m zu unternehmen. Alle weitergehenden Ausführungen, die absolut notwendig sind, müssen in den folgenden Auseinandersetzungen und Reflexionen erfolgen. Unser begrenztes Ziel mit diesen Darstellungen konnte nur darin liegen, einen Scheinwerfer auf diesen politisch-militärischen Organisationsansatz gelegt zu haben, der sich durch eine systematisch vorgenommene und „unhektische“ Strukturbildung auszeichnet.

Die konzentrierte und kontinuierlich zu führende Debatte unter revolutionären Kräften ist für uns damit eröffnet, auch wenn wir sie nicht mehr als (mg) führen werden. Das organisatorische Nachfolgeprojekt, das, wir betonen es nochmals, keine einfache Fortführung der (mg) sein kann und soll, wird sich dieser Debatte annehmen und versuchen, diese im Sinne des Zusammenkommens von Genossinnen weiterzuführen, zu konkretisieren.

Wenn wir unsere Angaben der letzten drei Fragen resümieren sollten, können wir für uns als Faktum vermelden: Der Prozess des strukturellen Aufbaus einer kämpfenden, revolutionären Partei kann nicht die Voraussetzung, sondern nur die Folge der fundamentalen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein. Die Herausbildung von Strukturen über den Rahmen von organisierten Kernen

und Keimzellen einer Partei-Form hinaus ist das Ergebnis des Kampfes selbst: das Projekt einer derart definierten kommunistischen Partei ist nicht anders zu begreifen. Aus dem folgt für uns, dass die Frage der Partei-Form (z.B. PCC oder PC p-m) wesentlich mehr als in den letzten Jahren zu einer brennenden geworden ist. Wir sind über die ursprüngliche Aversion gegen eine parteiförmige Organisation hin zu einem Verständnis gelangt, dass eine Partei-Form in einem Umwälzungsprozess zu einem dynamisierenden und stabilisierenden Faktor im Geflecht von Rätebewegung und Guerilla- bzw. Milizeinheiten werden kann, ja zu einem koordinatorischen Zentrum werden wird. Partei, Räte und Guerilla/Miliz sind der organisatorische Ausdruck in überkochenden und zugespitzten gesellschaftlichen Situationen; die täglichen Bedürfnisse, die augenblicklichen Ereignisse des (eskalierten) Klassenkampfes geben den ersten Anstoß. Es stellt sich während des Fortgangs heraus, dass die organisatorischen Fragen von Partei, Räten und Guerilla/Miliz nicht trennbar sind, dass die selbst geschaffenen Organe der revolutionären Aktion und des aktiven Selbstschutzes der Klassenautonomie in Verbindung zu bringen sind. Damit werden unsere organisatorischen Strukturen nicht wie in utopistischen Versuchen künstliche Produkte einer AgitProp-Idee, sondern konkrete Produkte des (internationalen) Klassenkampfes selbst.

Die Beziehung dieser Organe unter- und zueinander bleibt während des sich zuspitzenden gesellschaftlichen Verlaufs nicht gleich. Diese Beziehung ist ein durch dialektische Wandlungen und Umschläge gekennzeichnete Gesamtprozess. Strukturelle Kerne und organisatorische Keimzellen sind der günstigeren Ausgangsbedingung wegen bereits jetzt zu bilden. Da wären wir wieder bei Maos Stichwort der gegenwärtigen und in die Zukunft ausgerichteten Verantwortungsübernahme angelangt. Wir wollen aber auch überhaupt nicht verhehlen, dass wir in dem hier formulierten eine ganze Menge 'Theorie' produziert haben. Wir wissen, dass theoretische Formulierungen immer Abstraktionen enthalten, nicht ein vollständiges, sondern ein vereinfachtes Bild revolutionärer Anknüpfungsoptionen darbieten. Aber eben durch diese Vereinfachung schafft uns dieses 'theoretisch produzierte', Sinn und Übersicht in das Gewühl der Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu bringen, damit wir uns in diesem Labyrinth zurechtfinden können.

Eine kleine Schlussbemerkung zu dieser

Frage: Wenn wir uns konstruktiv mit dem Projekt der PC p-m auseinandersetzen, dann heißt das nicht, dass wir die revolutionären Zusammenhänge, die sich weiterhin an der BR/PCC orientieren, ausklammern wollen. Im Gegenteil. Die Phase des Versuchs, eine westeuropäische Guerillafront Mitte der 80er Jahre zu etablieren, in der sich die BR/PCC als integraler Teil betrachteten, war zumindest für die revolutionäre Linke in der BRD prägend. Der Kampfabschnitt des antiimperialistischen Frontprozesses war einer der lehrreichsten hinsichtlich der praktischen Erprobung eines Wechselverhältnisses zwischen Metropolenguerilla, militantem Widerstand und Basisbewegungen. Da gibt es noch etliches an Material aufzubereiten und aufzuarbeiten. Wir hoffen, dass wir auch dazu Gelegenheit finden werden.

Wir rechnen euch hoch an, dass ihr von allen klandestinen Zusammenhängen derjenige ward, der sich im Kontext der Militanz-Debatte am intensivsten mit Kritik auseinandergesetzt hat. Teilweise hatten wir gar den Eindruck, dass ihr euch in dem einen oder anderen Text geradezu verloren habt und jeder Fußnote mit wenigstens drei eigenen begegnet wolltet, um argumentativ dagegenzuhalten. Darum ist es für uns um so erstaunlicher, dass ihr die Beiträge einer Gruppe, die sich mehrfach auf euch bezog bzw. selbst Initiativen von euch aufgenommen hatte, nahezu unberücksichtigt gelassen habt. Wir meinen damit die GenossInnen, die im Jahr 2005 (wie die Zeit vergeht!) unter dem Namen „revolutionärer zirkel“ zwei ausführliche Beiträge in die Militanz-Debatte eingebracht haben.

Der erste Text unter dem Titel 'Diskussionsbeitrag für die revolutionäre Linke und zur Militanzdebatte' spannt einen weiten Bogen: angefangen mit einer Zustandsbeschreibung der radikalen Linken in der BRD über eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit anarchistischen und kommunistischen Theoremen bis hin zur Erörterung eures Vorschlags, ein widerstandsebenenübergreifendes Netzwerk und eine Plattform militant-klandestiner Gruppen aufzubauen.

Der zweite Beitrag greift ganz explizit euren Anstoß zur Lektüre von Auszügen aus dem Buch 'Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung' von Sebastian Haunss auf. Die GenossInnen vom „revolutionären zirkel“ diskutieren darin sowohl die von



Haunss erarbeiteten Themenstränge als auch wichtige von euch in die Militanzdebatte eingeführte Fragestellungen (z. B. ob Militanz im Rahmen eines widerstandsebenenübergreifenden Netzwerkes einen eigenständigen Faktor darstellen kann).

Kurzum: Warum greift ihr einerseits Texte, die wir für unbedeutend und redundant halten, fast pedantisch auf und lasst andererseits Papiere, die einen weiterführenden Charakter haben, links liegen?

Bevor wir überhaupt zu euren ausführlich vorgetragenen Fragenkatalogen kommen, eine Entschuldigung unsererseits den GenossInnen vom revolutionären zirkel gegenüber. Wir lassen dabei beiseite, ob es diesen Gruppenzusammenhang überhaupt noch gibt, da nach dem Text zu Haunss keinerlei Wortmeldung mehr zu vernehmen war. Wichtiger als die Existenz oder Nicht-Existenz ist allerdings der Debattenanstoß, der vom revolutionären zirkel unternommen wurde.

Wir hatten eine Reaktion auf die zirkel-Textbeiträge bereits vor Jahren zugesagt, aber nicht eingehalten, nicht einhalten können, weil wir anderen Beiträgen irrtümlich mehr Bedeutung und Vorrang beigemessen haben als diesen recht minutiös ausgearbeiteten Papieren. Dafür genieren wir uns tatsächlich, weil wir bei mehreren Gelegenheiten darauf aufmerksam gemacht wurden, dass eine schlüssige Erwidern auf die begründeten zirkel-Vorhaltungen von unserer Seite fehlen würde. Einige meinten (nicht ganz zu unrecht), dass uns einige Passagen der zirkel-Beiträge, im Gegensatz zu vielen anderen, einiges an argumentative Nöte bereitet hätten und wir deshalb nicht so zügig in der Lage gewesen wären, darauf eine adäquate Antwort zu finden. Mit dieser Aussage ist einiges Wahre getroffen. Wir haben im Rahmen unserer diesen letzten Stellungnahme als (mg) nicht einmal den Raum, das (unzureichend) nachzuholen, was wir vor Jahren versaubert haben. Anzumerken ist auch, dass wir interne Auseinandersetzungszeit vergeudet haben, um auf vom BKA lancierte Texte im Rahmen der Militanzdebatte einzugehen, die einzig dazu bestimmt waren, Dreck zu verbreiten. Scurril, aber wahr...

Rückblickend ist besonders ärgerlich, dass wir eine inhaltliche Auseinandersetzung zum Verhältnis Anarchismus und Kommunismus bzw. mit den jeweiligen Strömungen verhindert haben. Eine ins Detail reichende Diskussion darüber und über potentielle ideologische Schnittmengen

hätte dem Verlauf der Militanzdebatte mit einiger Sicherheit mehr Richtung geben können.

Gut, bzw. vor allem schlecht: Wir können im Rahmen dieses Interviews lediglich implizit einige Aspekte der Beiträge vom revolutionären Zirkel streifen, die wir mit unseren Orientierungen in Übereinstimmung bringen können, die wir für überlegenswert halten oder grundsätzlich für falsch erachten. Dabei interessiert uns vorrangig das Verhältnis zwischen Kommunismus und Anarchismus. Wir werden es in der Beantwortung dieser Frage nicht packen, auch noch auf das Buch von Haunss bzw. die diesbezüglichen zirkel-Anmerkungen einzugehen, allerdings haben wir fest vor, die von uns in die Militanzdebatte eingeführte Buchpräsentation in Bälde einmal aufzugreifen und die Textinhalte zu diskutieren.

Wir konzentrieren uns demnach in den folgenden Zeilen auf die „Grundauseinandersetzung über anarchistische und kommunistische Theoreme“. Wir gehen aber den Weg, dass wir uns die Mühe machen, nicht bei den doktrinären Differenzen zwischen Anarchismus und Kommunismus anzusetzen, sondern die Frage nach der potentiellen und tatsächlichen Schnittmenge zu stellen. Wir beschäftigen uns damit vor allem mit dem Hauptproblem, welches wir mit den zirkel-Texten haben; sie verkürzen unzulässig die Vielfalt kommunistischer (und auch anarchistischer) Strömungen und ziehen Schlussfolgerungen, die auf einem viel zu dünnen Quellenstudium basieren.

Also, wir möchten das Thema Anarchismus vs. Kommunismus von der Seite her antippen, dass nicht die (durchaus gravierenden) Ideologischen Gegensätze herauszustreichen sind, sondern die tendenziellen Übereinstimmungen - insbesondere vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Endziels. Hierfür möchten wir u.a. einige Thesen des britischen Sozialphilosophen Eric Hobsbawm einfließen lassen. Doch bevor wir dazu kommen, verweisen wir darauf, dass wir mit unserem 1. Teil des Epos' „Bewaffneter Kampf - Aufstand - Revolution bei den KlassikerInnen des Frühsozialismus, Kommunismus und Anarchismus“ (Interim 601 ff.) u.a die Intention verbunden haben, darzustellen, dass es eine lange Kette von „Wegbereitern des Kommunismus“ gibt, deren Kenntnis zum Verständnis des sog. wissenschaftlichen Sozialismus bzw. Kommunismus wichtig ist. Hermann Duncker schreibt dazu: „Der moderne Kommunismus, der seine theoretische Grundlegung durch Marx und Engels in der Mitte des vorigen Jahrhunderts erh-

alten hat und seitdem auch schon eine geschichtliche Entwicklung erfuh, ist selber nur das jüngste Glied einer langen Kette kommunistischer Bewegungen und Zielsetzungen. So ist der Kommunismus der Gegenwart durch Jahrhunderte und Jahrtausende mit den Klassenkämpfen und Erlösungsgedanken der Weltgeschichte verknüpft.“ Der „wissenschaftliche Sozialismus bzw. Kommunismus“ entstand also nicht aus dem Nichts, sondern kennt eine Vielzahl von Vorläufern und Weggabelungen, d.h. er ist faktisch das „Produkt“ der Entwicklungsgeschichte egalitärer und libertärer Bewegungen. Und außerdem „hat sich von den Denkern“, so der austromarxistische Hauptideologe Max Adler, „die in die geistige Ahnenreihe des Anarchismus gehören, mit einer einzigen charakteristischen Ausnahme, keiner Anarchist genannt, weder Godwin, noch Fourier, noch Stirner; die beiden letzteren haben im Gegenteil die kapitalistische Wirtschaftsordnung als eigentliche Anarchie und sich selbst als Bekämpfer derselben bezeichnet. Die Ausnahme betrifft Proudhon, der sich bereits in seiner Schrift 'Was ist das Eigentum?' ausdrücklich als Anarchist einführt.“

Gut, das soll bis hierhin genügen. Lasst uns zu einigen Beispielen kommen, in der wir einen bedeutenden Prozentsatz der besagten Schnittmenge von Anarchismus und Kommunismus personalisiert finden können. Einer dieser Vertreter dürfte Peter Kropotkin sein, der als Stichwortgeber eines anarchistischen Kommunismus gilt. In „Die Eroberung des Brotes“ heißt es u.a.: „Jede Gesellschaft, welche mit dem Privateigentum gebrochen hat, wird nach unserer Meinung gezwungen sein, sich in anarchistisch-kommunistischer Form zu organisieren. Die Anarchie führt zum Kommunismus, und der Kommunismus zur Anarchie; das Eine wie das Andere ist nur der Ausdruck einer in den modernen Gesellschaften vorherrschenden Tendenz: des Strebens nach der Gleichheit.“ In einem seiner späten Werke, in „L'anarchie“, kommt er auf das Komplementäre von Anarchismus und Kommunismus explizit zu sprechen und sieht in der anarcho-kommunistischen Strömung die zentrale Perspektive: „Der größte Teil der Anarchisten hat sich heute (...) dem kommunistischen Anarchismus zugewandt. Man beginnt einzusehen, daß die einzig mögliche Form des Kommunismus innerhalb einer zivilisierten Gesellschaft die Form des kommunistischen Anarchismus ist. Da er seinem Wesen nach egalitär ist, bedeutet der Kommunismus die Verneinung jeder Autorität. Andererseits wäre eine anarchistische Gesells-

chaft von einer gewissen Größe nicht möglich, könnte sie nicht von vornherein für alle zumindest ein Minimum eines gemeinschaftlich erzeugten Wohlstandes garantieren. Kommunismus und Anarchismus sind zwei Konzeptionen, die sich notwendigerweise ergänzen."

Lasst uns noch auf einen weiteren bekannten Vertreter dieser Strömung innerhalb der anarchistischen Bewegung zu sprechen kommen, auf Erich Mühsam. Er erläutert in seinem Buch „Befreiung der Gesellschaft vom Staat“ „die Grundsätze des kommunistischen Anarchismus“, der sich sowohl von dem „autoritären, obrigkeitlich geleiteten und zentralistisch verwalteten Sozialismus“, als auch gegenüber dem „individualistischen Anarchismus“, der in der „egoistischen Steigerung und Durchsetzung der Persönlichkeit allein das Mittel zur Verneinung des Staats und der Autorität erblickt und selbst den Sozialismus wie jede allgemeine Gesellschaftsorganisation schon als Unterdrückung des auf sich selbst ruhenden Ich zurückweist“, abgrenzt: „Wir verstehen unter Kommunismus die auf Gütergemeinschaft beruhende Gesellschaftsbeziehung, die jedem nach seinen Fähigkeiten zu arbeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen zu verbrauchen erlaubt (...). Die staatenlose Gemeinschaft freier Menschen, - das ist Kommunismus, die Verbundenheit Gleicher in Freiheit, das ist Anarchie!"

Mit Eric Hobsbawm können wir festhalten, dass „(es) keine Unterschiede gibt in der Frage, was Marxisten und Anarchisten letztlich erreichen wollen, nämlich einen freiheitlichen Kommunismus, in dem es keine Ausbeutung, keine Klassen und keinen Staat mehr gibt.“ Allerdings können wir bspw. auch nicht das paternalistische Motiv der bolschewistischen Fraktion von der Hand weisen, wenn Hobsbawm schreibt, dass „die Bolschewiki Anarchisten im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die sie als Säulen der Bourgeoisie ansahen, (grundsätzlich) für fehlgeleitete Revolutionäre (hielten).“ Dennoch „(war)“, laut Hobsbawm, „die Haltung der Bolschewiki gegenüber den tatsächlich auftretenden anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Bewegungen erstaunlicherweise recht wohlwollend. Diese Haltung wurde deutlich durch drei wesentliche Faktoren bestimmt:

a) durch die Überzeugung, daß die Masse der anarcho-syndikalistischen Arbeiter Revolutionäre waren, die sowohl objektiv als auch unter den entsprechenden Umständen subjektiv potentielle Kommunisten und Verbündete des Kommunismus gegen die Sozialdemokratie waren;

b) von der unbestreitbaren Anziehungskraft, die die Oktoberrevolution auf viele Syndikalisten und auch Anarchisten in den unmittelbar auf 1917 folgenden Jahren ausübte;

c) von dem in gleicher Weise unbestrittenen wie immer rascheren Niedergang des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus als Massenbewegung, der überall zu beobachten war, außer vielleicht in einigen wenigen alten Hochburgen."

Das, was weitgehend unbekannt ist, ist, dass es eine Tendenz im russischen Anarchismus gab, die sog. Anarcho-Bolschewiken, die unter dem Eindruck des Verlaufs der Oktoberrevolution und des anschließenden Bürger- und Interventionskrieg mit der Bolschewiki Lenins kooperierten bzw. sich der Partei der Bolschewiki direkt anschlossen. Das an dieser Stelle aber nur als Randnotiz.

Wir wollen aber auch nicht unsere leninistische Seite unseres Blanquismus wortlos übergehen. Lenin hat in seiner „libertärsten“ Schrift „Staat und Revolution“, die er am Vorabend des Oktoberaufstandes verfasste, die inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Differenzen zwischen Marxismus und Anarchismus umrissen. Auch wenn Lenin nicht die einzelnen anarchistischen Strömungen und Zweige auseinander hält, denken wir, dass sich in diesen Kriterien Unterscheidungsmerkmale finden, die sich für eine weitergehende Diskussion eignen: „Der Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten besteht darin, daß 1. die Marxisten, die sich die völlige Aufhebung des Staates zum Ziel setzen, dieses Ziel für erreichbar halten erst nach der Aufhebung der Klassen durch die sozialistische Revolution, als Resultat der Errichtung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führt; die Anarchisten wollen die völlige Aufhebung des Staates von heute auf morgen, ohne die Bedingungen für die Durchführbarkeit einer solchen Aufhebung zu begreifen. 2. Die Marxisten halten es für notwendig, daß das Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht die alte Staatsmaschinerie völlig zerstört und sie durch eine neue, eine nach dem Typ der Kommune gebildete Organisation der bewaffneten Arbeiter ersetzt; die Anarchisten, die auf die Zerstörung der Staatsmaschinerie schwören, stellen sich ganz unklar vor, was das Proletariat an ihre Stelle setzen und wie es die revolutionäre Macht gebrauchen wird; die Anarchisten verwerfen sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat, dessen revolutionäre Diktatur. 3. Die Marxisten fordern die Vorberei-

ung des Proletariats auf die Revolution unter Ausnutzung des heutigen Staates; die Anarchisten lehnen das ab.“ Wenn wir sagen, dass sich in dem von uns vorgebrachten Lenin-Zitat diskussionswürdige Unterscheidungsmerkmale zwischen Kommunismus und Anarchismus finden lassen, so haben wir kein Problem damit, nachzuschieben, dass in diesen Aussagen sicherlich eine ganze Menge Holzschnitt drinsteckt; AnarchistInnen werden hier als monolithischer Block vereinfacht und die Schattierungen innerhalb des anarchistischen Spektrums gehen verloren. Einzuräumen ist aber ebenso, dass sich Lenin hier um einiges differenzierter zeigt, als zu früheren Zeiten, in denen er - vor dem Hintergrund des damals akuten Konflikts mit den sich organisatorisch formierenden Sozialrevolutionären - den Anarchismus noch kurz und knapp als „umgestülpten bürgerlichen Individualismus“ abqualifiziert hat.

Nikolai Bucharin, der nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg anfangs zu den „linken Kommunisten“ innerhalb der Bolschewiki zählte, setzt in der Frage des Verhältnisses dieser beiden ideologischen Linien in seinem Text „Anarchismus und wissenschaftlicher Kommunismus“ etwas anders an: „Wir beginnen mit dem 'Endziel', mit unserem und dem der Anarchisten. Die landläufige Vorstellung in dieser Frage geht dahin, der Kommunismus und Sozialismus setzten die Beibehaltung des Staates voraus, während 'Anarchie' diesen Staat beseitige. 'Anhänger' des Staates und 'Gegner' des Staates, so definiert man den 'Gegensatz' zwischen Marxisten und Anarchisten. Es muß festgestellt werden, daß an einer derartigen Definierung des 'Gegensatzes' in hohem Maße nicht nur die Anarchisten, sondern auch die Sozialdemokraten Schuld tragen. Das Geschwätz vom 'Zukunfts-Staat', vom 'Volks-Staat' hat sich in der Gedankenwelt der Sozialdemokratie breit gemacht. Einige sozialdemokratische Parteien waren sogar stets bestrebt, ihren 'staatlichen' Charakter besonders hervorzuheben.“

Was bleibt? Entscheidend ist für uns, dass wir nicht den patriarchalischen Disput zwischen Bakunin und Marx zur Zeit der I. Internationale in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, der bis in unsere Tage nachwirkt, als schlechtes Abziehbild reproduzieren. Zu lange ist dieser angelesene Konflikt von Generation zu Generation weiter transportiert worden. Wir negieren nicht die ideologischen Diskrepanzen, stellen diese auch nicht hinten an, sondern wir favorisieren in der von uns mitzutragenden Debatte um die (Neu-)Bestimmung antagonistischer Poli-



tik der revolutionär-proletarischen Linken eine dezidierte Positionierung eines revolutionären Marxismus, der zugleich Stellung bezieht gegen die stalinistische Degeneration des Kommunismus, gegen den Keynesianismus des sozialdemokratischen Reformismus sowie gegen eine individual-anarchistische Reduktion des egalitären und libertären Gedankens.

Um unserer Zitiererei einen Abschluß zu geben, verständigen wir uns auf eine Arbeitsthese von Daniel Guerin, die wir als Diskussionsanregung verstehen wollen: „Wie es der libertäre Geschichtsschreiber A.E. Kaminsky (...) ausgedrückt hat, ist die Synthese zwischen Anarchismus und Marxismus nicht nur notwendig, sondern auch unvermeidlich. 'Die Geschichte', fügt er hinzu, 'schafft sich ihre Kompromisse selbst'. Ich möchte hinzufügen – und das ist meine eigene Meinung – daß ein libertärer Kommunist, Ergebnis einer solchen Synthese, zweifellos die tiefen Wünsche – auch wenn sie sich dessen bisher manchmal noch nicht voll bewußt sind – der fortgeschrittenen Arbeiter ausdrückt, die man heute die 'Arbeiterlinke' nennt, viel mehr als der degenerierte autoritäre Marxismus und der versteinerte Altanarchismus.“

Wenn wir solch eine prognostische These in den Raum werfen, dann ist das ein Ergebnis davon, dass uns kürzlich im Verlauf unserer Diskussion um das Verhältnis zwischen Anarchismen und Kommunismen voll bewusst geworden ist, dass wir gerade einmal im Startblock eines ideologischen Tauziehens Platz genommen haben. Gretchenfragen werden sich stellen: Haben wir bestimmte theoretisch-inhaltliche An- und Grundsätze zu berichtigen oder schlittern wir dann nur in eine als „undogmatisch“ kostümierte ideologische Unbefangenheit, die dem Opportunismus in jedwede Richtung Tor und Tür öffnet? Oder können wir uns mit einer spezifischen Interpretation des Verhältnisses von Orthodoxie und Marxismus arrangieren, wenn es heißt: „Orthodoxer Marxismus bedeutet“, so der gern zitierte Georg Lukacs, „(...) nicht ein kritikloses Anerkennen der Resultate von Marx' Forschung, bedeutet nicht einen 'Glauben' an diese oder jene These, nicht die Auslegung eines 'heiligen' Buches. Orthodoxie in Fragen des Marxismus bezieht sich vielmehr ausschließlich auf die Methode. Sie ist die wissenschaftliche Überzeugung, daß im dialektischen Marxismus die richtige Forschungsmethode gefunden wurde, daß diese Methode nur im Sinne ihrer Begründer ausgebaut, weitergeführt und vertieft werden kann. Daß aber alle Versuche, sie zu überwinden



oder 'zu verbessern' nur zur Verflachung, zur Trivialität, zum Eklektizismus geführt haben und dazu führen mußten.“

Wechseln wir erneut das Thema: Wie definiert ihr für euch 'revolutionäre Identität' ohne in eine kitschige Kopie aus vergangenen Epochen der Revolte abzurutschen? Was kennzeichnet eine(n) RevolutionärIn, was zeichnet ihn/sie aus? Wie viel „Härte“, wie viel „Durchhaltevermögen“ braucht er/sie? Kann oder muss man/frau sich ständig von äußerem oder innerem Druck völlig unbe-(oder ge-)rührt zeigen? Und vor allem: gibt es so etwas wie eine 'revolutionäre Moral' oder 'revolutionäre Ethik', die sich aus einer bzw. einerer 'revolutionären Identität' ergibt?

Und schließlich: Wie hängt das alles mit proletarischem Klassenbewußtsein zusammen?

Ihr macht es euch mit euren komplex-komplizierten Fragen wirklich ziemlich einfach und dann motzt ihr wieder, weil wir hier ein Colloquium abhalten müssen. Egal, wir werden einige Stichpunktsätze notieren.

Posen und plakative Identitätsbildungen verbrauchen sich viel zu schnell, als dass sie in politischen und sozialen Zusammenhängen vorherrschend wären, die sich in der Hauptsache oder in periodischen Abständen um die Organisierung von Widerstandsformen bemühen, die sie als Mittel und Methoden des revolutionären Kampfes ansehen. Klar, Places-

bos, schaumschlagende RedekünstlerInnen und FassadenträgerInnen fliegen auch in solchen Kontexten auf, früher oder später. Aber ein Organisationsprozess von politischen Gruppenzusammenhängen, die sich als revolutionär deklarieren, der zudem sozial eingebettet und zu reproduzieren ist, konfrontiert alle mit mitunter existenziellen Situationen, die nicht mehr mit einfachen, rezitierbaren Lehrsätzen erledigt werden können. Eher erledigen die virulenten, zu lange offen gehaltenen (internen) Widersprüche, die schon längst im Kollektiv in die Nähe einer Klärung hätten geführt werden müssen, den Gruppenzusammenhang. Für die „kollektive Existenzsicherung“ ist es essentiell, Solidarität in die Beziehungen und die Struktur zu bringen.

Desperados, wie wir sie alle aus B-Movies kennen, Pistoleros, die nichts und niemand fürchten, gehören tatsächlich nur auf die verstaubte Leinwand oder in den muffigen Comedy-Keller. Solche Charaktere versprühen vor allem eine starke Melancholie, zuweilen eine Endzeitstimmung, vieles, wenn nicht alles wird auf eine Karte gesetzt. Wir sind aber weder AnhängerInnen von Sprechblasen wie „Wo gehobelt wird, fallen Späne“, schon gar nicht „gehen wir über Leichen“, um unsere vermeintliche Unerschrockenheit und unser Energisch-Sein zu dokumentieren. All das ist das Gegenteil von dem, was wir mit einer „revolutionären Identität“ verbinden. Wir haben außerordentlich viel zu verlieren, sind angehalten, taktische Überlegungen anzustellen, Pfade aus undurchsichtigen Labyrinthen zu finden und umher liegende Fallstricke frühzeitig zu erkennen, um der strategischen Zielvorstellung der grundsätzlichen Umwälzung dieser Verhältnisse ein Stück entgegen zu gehen. Eine DraufgängerInnen-Mentalität hilft da kein Deut weiter, denn wir wissen, was es heißt, GenossInnen nicht mehr an unserer Seite zu wissen.

Das heißt überhaupt nicht, dass wir nicht mit den Vokabeln Konsequenz und Konsequenz-Sein etwas anzufangen wüssten. Wir haben immer unser antagonistisches Verhältnis zum Status quo und unsere Illusionslosigkeit gegenüber der Reformierbarkeit dieser herrschenden Ausbeutungs- und Eigentumsordnung benannt. Dies bedeutet für uns aber niemals Verzögerung oder Verzweiflung, sondern führt uns zu der Erkenntnis, dass eine ganz andere Welt möglich und notwendig ist, trotz aller widrigen Umstände und aller Hemmnisse. Dieses Erkennen hilft uns dabei, das Ziel und die Ansätze seines Näherkommens nicht aus den Augen zu

verlieren. Also, nichts gegen Kühn- und Forscherheit; aber, aber: der kurze, schnelle und ebene Weg zum Anvisierten ist allzu oft die direkte Fahrkarte in die Sackgasse oder ins Grab; also dorthin, von wo aus wir die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen haben, um in Bewegung bleiben zu können, da regt sich dann nicht mehr sonderlich viel. Stärker als in dieser Form können wir unsere Mahnung nicht zu Papier bringen.

Damit hängt inhaltlich zusammen, das Revolutionär-Identitäre nicht am eigenen „klandestinen Militantismus“ bzw. am „mysteriösen Illegalismus“ zu zelebrieren. Georg Lukacs schreibt in dieser Hinsicht sehr richtig: „Indem nämlich illegale Kampfmittel und Methoden eine besondere Weihe, den Akzent einer besonderen, revolutionären ‚Echtheit‘ erhalten, wird der Legalität des bestehenden Staates doch eine gewisse Geltung und kein bloßes empirisches Sein zugesprochen. Denn die Empörung gegen das Gesetz als Gesetz, die Bevorzugung gewisser Handlungen wegen ihrer Illegalität bedeutet doch so viel, dass für den auf solche Weise Handelnden das Recht doch seine bindende, geltende Wesensart bewahrt hat (...) Wenn die Übertretung des Gesetzes mit Pathos bevorzugt wird, so ist es Zeichen dafür, dass das Recht – wenn auch mit verkehrten Vorzeichen – seine Gültigkeit bewahrt hat, dass es die Handlungen noch immer innerlich zu beeinflussen imstande ist, dass die wahre, die innere Emanzipation sich noch nicht vollzogen hat.“ Es geht also darum, sich aus allen konventionellen und restaurativen Fängen zu lösen, mit oder ohne verkehrten Vorzeichen.

Was ziehen wir daraus? Identitäre Politiken sind zunächst einmal Behelfe der eigenen Orientierungssuche und -findung, eine Art der ideologischen Selbstvergewisserung, ein „Bindemittel“. Bleibt für einen/eine selbst das eigene politische Engagement im Nebulösen und Abstrakten hängen, dann dürfte es schwer fallen, vertretbare Positionen authentisch zu formulieren, geschweige denn vermitteln zu können. Einerseits sehen wir die Notwendigkeit, sich ein ideologisches Rüstzeug anzueignen, andererseits ist die Ausbildung einer ‚revolutionären Identität‘ ein Prozess, der ein solcher bleibt, da ein gewisser Grad von Elastizität und Wandelbarkeit nur anzuraten ist, um sich nicht scheinbar unwiderlegbar mit Dogmen in einem Lehrgebäude einzurichten. Bewegungsarmut führt da letztlich zur Erstarrung und zur Versimplifizierung gesellschaftspolitischer Analysen. Außerdem schwindet die Fähigkeit zur Selbst-Kritik

rasant.

Wenn wir demnach mit einer Kategorie wie ‚revolutionäre Identität‘ gleichwohl politisch arbeiten, dann vor dem Hintergrund einer Bewusstseinsbildung, soviel sollte anhand unserer bisherigen Bemerkungen klar geworden sein. Diese „Reform des Bewusstseins“, von der Marx bereits in seiner publizistisch-politischen Frühphase spricht, ist keine bloße idealistische Spitzfindigkeit. „(...) unter Klassenbewußtsein“, so Lukacs, „(ist) niemals ein psychologisches oder massenpsychologisches Prinzip zu denken, das also, was die Angehörigen einer bestimmten Klasse in einer bestimmten geschichtlichen Lage tatsächlich gedacht, empfunden usw. haben. Klassenbewußtsein bedeutet im Gegenteil die Gedanken, Empfindungen usw., welche die Angehörigen einer Klasse haben würden, wenn sie ihre Klassenlage, die aus ihr folgenden Interessen, sowohl in Bezug auf das unmittelbare Handeln, wie auf den Aufbau der ganzen Gesellschaft vollkommen zu erfassen fähig wären.“

Das Verhältnis von Klassenkampf, Klassenlage und Klassenbewußtsein erklärt sich aus der Marxschen Lehre; die proletarische Klasse (inklusive ihrer internen Schattierungen) vollendet sich erst, indem sie sich aufhebt, indem sie über die Phase der Diktatur des Proletariats die klassenlose, staatenlose Weltgesellschaft schafft, das denkbar höchste Stadium des Kommunismus. Dabei ist dies nicht allein eine Konfrontation mit der äußeren feindlichen Umgebung des Kapitalismus und Imperialismus, sondern mehr noch eine Konfrontation nach innen, d.h. mit den verheerenden „mental“ Auswirkungen des kapitalistischen Profitsystems in der Klasse selbst. Die Spuren sitzen verdammt tief. Erst die sich herausbildenden Formen der Klassenautonomie, die proletarische Eigeninitiative und Selbstorganisation sind erkennbare Zeichen, dass die proletarische Klasse die inhärenten bürgerlich-kapitalistischen Manieren erfolgreich zu überwinden versteht. Soviel zu unserer ‚proletarisch-revolutionären Identität‘.

Leiten wir gleich über: Wir haben schon häufiger, ohne das allerdings weiter zu explizieren, von ‚revolutionärer Ethik‘ gesprochen, insbesondere vor dem Hintergrund der verantwortungsvollen Umsetzung von klandestinen Aktionen. Jede Form des laxen Umgangs verbietet sich, wenn u.a. als Option mit Brandsätzen hantiert wird. Es ist für uns elementar, dass sich unsere Handlungsmuster von bourgeoisen und faschistischen ganz reell und praktisch unterscheiden. Aus dem proletarisch-klassenspezifischen

unserer ethischen Vorstellungen resultiert ein Universalismus, den wir recht anschaulich in Trotzki's Beitrag „Zwischen Imperialismus und Revolution“ mitgeteilt sehen: „Wir gestehen: Wir kennen nicht die absolute Moral (...) Die Moral ist eine Funktion der lebendigen menschlichen Gesellschaft, in ihr ist nichts Absolutes, sie verändert sich zusammen mit der Gesellschaft und dient als verallgemeinerter Ausdruck der Interessen ihrer Klassen, hauptsächlich der herrschenden. Die offizielle Moral ist ein idealer Zaum, in den die Unterdrückten eingespannt sind. Im Prozeß des Kampfes bildet die Arbeiterklasse ihre eigene, revolutionäre Moral heraus, die mit dem Sturze Gottes und der absoluten Normen beginnt. Unter Ehrlichkeit verstehen wir für uns die Übereinstimmung des Wortes und der Tat vor dem Angesicht der Arbeiterklasse, unter der Kontrolle des obersten Zieles der Bewegung und des Kampfes: der Befreiung der Menschheit von der Sklaverei auf dem Wege der sozialen Revolution.“ Auch bei Lukacs kommt das Moralische im Revolutionierungsprozess deutlich zum Tragen, wenn es hinsichtlich der „moralischen Sendung der Kommunistischen Partei“ und der ökonomistischen Verkürzung heißt: „Der Übergang aus der alten in die neue Gesellschaft bedeutet aber keine bloß ökonomische und institutionelle, sondern zugleich eine moralische Wandlung.“ Er verteidigt sich im selben Atemzug selbstredend gegen den Vorwurf des idealistischen Irrtums: „Nichts steht uns ferner, als der kleinbürgerliche Utopismus jener, die sich nur infolge einer inneren Wandlung der Menschen eine Änderung der Gesellschaft denken können. (Die Kleinbürgerlichkeit dieser Anschauung liegt nicht zuletzt darin, daß ihre Vertreter – bewußt oder unbewußt – die Wandlung der Gesellschaft dadurch in die unabsehbare Ferne der Zeitlosigkeit verschieben.) Wir betonen vielmehr, daß der Übergang aus der alten Gesellschaft in die neue eine notwendige Folge objektiv-ökonomischer Kräfte und Gesetzmäßigkeiten ist. Dieser Übergang ist aber – bei aller objektiven Notwendigkeit – eben der Übergang aus der Gebundenheit und der Verdinglichung in die Freiheit und Menschlichkeit.“ Also ein Vorgang des bewußtgewordenen Sinns der geschichtlichen Lage der proletarischen Klasse und ihrer moralisch-ethischen Implikationen, der über Dekaden laufen wird. Entscheidend ist, dass es hinsichtlich eines revolutionär-proletarischen Ethikverständnisses keine Neutralität und keine Parteilosigkeit geben kann; wer/welche nicht handeln will, muss seine/

ihre Untätigkeit vor seinem/ihrer Gewissen verantworten können, um mal eine 'moralisierende' Tonlage anzustimmen. Ein dezidiert revolutionär-proletarisches Ethikverständnis, das gewiss auf eine plakative Formel gebracht ist, bringt Karl Radek hervor: „Wir gehen friedlich zu unseren Zielen vor, wenn möglich; mit Gewalt, wenn notwendig. Die historischen Erfahrungen des Proletariats sagen ihm, daß die Gewalt notwendig sein wird; es hängt nur von der Bourgeoisie ab, diese Erfahrungen zu korrigieren.“ Kritisch anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass die strikte Anwendung dieses ethischen Entscheidungsmodells letztlich noch keine klare Auskunft über die moralischen Qualitäten der Alternativen in der politischen Praxis geben kann. Irgendwie auch klar.

OK. Moral, Ethik proletarisch und revolutionär – alles 'bedeutungsschwangere' kombinierte Begriffe mit definitorischer Vielfalt. Wir wollen abschließend zu bedenken geben, dass wir grundsätzlich die Frage zu stellen haben, ob es eine proletarische Moral bzw. Ethik vor dem Hintergrund des Ziels der 'Selbstaufhebung' des Proletariats überhaupt geben kann, denn die proletarische Klasse kann sich unmöglich befreien, ohne die Klassenherrschaft in Gänze abzuschaffen. Die proletarische Klassenmoral müsste demnach die 'letzte Moral' in der Geschichte der Menschheit sein. Davon ausgehend schließen sich weitere Fragen und Präzisierungen an, z.B., ob denn eine proletarische Klassenmoral in einer von Kapitalismus und Imperialismus geprägten Gesellschaft entstehen und sich entwickeln kann. Über die Schwierigkeiten in einer feindlichen Umgebung klassenspezifische Merkmale des Proletariats auszubilden haben wir schon gesprochen.

Und wie sieht es in der Übergangsphase der 'Diktatur des Proletariats' aus? In dieser an der Entstehungs- und Entwicklungsperiode des Feudalismus und Kapitalismus gemessenen kurzen Zeit des Übergangs von der proletarischen Diktatur zum Eintritt in eine gefestigte sozialistische Gesellschaftsform mit einer klaren Perspektive des Kommunismus wird sich eine spezifisch proletarische Moral und Ethik kaum ausreifen können. Je vollständiger die anvisierte klassenlose und staatenlose Gesellschaft Gestalt annimmt, je stärker sich die egalitären und libertären Potentiale ausbreiten können, um so mehr wird sich alles Proletarisch-klassenspezifische in der neuen postbourgeois Gesellschaftsform auflösen. Die proletarischen Klassen streifen mehr und mehr ihre Klassenmerkmale ab, d.h.

sie hören auf Proletariat zu sein. Mit anderen Worten: In der Phase der 'Diktatur des Proletariats' wird der Klassencharakter (und damit einschließlich klassenspezifischer moralischer und ethischer Werte) nicht ausgeprägter, sondern schwächer ausfallen. Hieraus lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass es eine voll ausgebildete proletarische Klassenmoral nicht nur nicht gibt, sondern nicht geben kann. Wir sehen auch keinen Anlass dafür, dies zu bedauern. Wir streben doch deshalb die totale Umwälzung des Status quo an, um ein für allemal der Klassenspezifika ein Ende zu machen.

Heißt das dann, dass wir nur von besonderen, temporären, sich inhaltlich wandelnden proletarischen Klassennormen sprechen können, die eine Art Bündel von Verhaltensweisen und -regeln sind? Klassennormen haben in einer Klassengesellschaft immer bestanden und werden bestehen, solange es Klassen gibt. Und das Wesen der Moral besteht nicht darin, dass sie das Pseudonym für Klassennormen ist, sondern darin, dass aus diesen Normen ein Fetisch gemacht wird. Sobald die mystische Hülle entfernt wird, bleiben die Klassennormen bestehen, aber nicht die Moral, so die Kritik hinsichtlich der Behauptung der Existenz einer 'proletarischen Klassenmoral'. Auch der Verhaltenskodex der vom Moralisch-mystischen befreiten proletarischen Klassennormen geht in einer klassenlosen Gesellschaft in allgemeingültige soziale Normen auf – sicherlich auch hier nicht gleich, sondern erst dann, wenn die hartnäckigen klassenspezifischen Überreste überwunden sind.

Wir haben ein weiteres mal die Befürchtung, dass wir noch weit davon entfernt sind, befriedigende Ansätze einer Antwort zum Themenkomplex 'revolutionäre Identität, revolutionäre Ethik und proletarisches Klassenbewußtsein' geben zu können. In unseren fortgesetzten Diskussionen werden wir bestimmt auf diesen 'Komplex' regelmäßig zurückkommen.

Nun gut, dann wollen wir es zunächst dabei belassen. Und wir werden es uns bestimmt nicht nehmen lassen, in einem (erhofften) späteren Gespräch erneut auf diese Frage zu pochen. Bevor aber dieses historische letzte Interview mit der gerade-eben-noch-und-nun-schon-nicht-mehr (mg) zuende geht, können und wollen wir uns ein Thema nicht verkneifen: Die soziale und ökonomische Krise des kapitalistischen und imperialistischen Systems. Sie klopft derzeit lautstark an die Türen der Metropolen bzw. befindet sich mit-



tendrin.

Um es ein bisschen verelendungstheoretisch zu betrachten: Jede Krise birgt die Chance, dass sich jene, die die Auswirkungen zu spüren bekommen, bewegen werden. Welche Richtung das annehmen wird, ist mit Spekulationen behaftet. Dennoch: wo seht ihr Gelegenheiten, um Protestformen zu einem manifesten Widerstand weiterzuentwickeln. Und welche Rolle gedenkt ihr als künftiger Gruppenzusammenhang dabei zu spielen?

Vorweg wollen wir – wiederholt – den Genossen Leo Trotzki ins Spiel bringen, der in seiner oft typisch lakonischen Art und Weise meinte: „Ich sagte bereits, dass, solange der Kapitalismus lebt, er ein- und ausatmet.“ Zwar seien seinen Angaben zufolge die Prosperitätsphasen nur oberflächlich und die Krisen dagegen langwieriger und tiefer, aber (temporäre) Aufschwünge sind, sofern der Kapitalismus einen Rest an Lebensenergie verspürt, zu erwarten.

Zu uns: Wir machen uns als Krisen- und Zusammenbruchsorakel bestimmt äußerst schlecht; unsere prognostischen Fähigkeiten halten wir zudem für nicht sonderlich ausgeprägt. Karl Kautsky hat in einem seiner früheren, besseren Aufsätze geschrieben: „Um die Erwartungen der Marxisten von einer kommenden Revolution zu diskreditieren, wird uns häufig vorgeworfen, wir liebten es zu prophezeien, erwiesen uns aber als schlechte Propheten.“ In diese Falle wollen wir nicht gehen. Das schützt uns insbesondere vor Übertreibungen in die eine, sehr pessimistische, oder andere, zu viel Optimismus versprühende Richtung. Da ist von uns nur Mittelmaß zu erwarten – wenn wir uns Mühe geben.

Dem Mittelmäßigen entsprechend können wir aber dennoch einige Allgemeinplätze zum Besten geben. Ein solcher ist z.B.: Die ökonomische Krise allein, so darf konstatiert werden, führt nicht unweigerlich zum Sturz des Kapitalismus. Es sei denn, dass die durch die Krise verschärften Klassenkämpfe den politischen Umsturz des Systems mit sich bringen. Für diejenigen, die an der Aufrechterhaltung dieser Ausbeutungs- und Eigentumsordnung ein vitales Interesse hegen, birgt jede große ökonomische Turbulenz die Möglichkeit die letzte zu sein, eben weil sie zu sozialen Aktionen führen kann, die den Ausweg in die weitere Akkumulation abschneiden und die 'Systemfrage' in einem politischen Sinne stellen. Unterhalb der Ebene der Infragestellung des Systems stellt die Periodizität der Krise

praktisch nichts anderes dar, als die stete Reorganisation des Akkumulationsprozesses, auf einem neuen, niedrigeren Wert- und Preisniveau, das erneut die Kapitalverwertung garantiert.

Ein potentiell revolutionäres Bewusstsein kann sich nur im Zustand der kapitalistischen Krise herausbilden, wofür der Reformismus und Opportunismus der proletarischen Klasse(n) während der Aufstiegsphase des Kapitals hinreichende Bestätigung liefert. Ohne Zusammenbruchstendenz hat die kapitalistische Akkumulation keine revolutionären Implikationen, und die Realisierungsoption des Kommunismus würde in der Tat von der von den Verhältnissen relativ unabhängigen Bewusstseinsentwicklung abhängen. Das wäre eine pure idealistische Illusion. Also: Sicher ist nur, wofür die ganze Geschichte der Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsform den Nachweis erbringt, dass ein die breiten 'proletarischen Massen' erfassendes, revolutionäres Bewusstsein kapitalistische Krisenzustände voraussetzt. Die dem Klassenbewusstsein gewidmete Aufmerksamkeit schließt damit die Erkenntnis der kapitalistischen Entwicklungstendenzen in sich ein. Soweit zu unseren krisenspezifischen Allgemeinplätzen.

Der Hintergrund eurer Frage dürfte der altneue Aspekt sein, inwiefern aus einer tendenziell fundamentalen sozio-ökonomischen Krisen(-erscheinung) interventionsfähige Strukturen des Protestes und des sich daraus herausbildenden Widerstandes werden, der die Grundfeste der kapitalistischen Ausbeutungs- und Eigentumsordnung erschüttert. D.h., ihr fragt, wie sich Protestformen als manifeste Widerstandshandlungen äußern. Zunächst einmal nehmen wir die Aussage des Genossen Georg Lukacs für uns in Anspruch, wonach „für jede Klassenkampftheorie die Praxis der wahre Maßstab (ist).“ Dies setzt bereits einiges voraus. Wir machen an dieser Stelle ein weiteres heiteres Zitatensammelsurium auf und rufen den Kollegen Karl Kautsky an, der da, bevor überhaupt eine Theorie eine praktische Umsetzung erfahren kann, mahnt: „So gut geht es uns veralteten, orthodoxen, dogmenfanatischen Marxisten nicht. Aus unserer sozialistischen Gesamtauffassung ergibt sich uns gar keine Theorie von selbst. Jene ergibt sich uns vielmehr erst aus der Gesamtheit unserer Theorien und zwar nicht von selbst, sondern nach eingehendem Studium der Dinge.“ Wenn das 'Wahrheitskriterium' von Politik die Praxis ist, so schließen wir an Karl Korsch an, wenn es um die Realisierungsbedingungen des 'ganz an-

deren Ganzen', um den Kommunismus geht, dann „(können) der wirkliche Inhalt und die wirklichen Formen der künftigen kommunistischen Gesellschaft nicht durch irgendwelche Analogien bestimmt werden, sondern, wie alle andere Wirklichkeit, nur empirisch, und das bedeutet hier: durch geschichtliche Entwicklung und menschlich-gesellschaftliche Tat.“

Gut, wenn wir hiermit anerkennen, dass das entscheidende Moment der Ermittlung von 'richtig und falsch' die probate Praxis ist und der Kampf für den Kommunismus, der sich formal und objektiv aus der zyklischen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ergibt, nicht auf ein simples Ziehen von Analogien zu reduzieren ist, dann haben wir bereits zwei wichtige Aspekte begriffen. Ein dritter kommt hinzu, wenn wir unsere organisatorischen Strukturen korrekt zu definieren wissen.

Zunächst: Auch wenn es wahr bleibt, dass selbst der revolutionären Linken der Klassenkampf durch die wirtschaftliche Zwangslage quasi aufgezwungen wurde, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Organisationen der revolutionären Linken von Anfang an und ihrer Idee nach einen Offensivcharakter tragen. Sie sind Organisationen einer Offensive, die auf das Dasein des Kapitalismus und Imperialismus gerichtet sind, dies macht sozusagen ihre revolutionäre Genese aus.

Sicherlich bringt die Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes von oben die Gefahr mit sich, dass die Agenturen der gegnerischen Konterrevolution die Organisationen der revolutionären Linken und der organisierten Klassenautonomie zu zertrümmern suchen. Das entspricht dem 'Klassenauftrag' der VerteidigerInnen der herrschenden Ausbeutungs- und Eigentumsordnung. Aber wir dürfen dem nicht mit der Anschauung begegnen, das sei ein ziemlich gleichgültiger Vorgang, solange nur die 'unsterbliche Seele' der revolutionären Identität gerettet werde, sondern müssen dem damit begegnen, dass wir in der revolutionären Linken die Erkenntnis aufs Tiefste verankern, dass ihre organisatorischen Zusammenhänge, und zwar vor allem ihre bestehenden, für die Konfrontation im Klassenkampf und für ihre Behauptung essentiell sind.

Eine Zerstörung der Organisationen der revolutionären Linken kann unter den sich zuspitzenden sozio-ökonomischen Bedingungen nur eine zeitweilige, nirgends mehr eine dauernde sein. Zu viel des Optimismus? Wir glauben nein. Protest und Widerstand werden sich Artikulationsmöglichkeiten suchen und dafür werden (zwangsläufig) organisatorische

Formen gebraucht, die sich reproduzieren müssen. Außerdem sind uns (reflektierte) Neuanläufe durchaus bekannt, bekannter als uns lieb ist.

Aber auch jede vorübergehende Zerstörung einer Organisation der revolutionären Linken und der Klassenautonomie bedeutet eine schwere Schädigung und Schwächung des organisierten Klassenkampfes von unten, und die revolutionäre Linke hat alle Vorsicht, aber auch alle Energie aufzubieten, um eine derartige Zerstörung zu verhindern. Das können wir als Prämisse in Stein meißeln.

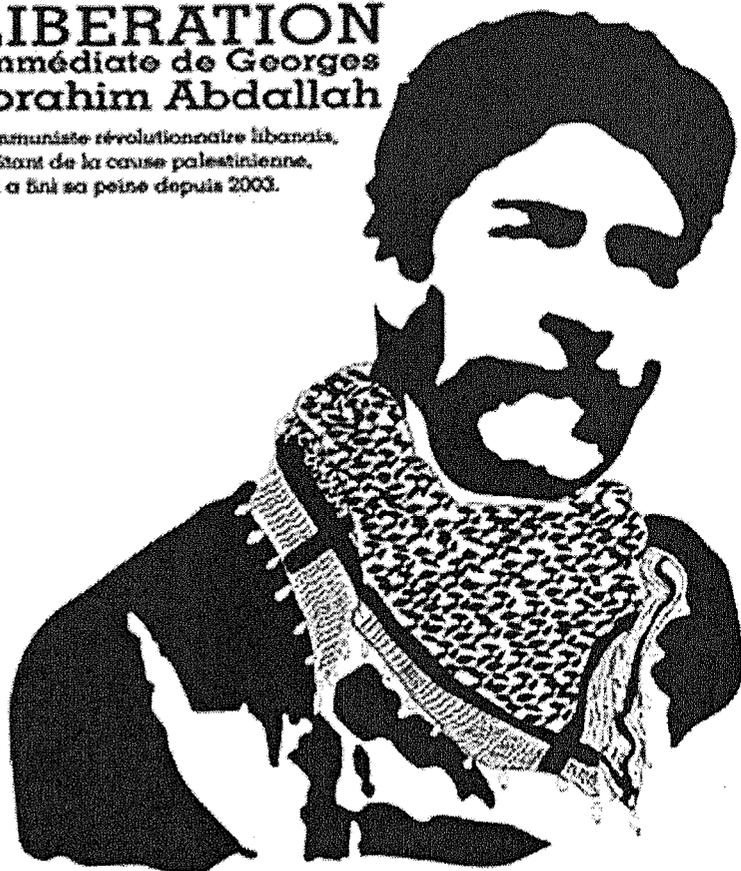
Von dieser Verständigungsbasis aus gelingt es uns einige Anknüpfungspunkte, von denen ihr in eurer Frage gesprochen habt, zu streifen. Die zweiten und dritten Auswirkungen der kapitalistischen Krise zeigen sich deutlich: der privatkapitalistisch organisierte Ruin wird sozialisiert, die staatskapitalistischen Eingriffe in die Mechanismen der 'sozialen Marktwirtschaft' in Form von Milliardenpenden werden der interessierten Öffentlichkeit als 'Rettungspakete' verkauft. Die unteren Segmente der Lohnabhängigen, vor allem Zeit- und LeiharbeiterInnen konnten bereits zu Zehntausenden ihren Spind räumen und sich in den Arbeitsagenturen und gegebenenfalls gleich in den Job-Centern an den Schalter der Nummernausgabe stellen. D.h. für uns, dass eine zentrale Auseinandersetzung für unsere Klasse in den Gängen dieser staatlich-repressiven (und zusehends privatisierten) Armutsverwaltung bzw. -regulierung stattfinden wird. Das subproletarische Milieu wird dabei noch tiefer in den Abgrund getreten und stellt faktisch nichts anderes mehr dar, als einen großen Haufen 'unnützer EsserInnen'. Wir haben einen gangbaren Schritt aus dem Paralytisch-Sein aufzuzeigen, einen Schritt, durch den 'die Überflüssigen' einen Hauch von proletarischem Selbstbewusstsein ausstoßen und einen Akt praktizierter Klassenautonomie ausdrücken.

Falls es nicht mehr vollständig erinnerlich sein sollte, wiederholen wir gerne, dass wir keine AnhängerInnen davon sind, in das (sub-)proletarische Milieu von einem äußerlichen Standort kommend zu intervenieren; wir sind integraler Teil der Klasse und haben uns niemals exterritorialisiert. Wenn wir über klassenkämpferisch-sozialrevolutionäre Mittel und Methoden fabulieren, dann denken wir zu wissen, was im Sinne des proletarischen Kampfes für eine klassenlose Gesellschaft ist, und was nicht.

Einen weiteren Anknüpfungspunkt in der Formierung von Protest zu Widerstand sehen wir in dem Angriff auf die Pla-

LIBERATION immédiate de Georges Ibrahim Abdallah

communisme révolutionnaire libanais,
militant de la cause palestinienne,
qui a fini sa peine depuis 2003.



nungsstäbe in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich als 'KrisenbewältigerInnen' präsentieren und unsere Klasse zum Experimentierfeld ihrer Programme instrumentalisieren. LobbyistInnen aus den diversen Think Tanks sind als 'parasitäre' Berufssparte der KrisengewinnlerInnen in einem konjunkturellen Hoch. Hier den einen oder anderen aus der Höhenluft in die Niederungen der dünnen Luft zurück zu holen bzw. auf dem Boden der Tatsachen aufschlagen zu lassen, halten wir für eine attraktive Vorstellung.

Diese beiden Anknüpfungspunkte, die einen proletarischen Teilzielcharakter unserer Klassenautonomie haben, müssen allerdings eingerahmt sein vom (weltweiten) Kampf für den Kommunismus, sonst bleiben sie bindingslos. Das Klasseninteresse hat jedes Handeln zu leiten. Klar. Ein artikuliertes Klasseninteresse verliert aber oft dann seine Präzision, wenn es auf die realen Verhältnisse angewandt wird. Es verzweigt sich einerseits mit einem unmittelbaren (Partikular-)Interesse, d.h. mit augenblicklichen und Tagesinteressen von Teilen der Klasse in einem Betrieb, einer Branche, einer Region etc., und andererseits mit dem Interesse der Verwirklichung des Endziels einer egalitären und libertären Gesellschaftsform im Weltmaßstab. Gerade der letztgenannte Punkt ist wichtig, betont zu werden; proletarischer Internationalismus kann sich nur darüber vermitteln und durch-

setzen.

Jetzt zu unserer Rolle im Krisenspiel. Wir sagen es freimütig heraus: Für uns kommt diese Krise mit der Potentialität der Revolte zu früh. Wir sind mitten im Konstituierungsprozess nach der Umgruppierung und sind noch nicht in dem Maße und auf dem Niveau interventionsfähig, wie wir uns das auf unserer Pinnwand projiziert haben. Das mag selbst-satirisch klingen, ist aber vor dem ersten Hintergrund formuliert, dass wir nicht dafür taugen, als Projektionsfläche herzuhalten. Deshalb haben wir Verantwortung in allen Bereichen kollektiviert und den unfreiwilligen Status der Alleinunterhalterin abgelegt. Wir werden uns neu gesammelt und umgruppiert im Rahmen dessen, was unsere Kapazitäten aktuell hergeben, einzubringen versuchen und das eine oder andere Zeichen praktischer Art setzen, damit die staatskapitalistisch eingehegte Krise nicht eingedämmt, sondern verschärft wird.

Die proletarisch-revolutionäre Linke trug immer einen Klassenkampf aus, und das Endziel dieses Klassenkampfes, die Aufhebung der Klassenunterschiede insgesamt, war immer eindeutig als Ziel gesetzt. Und das ist auch unsere erklärte Zentralperspektive im Kontext des Kampfes für den Kommunismus!

- Ende -



TEXT I DER REIHE

"FÜR EIN REVOLUTIONÄRES LEBEN":

FÜR DIE REVOLUTION ZU KÄMPFEN BEDEUTET VERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN!

Eine kurze Einführung

Mit diesem Beitrag eröffnen wir eine Textreihe, in welcher wir uns mit den Kernfragen der subjektiven Rolle und Weiterentwicklung im revolutionären Aufbauprozess beschäftigen werden. Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist, dass der Aufbau einer revolutionären Organisation ein Handeln erfordert, welcher ein hohes Maß an revolutionärer Identität voraussetzt. Wir begreifen dies als einen Entwicklungsprozess, der nur durch eine permanente Analyse, Diskussion und Selbstreflexion vorangetrieben werden kann. Wir alle sind mehr oder weniger Produkt einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche Eigenschaften hervorbringt und fördert, die einem kollektiven Kampf entgegenstehen.

Überall dort, wo es ernstzunehmende revolutionäre Kräfte gibt, spielt innerhalb dieser Organisationen die subjektive Weiterentwicklung ihrer AktivistInnen eine genauso wichtige Rolle wie die Theoretische und Praktische. In der BRD betreten wir mit

dieser Debatte wieder Neuland. Vor diesem Hintergrund können die folgenden Beiträge auch nur unseren Diskussionsstand widerspiegeln. Sie sind also nicht als „Anweisungen“ zu verstehen, sondern vielmehr als Ansprüche an uns selbst und alle mit denen wir kämpfen (wollen). Mit der Textreihe streben wir eine Vertiefung dieser doch recht fragmentarischen und noch oberflächlichen Einführung an.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte der revolutionären Bewegung der Weimarer Republik, wird deutlich, dass damals die Frage der subjektiven Verantwortung und Rolle der Kader ein fundamentaler Aspekt im Bestehen und Wirken der Organisationen war. Wir verweisen hier speziell auf die kommunistische und anarchistische Bewegung, deren politische und kulturelle Tradition durch den Faschismus weitestgehend zerschlagen wurde. Seit Bestehen der BRD sind uns die Bemühungen einer Weiterentwicklung in diesem Bereich nur bei den bewaffnet kämpfenden Gruppen bekannt.

Bevor wir zum ersten Beitrag dieser Serie kommen, wollen wir noch zwei von uns verwendete Begriffe bestimmen. Wir wissen, dass die Wörter „Kader“ und „Disziplin“ gerade bei unseren anarchistischen GenossInnen negative Assoziationen hervorrufen. Wir haben sie dennoch verwendet, weil sie aus unserer Sicht absolut treffend sind.

Kader sind für uns eben keine nicht selbst denkenden ParteisoldatInnen, sondern GenossInnen die sich dafür entschieden haben, Verantwortung für den revolutionären Prozess zu übernehmen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kapazitäten den Organisationsprozess voranzutreiben. Und dies erfordert ein hohes Maß an Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und die Fähigkeit kollektiv zu handeln.

Disziplin meint in diesem Kontext nicht das unhinterfragte Umsetzen von Anweisungen, meint explizit nicht Kadavergehorsam. Gemeint ist vielmehr das verbindliche Einhalten der eigenen Ansprüche und der kollektiv getroffenen Entscheidungen.

Für den revolutionären Aufbauprozess, den wir uns auf die Fahnen geschrieben haben, als wir uns auf den Weg machten, müssen wir uns der Verantwortung, die dieser Kampf mit sich bringt, bewusst sein. Es handelt sich dabei um die Verantwortung sich selbst, unserer Bewegung und der Revolution gegenüber. Denn das Voranschreiten der Revolution ist maßgeblich vom eigenen Voranschreiten abhängig!

Die AktivistInnen und Kader der Revolutionären Linken, die sich dieser Verantwortung annehmen, sind notgedrungen in der Situation, sich mit den eigenen Schwächen und den Schwächen unserer Genossinnen und Genossen auseinanderzusetzen. Wir sind uns darüber bewusst, dass niemand perfekt sein kann und wir niemals auslernen werden. Allerdings ist es unser Ziel, unsere Schwächen auf ein Minimum zu reduzieren und unsere Stärken zu optimieren. Aus diesem Grund sollten die folgenden Passagen für uns alle eine Hilfestellung sein, uns selbst und unsere Aufgaben besser zu begreifen, die kleinbürgerlichen Neigungen und Gewohnheiten, die irgendwo in jeder und jedem von uns stecken, zu bekämpfen und unsere revolutionäre Identität weiterzuentwickeln.

Was fällt aktuell in unseren Verantwortungsbereich

Wir möchten zunächst auf den Kern der aktuellen Aufgaben einer/eines jeden AktivistInnen und Kaders unserer Bewegung eingehen. Obwohl im revolutionären Kampf die Schwerpunkte der einzelnen Arbeitsfelder je nach Phase oder aktuellem Anlass variieren können, so gehören ohne Zweifel die Bereiche Kaderbildung, Schulung und Basisarbeit permanent zu den aktuellsten und dringlichsten Grundaufgaben. Insbesondere in der aktuellen Phase, in der der revolutionäre Aufbauprozess all unsere Kräfte beansprucht, die ideologisch-politische Stärke unserer Bewegung gefragt ist und die Entpolitisierung der Massen einen nicht mehr hinnehmbaren Grad erreicht hat, erhalten

diese drei Bereiche einen erhöhten Stellenwert. Doch auch die Tatsache, dass der imperialistische Staat seine repressive Politik vorantreibt und in erster Linie die revolutionären Elemente aus dem Weg räumen möchte, drängt uns die Notwendigkeit auf, die Sicherheitsregeln, die die klandestine Organisation mit sich bringt, nicht außer acht zu lassen und durch noch intensiveres Engagement in der Lage zu sein, jedeN einzelnen AktivistIn und Kader unserer Bewegung bei Ausfällen ersetzen zu können.

Kaderbildung, Schulung und Basisarbeit

Um das Wachsen der Bewegung gewährleisten oder Ausfälle kompensieren zu können, müssen die Arbeitsfelder Kaderbildung und Schulung in permanenter Weise umgesetzt werden. Denn es gilt nicht nur, neue Kader zu gewinnen, sondern auch darum uns und ihnen ein ideologisches, politisches und praktisches Fundament mit auf den Weg zu geben. Dafür ist es wichtig, sich über die wichtigsten Qualitäten des Kaders im Klaren zu sein. Denn jedeR von uns muss dazu in der Lage sein, die Ansprüche und Erfordernisse des gemeinsamen Organisationsprozesses richtig verstehen und umsetzen zu können. Auch gehören die ideologisch-politischen Grundlagen, die zur Umsetzung der Ansprüche des revolutionären Aufbauprozesses und die praktischen Fertigkeiten zur Organisation unserer Klasse erforderlich sind, zu den elementaren Eigenschaften eines Kaders, die es zu entwickeln gilt. Das Heranwachsen zu einem Kader ist längerfristig nur durch eine programmatische und kollektive Arbeitsweise umsetzbar. Sowohl die Kaderbildung als auch die Schulung müssen einem durchdachten Schema unterliegen, da eine rein spontane und zufällige Arbeitsweise dabei nicht das Erlernen der erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten gewährleisten kann. Auch bedeutet eine gezielte Kaderbildung, welche im Leben und im Kampf selbst stattfinden muss, das Aufbringen von Mühe und Geduld. Eine oberflächliche Beschäftigung und

ein überhastetes Durchpauken des erstellten „Programms“ wird ebenso wenig zum gewünschten Ergebnis führen wie ein zu frühes Aufgeben. Es sollte keinen Grund für eine zu frühe Resignation geben, solange nicht klar ist, wo eigentlich die Schwierigkeiten liegen. Denn Kaderbildung bedeutet vor allem eine neue Identitätsbildung beim Menschen. Es bedeutet, einer Persönlichkeit, die womöglich über Jahrzehnte hinweg durch das kapitalistische System geprägt wurde, zu einer revolutionären Identität zu verhelfen. Und so etwas lässt sich in der Regel nicht von heute auf morgen bewerkstelligen. Des weiteren müssen wir in der Lage sein, die Ursachen für Fehler und Misserfolge zunächst bei uns selber zu suchen, um auch daraus lernen zu können und diese nicht zu wiederholen. Von daher ist Anwendung von Kritik und Selbstkritik, ohne die sowohl Erfolge als auch Misserfolge unhinterfragt blieben, für eine Analyse und Nachbereitung unserer getätigten Arbeit von immenser Bedeutung. Nur durch die ständige Reflektion der Praxis des einzelnen Kaders und der Praxis des gemeinsamen Organisationsprozesses im Generellen ist eine Entwicklung und ein bewusstes Vorankommen möglich. Die Schulung setzt sich im Allgemeinen aus Lernen und Lehren zusammen. Diese ist von daher kontinuierlich umzusetzen, da diese maßgeblich für das Erhalten und Stärken der politisch-ideologischen Grundlagen notwendig ist, welche ausschlaggebend für einen revolutionären Aufbauprozess sind. Die Kontinuität der Schulung besitzt einen enormen Stellenwert, da die Weiterentwicklung der Einzelnen einen ununterbrochenen Prozess darstellt, welcher ohne eine ständige Auseinandersetzung mit der Schulung zwangsläufig in einer Stagnation mündet. Deshalb stellen Schulungen eine Möglichkeit dar, bestehendes Wissen aufzufrischen und durch neues zu ergänzen. Auch hierbei sollte nicht vergessen werden, dass niemand allwissend ist und Schulungen aus diesem Grund nicht grundsätzlich nach dem „Lehrer-Schüler“-Schema ablaufen, sondern vielmehr einen wechselseitigen Lehr- und Lern-

prozess darstellen. Schulungen beschränken sich dabei nicht auf Unterrichtsräume und die Vermittlung von theoretischen Grundlagen, sondern finden gleichzeitig in der Praxis statt. Anhand der Umsetzung der Theorie in die Praxis wird das angeeignete theoretische Wissen auf Richtigkeit überprüft und das Wissen anhand der in der Praxis gemachten Erfahrungen weiterentwickelt. Letztlich ist die „Praxis das Kriterium der Wahrheit“, in der sich das angeeignete Wissen bestätigen muss. Es sollte dabei jede Möglichkeit wahrgenommen werden, auch unserer Klasse das angeeignete Wissen innerhalb der Basisarbeit gezielt zu vermitteln.

Wenn wir uns vor Augen führen, in welchem Grad unsere Klasse entpolitisiert und sich ihrer Rolle unbewusst ist, wird die Bedeutung der Basisarbeit sichtbar. Die Solidarität innerhalb unserer Klasse wurde durch die massive Propagandaarbeit des kapitalistischen Systems weitestgehend durch Vereinzelung und Entfremdung ersetzt. Von daher muss unsere Basisarbeit in erster Linie darauf abzielen, die Solidarität zu stärken und das verloren gegangene Klassenbewusstsein wiederherzustellen. Für die Politisierung und Organisation unserer Klasse ist es notwendig, in ihren Lebensbereichen konkret präsent zu sein. Dabei nützen allerdings Propagandaarbeit und vielfältigste Aktionen wenig, wenn wir nicht in der Lage sind, die Politisierung für eine Organisation zu nutzen, denn nur „das organisierte Proletariat ist unbesiegbar“.

Verantwortung und Disziplin

Die drei Aufgabenbereiche, die wir oben aufgrund der aktuellen Notwendigkeit etwas beleuchtet haben, sollen mitunter darlegen, dass es unserer Verantwortung unterliegt, uns selbst und unsere Genossinnen und Genossen mit ideologisch-politischer Festigkeit und praktischen Fertigkeiten auszustatten. Sich diesen Aufgaben anzunehmen und diese umzusetzen bedeutet Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und damit der Verantwortung gegenüber dem gemeinsamen revolutionären

Aufbauprozesses nachzukommen. Die Erkenntnis über die eigene Verantwortung und die politische Verantwortung der Organisation der Revolution gegenüber bedeutet unausweichlich die Auseinandersetzung und Abrechnung mit den kleinbürgerlichen Neigungen und Gewohnheiten, die wir alle in einem gewissen Maß in uns tragen. Sowohl die Umsetzung unserer Aufgaben als auch die Weiterentwicklung unserer revolutionären Identität setzen ein Höchstmaß an Disziplin voraus. Ohne Disziplin ist das Funktionieren einer Organisation nicht denkbar. Denn ohne Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit, d.h. ohne die Umsetzung der gesteckten Aufgaben würde jede Seriosität zu einer Farce und der Anspruch, eine Revolution durchführen zu wollen, unglaubwürdig. Das Fehlen von Disziplin stellt im Grunde nicht allein ein funktionales, sondern viel mehr ein ideologisches Problem dar. Unverbindliches Arbeiten und die fehlende Umsetzung von Aufgaben in die Praxis resultieren oftmals aus einem fehlenden Verständnis, dass auch die kleinsten und scheinbar unbedeutendsten Tätigkeiten zum Funktionieren der Organisation und zum revolutionären Prozess beitragen. Auch sollte Disziplin nicht darauf beschränkt sein lediglich die von einem erwartenden Aufgaben umzusetzen, was die eigene Initiative und Kreativität hemmen würde. Vielmehr benötigt die Organisation Kader, die in der Lage sind die Strategien und Taktiken in Anbetracht der politischen Linie der gemeinsamen Organisation unter den gegebenen Bedingungen zu entwickeln, anzuwenden und umzusetzen.

Mit unseren Schwächen offensiv umgehen

Das kapitalistische System und ihre systematische Politik der Vereinzelung wirkt sich in permanenter Weise auch auf uns aus und äußert sich dahingehend, dass der Einzelne seine eigenen Interessen über die Interessen der Gemeinschaft stellt. Von daher ist es notwendig sich über die Auswirkungen dieser Politik bewusst zu werden, um

eine Auseinandersetzung damit zu ermöglichen. Insbesondere innerhalb unserer Bewegung ist es erforderlich, die Interessen des revolutionären Aufbauprozesses über die individuellen Interessen zu stellen, weil u.a. aufgrund der klandestinen Organisation die Verantwortung für die Genossinnen und Genossen und die aufzubauende Organisation an sich dem Schutz vor staatlicher Repression gleichkommt. Eigentlich jedoch stellt das Erkennen der Verantwortung im Gesamtkontext die Abrechnung mit unseren kleinbürgerlichen Neigungen und Gewohnheiten und das Etablieren der revolutionären Identität dar und führt automatisch zur Verlagerung der Prioritäten hin zum Kollektivismus.

An diesem Punkt werden wir in den kommenden Ausgaben ansetzen.

Wir hoffen, dass wir mit unseren doch recht fragmentarischen Überlegungen einen dennoch guten Einstieg in eine Diskussion um subjektive Weiterentwicklungen geleistet haben. Hinweisen wollen wir noch einmal darauf, dass diese Textreihe unserem aktuellen Diskussionsstand entspricht und in erster Linie Ansprüche an uns selbst und unser „Umfeld“ darstellen. Es geht uns um Orientierungspunkte und nicht darum anderen etwas vorzuschreiben.

In den kommenden Beiträgen werden wir das bisher geschriebene vertiefen und uns mit den Themenbereichen bürgerliches / proletarisches Denken und Verhalten, Kritik / Selbstkritik, Individualismus / Kollektivität und mehr auseinandersetzen.

Revolutionäre Linke [RL]



